

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Volkspolizeidirektoriums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — **Telephon** Sammelnummer 72206 — **Volkshilfskonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — **Telephon** 72206

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellspalte 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10 Ggsp. Kolonellspalte 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Ggsp. Kolonellspalte mit 50% Nachschlag. Reklamespalte 2 M. Inserate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonellspalte 40 Pfg. bei Platzvorkauf 50 Pfg., Reklamespalte 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Das Elend der Ausgesteuerten.

Zunahme der Ausgesteuerten. — Rückgang der Notstandsarbeiter.

Man tappte lange Zeit im Dunkeln, wie hoch das Heer der ausgesteuerten Erwerbslosen sei. Auch heute ist hierüber keine genaue Klarheit zu erlangen. Immerhin bieten die von der Reichsarbeitsverwaltung bei den Arbeitsnachweisen durchgeführten Stichtagzählungen einen gewissen Anhaltspunkt. Eine Gegenüberstellung der bei den Arbeitsnachweisen Mitte August vorhandenen Arbeitsuchenden mit den Hauptunterstützungsempfängern ergibt, daß die Zahl der Arbeitsuchenden diejenige der Unterstützungsempfänger weit übertrifft. Folgende Zusammenstellung läßt dies erkennen:

	männliche	weibliche	insgesamt
Bei den Arbeitsnachweisen verfügbare Arbeitsuchende	1 628 737	448 655	2 077 422
Hauptunterstützungsempfänger	1 286 660	317 609	1 604 278
minus:	342 068	131 076	473 144

473 144 keine staatliche Erwerbslosenunterstützung. Diese Zahl setzt sich aus Ausgesteuerten und Nichtbezugsberechtigten zusammen. Hieran ist zu erkennen, daß das Problem der Ausgesteuerten immer dringlicher wird.

Die angekündigte Statistik über die Gliederung der Erwerbslosen nach den verschiedenen Unterstützungsperioden liegt nunmehr vor. Sie bietet folgendes Bild: Ueber 13 Wochen Unterstützung 836 186, über 20 Wochen 495 800, über 30 Wochen 114 801 und über 50 Wochen Unterstützung 12 497. Diese 12 500 langfristige Unterstützte werden ausgesteuert, wenn sie nicht binnen zwei Wochen Arbeit erhalten, weil eine Verlängerung der Unterstützungsdauer über 52 Wochen nicht in Frage kommt. Bei den über 30 Wochen Unterstützten kann die Fortdauer der Unterstützung in Betracht kommen.

Diese Statistik gibt also auch noch keinen Aufschluß über die Gesamtzahl der Ausgesteuerten. Es liegen darüber im Augenblick nur ganz rohe Schätzungen vor. Gestützt auf die Schätzung der Ausgesteuerten des Preussens im Mai in Höhe von rund 45 000 nimmt man an, daß die Zahl der Ausgesteuerten gegenwärtig rund 120 000 ausmacht. Nach der eingangs aufgeführten Vergleichung zwischen Arbeitsuchenden und Unterstützungsempfängern scheint

diese Schätzung viel zu niedrig gegriffen zu sein. Wenn das Reichsarbeitsministerium bisher glaubte, an diesen Tatsachen flüchtig vorübergehen zu können und der Wohlfahrtspflege überließ, hier einzuspringen, so ist dieser bequeme Ausweg durch die neuere Entwicklung des Arbeitsmarktes ganz und gar unmöglich.

Das Schicksal der Ausgesteuerten verlangt gebieterisch nach einer sozial bedingenden Lösung. In dem Augenblick, wo die Zahl der Ausgesteuerten riesige Dimensionen anzunehmen droht, wäre es ein freventliches Spiel, das Schicksal der Ausgesteuerten von der Wohlfahrtspflege abhängig zu machen. Das muß zu einem Zusammenbruch der öffentlichen Fürsorge (Wohlfahrtspflege) führen. Wir haben bereits wiederholt den Nachweis geführt, daß schon jetzt die Durchführung der Fürsorgepflicht sehr viel zu wünschen übrig läßt; das wird noch viel schlimmer werden, wenn die finanzielle Belastung der öffentlichen Fürsorge durch Unterstützung großer Massen ausgesteuerter Erwerbsloser noch größer wird.

Im Dezember 1925, also vor halb einem Jahre, hatten wir bereits 1,5 Millionen unterstützte Erwerbslose; diese furchtbare Ziffer gibt, mit welchen ungeheuren Massen von Ausgesteuerten wir bis Ende des Jahres zu rechnen haben. Es geht nicht an, vor diesen furchtbaren Tatsachen noch länger die Augen zu verschließen. Das Reichsarbeitsministerium wird handeln und zunächst eine Zwischenlösung veruchen müssen. Darüber hinaus wird es notwendig werden, bei Wiederauftritt des Reichstags mit brauchbaren Vorschlägen zur Verringerung des sozialen Notstands hervorzutreten.

Die oben mitgeteilte Statistik über die Dauer der Arbeitslosenfälle gibt auch nähere Auskünfte über die Pflicht- und Notstandsarbeiter. Die Zahl der Pflichtarbeiter beträgt nach der neuen Statistik 133 038 und die der Notstandsarbeiter 130 101. Die Zahl der Notstandsarbeiter ging vom 15. Mai bis zum 15. August um rund 40 000 zurück, vom Juni zum August um rund 14 000.

Der Rückgang der Zahl der Notstandsarbeiter ist geradezu deprimierend. Er läßt sich nur dadurch erklären, daß manchen Gemeinden trotz einer Verstärkung der Darlehen und trotz einer Milderung der Darlehensbedingungen der finanzielle Anteil immer noch schwer ist. Das gilt aber nicht für alle Gemeinden. In vielen Stellen sieht sich bei etwas mehr Initiative auch mehr Notstandsarbeit beschaffen.

Die Unterredung Francqui-Poincaré. Ohne Ergebnis.

SPD. Paris, 29. September.
Ueber die am Dienstag stattgefundene einündige Unterredung, die Poincaré mit dem belgischen Finanzminister Francqui hatte, ist lediglich bekanntgeworden, daß es die französische Regierung endgültig abgelehnt hat, schon jetzt, dem Beispiel Belgiens folgend, die eingeleitete Stabilisierungsaktion durch Rückkehr zur Goldwährung abzuschließen. Es scheint vor allem die Furcht vor den unvermeidlichen Folgen einer überstürzten Sanierungspolitik zu sein, die die französische Regierung dazu bestimmt hat, einstweilen den Papierfranken beizubehalten. In unterrichteten Kreisen verfehrt man darüber hinaus, daß Poincaré sich nach längerem Widerstand nunmehr doch entschlossen habe, dem seinerzeit auf Verlangen Caillaux' ausgearbeiteten Plan der Experten in allen Einzelheiten zu folgen. Das ist um so wahrscheinlicher, als Poincaré in seiner Rede von Barle-Duc sehr unzweideutig auf die Notwendigkeit einer baldigen Ratifikation der Abkommen von Washington und London anspielte hat. Er hat am Mittwoch dem Präsidenten der seinerzeit von der Kammer eingesetzten Unterkommission zur Prüfung der Schuldenerträge Darlehen gebeten, dem Parlament so rasch als möglich den von der Kommission zu erstattenden Bericht über das Ratifikationsgesetz vorzulegen. Diese wird bereits am 15. Oktober zusammentreten, um darüber zu beraten.

Italien und das Rote Meer.

WIB. London, 29. September.
Daily Telegraph berichtet aus Kairo: Nach einer Verabredung aus Hobeiba hat der Gouverneur von Erythrea, Gasparini ein Wirtschaftsabkommen mit dem Imam Jahia von Yemen abgeschlossen, das den italienischen Interessen beträchtliche wirtschaftliche Vorteile im Yemen verschafft. Gasparini werde sich sofort nach Rom begeben, um Mussolini das Abkommen vorzulegen, das die Krönung dreißigjähriger gebuldiger Bemühungen der Italiener bildet, im Yemen Fuß zu fassen.

Die italienische Kolonie Erythrea liegt nordöstlich von Abyssinien. Das oben mitgeteilte Abkommen liegt im Rahmen der italienischen Expansionsbemühungen, sich am Roten Meer festzusetzen. Nach den weiteren Mitteilungen des Daily Telegraph soll Italien nach drei Jahren einen „Stützpunkt“ im Demagobiet zugesprochen erhalten. Es ist nicht zu verkennen, daß der Vertrag Italien einen Ausgleich dafür schaffen soll, daß es durch die Aufrollung des englisch-italienischen Abyssinienabkommens gegenüber England ins Hintertreffen geriet. So hat sich Mussolini nunmehr für die Zusammenkunft mit Chamberlain einen kleinen Trumpf gesichert. Ob er ihm viel nützen wird, ist eine andere Frage.

Die Bluttat in Germersheim. Verhaftung des Mörders.

WIB. Germersheim, 29. September.
Gestern Abend fand zwischen Vertretern der Justizbehörden auf der einen Seite und dem französischen Platzkommandanten von Germersheim auf der anderen Seite eine Besprechung über die Vorfälle in der Nacht vom Sonntag zum Montag statt. Auf die Vorstellungen der deutschen Vertreter, die die Empörung der Bevölkerung über den Ausbruch zum Ausdruck brachten, versicherte der Platzkommandant, daß auch die französischen Behörden Trauer über die Vorfälle empfänden, und gab die Erklärung ab, daß das Gerichtsverfahren auf das eingehendste und gewissenhafteste durchgeführt werden würde. Weiter wird von zuständigen Seite bestätigt, daß der französische Unterleutnant Roucier im Zusammenhang mit dem letzten Zwischenfall festgenommen und nach Landau übergeführt worden ist.

Havas gibt, wie die Berliner Morgenblätter aus Paris melden, in einem Telegramm aus Mainz über die blutigen Vorfälle in Germersheim an, der französische Offizier sei von Deutschen provoziert und tödlich angegriffen worden. Er habe in Notwehr auf seine Angreifer geschossen und dabei einen Deutschen getötet und zwei verwundet.

Das Bürgermeisteramt der Stadt Germersheim hat an den Völkerverbund, an die Reichsregierung und an die bayrische Regierung einen Notruf gedruckt, in dem in eindringlichen Worten auf die schwere Bedrängnis der Stadt durch die Verletzung hingewiesen und die sofortige Einschickung eines unparteiischen Schiedsgerichts zur Untersuchung der kürzlichen Vorfälle, sowie die schnellste Entfernung aller fremden Truppen aus den Mauern der Stadt gefordert wird.

Ein weiterer Zwischenfall in Triez.

WIB. Triez, 29. September.
Vor einigen Tagen ereignete sich auf der Biltburger Straße eine schwere Bluttat. Vier Radfahrer waren in eine Spaziergängergruppe hineingefahren, und bei dem darauf folgenden Wortwechsel wurde einer der Spaziergänger namens Holstein aus Triez von einem der Radfahrer kurzerhand niedergeschossen. Die Vernehmung der vier jungen Leute, die gestern ermittelt und durchgeführt wurden, ergab als Täter einen Angehörigen der französischen Besatzung, der am gleichen Abend auf Veranlassung der hiesigen Kriminalpolizei durch die französische Gendarmerie in Haft genommen wurde. Er hat bereits eingestanden, die Schüsse abgegeben und die bei der Tat benutzte Waffe, eine Selbstladepistole, vor seiner Festnahme erworben zu haben.

Der Turm wankt! Das Zentrum in Koalitionswehen.

— r1 — In der Republik der Silberberge und der lutherisierten Marge regiert seit Jahren nachweislich das Großkapital. Und nachdem es seit Jahren seine Herrschaftsgelüste befreudigt, mag es nicht immer wieder auf frischer Tat ertappt werden. Denn man hat doch schließlich eine demokratische Verfassung, die man anerkennt, und man möchte die anderen im dem jungfräulichen Glauben belassen, es genüge der angekreuzte Stimmzettel zur Machtausübung in der Republik. Damit aber diese anderen, die Millionen und aber Millionen der Werktätigen, an dem republikanischen Wunderglauben nicht irre werden, hält man es für tunlich, die verräterischen Gesichtszüge der kapitalistischen Diktatur mit der verführerischen Schminke der Koalition zu überfrachten.

Es ist noch nicht allzu lange, daß sich die deutsche Bourgeoisie der Koalitionsmaske bedient. Doch die Methode selbst ist alt. Es ist die nämliche, die der „Arbeiterpolitik“ der kapitalistischen „Sozialreform“ seit jeher zugrunde gelegen. Die Arbeiter, gewiß, die müssen dabei sein, die müssen sehen, daß ihnen Aufmerksamkeit und Beforgnis zuteil wird, die müssen glauben, daß ihnen Recht widerfähre in dieser gerechtesten aller Welten. Das heißt: man redet viel und schreibt noch mehr über die „Arbeiterfrage“, über die „Not des Arbeiterstandes“ — und zum Schluß bleibt alles beim Alten. Und wie sollten die Arbeiter mehr verlangen, als ihnen gewährt wird! Leben wir doch in dem irdischen Jammertal, wo es nach der Moral der kapitalistischen Welt von Ewigkeit zu Ewigkeit allen — die Kapitalisten ausgenommen — schlecht geht und wo das einzig erstrebenswerte Glück ist: der Glaube an Klassenverföhnung, Burgfrieden und soziale Gerechtigkeit im Jenseits. . .

Doch nicht jeder ist von Hause aus auf dem richtigen Wege. Diese „Trenden“ muß man beeinflussen, ihnen muß man die Ueberzeugung beibringen, daß es nichts Herrlicheres gebe, als sich zu beschneiden und die Seligkeit zu suchen im Himmel. Beeinflussung von Massen steht aber in den Zeiten des Parlamentarismus mehr als Kanzelpredigten voraus: man muß politische Beeinflussung üben, in die Politik, in Gesetzgebung und Verwaltung eingreifen. Dazu braucht man eine politische Organisation, aufgebaut nach Mäßigkeit auf der Grundlage der Konfession, der seelischen und gesellschaftlichen Bindungen an die große Beherrscherin der Gemüter, die Kirche. Eine solche politische Organisation der kapitalistischen Beeinflussung der arbeitenden Bevölkerung ist das deutsche Zentrum. Und wie die Bourgeoisie das Zentrum nötig hat, um das Bewußtsein der proletarischen Massen abzuloten von der sozialen Wirklichkeit dieser irdischen Welt, so hat das Zentrum die Koalition nötig, um ihrer Anhängerschaft den Blick dafür zu trüben, daß das Zentrum selbst nichts anderes ist, als Partei und Interessent in den politischen, sozialen, wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart.

Und hierin liegt der Grund dafür, daß von niemandem die Politik der großen und größten Koalitionen in der deutschen Republik eifriger verfolgt wird als von der deutschen Zentrumspartei.

Das Zentrum, die Partei der „Mitte“, kann ohne Koalitionen, ohne Lavieren nach rechts und nach links, weder leben noch Politik machen. Gegenwärtig ist aber die Lagerung der Klassenkräfte eine solche, daß die Parteien der Rechten dem Zentrum immer weniger, die Organisationen der sozialistischen Arbeiterschaft immer mehr gefährlich werden. Deshalb — und das wäre allein schon Grund genug — soll die Sozialdemokratie in einer Großen Koalition ihrer Lebenskräfte beraubt werden. Das Zentrum hat indes für seine Koalitionsbegeisterung auch noch andere schwerwiegende Gründe. Die Zusammenballung der kapitalistischen Kräfte ist, obgleich schon weit fortgeschritten und mit jedem Tage weiter fortschreitend, nicht endgültig abgeschlossen. Die großen Industrieunternehmen — das hat Stegerwald kürzlich in dem Organ der christlichen Gewerkschaften ausgeplaudert — möchten Ruhe haben: Ruhe vor staatspolitischen Putzsch, Ruhe vor vielen Streiks. Und wo gäbe es ein besseres Mittel, diese „Ruhe“ zu schaffen, als in einer Koalition, in der die Sozialdemokratie festgelegt würde auf die berühmten „Belange des States“, wo man sie um des eingebildeten „Staatsinteresses“ willen zwingen könnte, auf „Ruhe und Ordnung“ Obacht zu geben! Freilich: wird der Wohlseine Schuldigkeit getan haben, so wird man ihn heimzuschicken keine Bedenken tragen. Und alle schönen Reden eines Silberberg, zu denen auf der dieser Tage stattfindenden Präsidialsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Düsseldorf noch etliche mehr hinzukommen dürften, werden uns nicht glauben machen, daß das letzte Ziel der Industrierhetoren ein anderes sei als der Bürgerblock in Reinkultur, ohne koalitionspolitischen Nummenschanz, ohne Schminke und Maskenverleih. Doch führen schließlich alle Wege nach Rom. Und ist an dieser Stelle über die tieferen Beweggründe der ganzen Silberbergerei das Nötige gesagt worden, so mag noch einiges angefügt werden über die Rolle, die des Zentrums edle Motive in dem durchsichtigen Spiel zugewiesen erhielten. Denn die politischen

Vorläufe zu unternehmen, blieb einstweilen dem Zentrum überlassen: die Anführung einer Regierungsabänderung in Preußen, wie sie vom Zentrum zum höheren Ruhme der Großen Koalition angestrebt wird, ist nur der erste Schritt, dem weitere folgen werden.

Das Zentrum hat nämlich — und das muß es selbst eingestehen — keine Ruhe mehr vor der eigenen Arbeiterschaft! Dies und keine übertriebene Folgsamkeit in der Durchführung der Prinzipien irgendwelcher päpstlichen Enzykliken hat es bewirkt, daß die Erörterungen über die „seelische Lage der katholischen Arbeiterschaft“ im Zentrumslager kein Ende nehmen wollten. Zu den Mitteilungen über die diesem Thema gewidmete Rundfrage der katholischen Gewerkschaftsinternationale, über die wir kürzlich auf Grund eines Referates von Joos berichten konnten, kommen jetzt weitere hinzu. Auf der in Antwerpen kürzlich stattgefundenen internationalen katholischen Arbeiterkonferenz sind die Ergebnisse der Rundfrage mit interessanten Details wiedergegeben worden; sie werden jetzt auch in der Germania vom 23. September ausführlich dargestellt.

„Der Öhrer hat zu hören“: so überschreibt die Germania ihren Bericht. . . Und wir meinen, es sei auch für die Sozialdemokratie notwendig, in diesem Falle das Gehör zu schärfen. Bemerkenswert ist vor allen Dingen, daß alle bisher bekannt gewordenen Äußerungen der von der Rundfrage erfaßten christlichen Gewerkschaftsführer bestätigt, erweitert und in internationalem Maßstabe beleuchtet werden. Die Einstellung der katholischen Arbeiterschaft zum Unternehmertum sei fremd, mißtrauisch, ablehnend, gegensätzlich; von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Unternehmern könne keine Rede sein; die Haltung der Unternehmer werde in all ihren Einzelheiten angegriffen.

„Der katholische Arbeiter wirkt“, so heißt es in einem Bericht, „dem Unternehmertum eine unchristliche Gleichgültigkeit, ja Feindseligkeit gegenüber den vermehrten Lebensnotwendigkeiten des Arbeiters und seiner Familie vor — Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Kampf gegen die Gewerkschaften, Ablehnung des Betriebsratswesens, Widerstand gegen den Ausbau der sozialen Gesetzgebung — im Wirtschafts- und Sozialleben sieht er die Erzeugnisse langer Jahre des Kampfes bedroht, im öffentlichen und politischen Leben sieht er die Unternehmung zum großen Teil im Lager der Reaktion und als Gegner der Demokratie.“

Und nun braucht man sich auch nicht zu wundern, daß aus einer solchen seelischen Verfassung der katholischen Arbeiterschaft Bewußtseinsmomente erwachsen, die in der Richtung des proletarischen Klassenbewußtseins gelegen sind. So wird in der überaus wichtigen Frage der Einstellung zum Privateigentum die Feststellung getroffen: „Der christliche Arbeiter verurteilt verstandesmäßig den Klassenhaß gegen die Besitzenden und wohlhabenden Kreise, gefühlsmäßig aber steht auch er unter dem Einfluß tiefer Abneigung gegen die besitzenden Klassen“. Das Bürgertum sei überall von Interessensinstinkten beherrscht, und das bleibe nicht ohne Einfluß auf die Einstellung der Arbeiterschaft. Wie stark in Wirklichkeit die Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit auch der christlichen Eigentumsordnung in den Kreisen der katholischen Arbeiterschaft ist, wagt der Berichterstatter nicht einmal auszusprechen. Dafür kennzeichnet er aber die politischen Wandlungen der katholischen Arbeiterschaft überaus deutlich. „Die Tatsache“, schreibt er, „daß katholische Bestände sich mehr und mehr politisch nach rechts orientieren, hat in der katholischen Arbeiterschaft die Neigung zu einer Linksorientierung verstärkt.“

Diese Linksorientierung wirkt sich mit aller Schärfe in den politischen Organisationen des Katholizismus aus. Überall, stellt die Germania fest, seien die katholischen Arbeiter „Träger und Anhänger demokratischer und sozialer Politik“, überall teile ihnen aber das katholische Bürgertum entgegen, das natürlich sein Klasseninteresse durchzusehen bestrebt ist. In Deutschland, in Holland, in Belgien — überall dieselben Tendenzen. Allenfalls wehren sich die katholischen Arbeiter, so schreibt die Germania, „gegen eine Konzentration der sogenannten bürgerlichen Parteigruppen, überall stoßen sie aber auf Strömungen anders denkender und anders gerichteter Katholiken, die die politische Konzentration des Bürgeriums wollen“.

Jedoch kommt auch das Berliner Zentrumslager um die Tatsache nicht herum, daß die katholischen Parteien in allen Ländern vom Kapital beherrscht werden. Die Germania stellt das namentlich für Deutschland sehr ausführlich fest, wo die katholische Presse durchgängig die Opposition der katholischen Arbeiterschaft hervorruft. Daß die Folgen nicht ausbleiben können, und daß die Arbeiter allmählich an der Möglichkeit verzweifeln, sich auf parlamentarischem Wege durchzusetzen, liegt auf der Hand. Der Bericht sagt:

„Die katholischen Arbeiter sind überall Anhänger der Demokratie, in verschiedenen Ländern aber — das ist sehr beachtlich — von der Wirksamkeit der demokratischen Institutionen (Parlamentarismus) erheblich enttäuscht und diesen Institutionen gegenüber von einer bedenklichen Gleichgültigkeit erfaßt.“ Damit soll offenbar die Abkehr von den üblichen Methoden der katholischen Politik umschrieben werden. Denn unmittelbar darauf kommt die Germania auf das Verhältnis zur sozialistischen Bewegung zu sprechen und zitiert folgende Feststellung des deutschen Berichtes:

„Im ganzen Deutschen Reich hat sich die geistige und praktische Haltung der katholischen Arbeiter zur sozialistischen Bewegung wesentlich geändert. Der Gegensatz wird sichtlich noch in Weltanschauungsfragen empfunden, nicht so sehr mehr in der Verfolgung sozialer und wissenschaftlicher Ziele.“

Daß dies übereinstimmend festgestellt werde, folgt der Bericht selbst hinzu.

Das ist das Entscheidende! Die katholische Arbeiterschaft fühlt sich aus gesundem Klasseninstinkt heraus zum Sozialismus hingezogen. Sie kehrt der katholischen Politik den Rücken und erschüttert den stolzen Zentrumsturm in seinen Grundfesten. Der ganze Bau wankt. Die Klassengegensätze sprengen die alteingewurzelte kirchliche Ideologie. Und da steht und findet das Zentrum nur einen Ausweg: die Klassenpolitik der Sozialdemokratie abzuschwächen, ihr ihre besondere Gestaltung und Eigenart zu nehmen, sie zum Abstreifen ihres Klassencharakters zu treiben, die Anziehungskraft der Klassenpartei des deutschen Proletariats in den Augen der katholischen Arbeiterschaft zu zerstören. Die Zentrumspartei weiß, daß sie dieses Ziel nur erreichen kann, wenn ihr die Einbeziehung der Sozialdemokratie in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien, wo möglich einschließend der Deutschen Volkspartei, gelingt.

Das ist die Ursache. Und die Wirkung: Das Zentrum windet sich in den Wehen eines Koalitionskrampfes. Die Sozialdemokratie wird sich schwer hüten müssen, durch einen Sprung in den Koalitionsabgrund den Krampf zu lösen.

Die Monarchistenbewegung in Bayern.

SPD. Die Stärke der monarchistischen Bewegung in Bayern ergibt sich aus einem offiziellen Schriftstück, das aus der Zentralleitung des Heimat- und Königsbundes „In Treue fest!“ stammt und in dem von der Führung dieses Bundes Reschenschaft abgelegt wird über die äußere und innere Entwicklung des Bundes seit dem März 1926. Damals übernahm der Freiherr von Kretz, der Redakteur der von dem Dolmetscher Cohnmann herausgegebenen „Süddeutschen Monatshefte“, die geschäftsführende Landesleitung des Bundes, mit dem sich dieser Tage die bayerische Königspartei verschmolzen hat.

Als erstes, so heißt es in dem Dokument, ist anzuführen, daß die Bewegung des Bundes, die als Organisation der Wählermassen gedacht ist, aus der Vereinsmeierei herausgehoben wird. Dabei muß möglichst geräuschlos gearbeitet werden, weil es nur schädlich ist, wenn schon bei dem Ausmarsch die Aufmerksamkeit der Gegner bewirkt wird. An eine gewaltsame Veränderung der freiköniglichen Verfassung ist seit 1923 nicht mehr zu denken. Die wäre vielleicht dann möglich, wenn die radikale Linke einen Umsturz versuchen würde. Die Haupttätigkeit des Bundes bleibt darauf gerichtet, das konservative Element der bayerischen Bevölkerung zu stärken, es zu organisieren und einen bestimmenden Einfluß auf die Wahlen der bürgerlichen Parteien zu gewinnen. An eine durchgreifende Tat ist erst dann zu denken, wenn der Bund die Mitgliederzahl von 130—140 000 erreicht hat. Die Mitgliederzahl beträgt aber heute erst etwas über 50 000, womit die Organisation die zweitstärkste im Lande Bayern hinter der Sozialdemokratischen Partei mit ihren 80 000 Mitgliedern ist. Die bayerische Volkspartei ist bereits überflüssig. Der Bund besitzt in fast allen bayerischen Kreisen hauptamtlich angestellte Sekretäre, nachdem die ehrenamtlichen Sekretäre und die Vereinsvorstände befreit werden konnten. Diesen Kreissekretären ist im wesentlichen der Aufstieg des Bundes seit Jahresfrist zu danken. Von 540 politischen Gemeinden in Oberbayern bestehen in 175 Ortsgruppen des Bundes, von den 954 in Niederbayern in 80, von den 1086 in der Oberpfalz in 263, von den 1007 in Mittelfranken in 200 und von den 1121 in Unterfranken in 100. In Schwaben und Unterfranken sind die Ziffern weniger befriedigend. In den derzeitigen 50 000 Mitgliedern sind lediglich die aktiven Monarchisten erfasst. Ihre Ziffer muß und kann gesteigert werden, und zwar aus den Reihen der gleichgültigen Monarchisten. Das gelingt am leichtesten, wenn man die vorhandenen Vorurteile gegen den Separatismus beachtet und nach dieser Richtung weniger geräuschvoll arbeitet. Damit wird eine Reihe von Schwierigkeiten umgangen. Finanziert wird der Bund im wesentlichen durch freiwillige Spenden, wobei der Mittelstand und die kleinen Beamten eine staunenswerte Opferwilligkeit zeigen. Die straffe Durchorganisation des Bundes wird in zwei bis drei Jahren vollzogen sein.

Der vorstehende Bericht ist ein Zeichen dafür, daß die bayerischen Monarchisten sich mit den neuen Verhältnissen noch nicht abgefunden haben. Der Bericht dürfte in seinen zahlenmäßigen Angaben stark übertrieben sein. Aber selbst wenn man nur 50 Prozent der einzelnen Behauptungen als richtig anerkennt, bleibt eine starke Aktivität der bayerischen Monarchisten festzustellen.

Dieß, Claf und der Oberreichsanwalt.

Hugenbergs Telegraphen-Union verbreitet folgende Mitteilung: Zu der Verhaftung des Dr. Dieß und Dr. Goldmann in Eberfeld erhält die Telegraphen-Union vom Oberreichsanwalt folgende Darstellung:

„Es ist richtig, daß Dr. Dieß festgenommen worden ist, weil gegen ihn der Verdacht besteht, Landesverrat begangen zu haben. Das Material, auf das dieser Verdacht sich gründet, ist anlässlich einer Hausdurchsuchung bei ihm vorgefunden worden, die im Zusammenhang mit der Untersuchung gegen Justizrat Dr. Claf vorgenommen wurde. Es ist richtig, daß Dr. Dieß beständige Angaben in der Untersuchung gegen Dr. Claf gemacht hat. Die Verhaftung des Dr. Dieß steht aber mit der Untersuchung gegen Dr. Claf in keinem Zusammenhang. Als Dr. Dieß festgenommen wurde, ist er im Besitz einer Fahrtarte nach dem Auslande gewesen. Ob der gegen ihn aufgetretene Verdacht des Landesverrats zur Einleitung eines Verfahrens führen wird, hängt vom Ergebnis der noch schwebenden Untersuchung gegen ihn und Dr. Goldmann ab. Es ist nicht richtig, wenn Dieß als „Enthüller der Claf-Pläne“ bezeichnet wird. Dieß hat verschiedenen Personen gegenüber von seinen angeblichen Kenntnissen über solche Pläne gesprochen und auf diesem Wege ist die Polizei dazu gekommen, den Dr. Dieß über die Angelegenheit zu befragen. Er hat aber selbst weder eine Anzeige gemacht, noch hat er aus eigener Initiative der Polizei Material geliefert, noch hat er versucht oder gewollt, daß diejenigen, mit denen er sprach, die Polizei in Kenntnis setzen würden.“

Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet die Telegraphen-Union diese Darstellung des Oberreichsanwalts verbreiten kann. Die amtlichen Stellen dagegen, die eine Erklärung in Aussicht gestellt hatten, schweigen nach wie vor!

Der Fall Dieß.



Die Bekämpfung des Verbrechens —



— ist manchmal gefährlicher für den, der sich ihr widmet!

Rücktritt der Danziger Koalitionsregierung

Auch eine Nachwirkung von Genf.

II. Danzig, 30. September.

Die Ablehnung der Danziger Reformgesetze durch den Völkerbundsrat in Genf vom 20. September hat nunmehr zum Sturz der parlamentarischen Senatoren der Danziger Regierung geführt. Der Rücktritt erfolgte nach der gestrigen Sitzung des Danziger Volkstages, der in dritter Lesung das Finanzreformwerk verabschieden sollte. Das Haus wies alle Zeichen eines großen Tages auf. Die Debatte über den Mißerfolg der Danziger Delegation in Genf und über die Ablehnung der von Danzig erhofften Anleihe von 30 Millionen zog sich bis in die späten Abendstunden hin. Erst um 9,30 Uhr abends kam es zu der mit allgemeiner Spannung erwarteten Abstimmung. Mit 56 gegen 50 Stimmen wurde das Finanzreformwerk in seinen wichtigsten Teilen von den Deutschnationalen sowie von den Kommunisten abgelehnt. Die bisherigen Koalitionsparteien, Liberale, Zentrum und Sozialdemokraten, blieben in der Minderheit. Die Senatoren der Koalitionsparteien traten daraufhin zurück. Die Sitzung des Volkstages wurde unter allgemeiner Anwesenheit geschlossen.

II. Danzig, 30. September.

Nach dem Austritt der Senatoren der bisherigen Links-Koalition verbleiben nunmehr nur die hauptamtlich beamteten Senatoren, mit Dr. Sahm an der Spitze, im Amt. Die voraussichtliche Lösung der hauptsächlich durch die ablehnende Haltung der Deutschnationalen bei der gestrigen Abstimmung entstandenen Krise dürfte wohl nur mit einer Rechtskoalition zu erreichen sein, d. h. die Deutschnationalen würden in die Regierung wieder eintreten. Die neue Regierung würde dann schleunigst neue Finanzreformgesetze ausarbeiten, die im Dezember dem Völkerbundsrat vorgelegt werden müßten. Die vom Völkerbund diffamierten Richtlinien für Verringerung der Ausgaben bei Vermeidung jeder weiteren Besteuerung würden dabei wiederum zu berücksichtigen sein. Die Linkskoalition in Danzig war seit dem August 1925 im Amt.

Herriot will abdanken.

Aber nicht als Bürgermeister, sondern als Parteivorstand.

SPD. Paris, 30. September (Radio.)

Die Exc Nouvelle bringt am Donnerstagmorgen die sensationelle Nachricht, daß Herriot sich entschlossen sei, die Leitung der Radikalen Partei niederzulegen. Herriot habe bereits seine Freunde in dem Parteivorstand von seiner unwiderstehlichen Absicht in Kenntnis gesetzt, auf dem Radikalen Parteitag, der am 14. bis 17. Oktober in Bordeaux stattfindet, eine Verlängerung seines Amtes oder eine Wiederwahl zumweg abzulehnen. In der Eröffnungsrede des Parteitages werde er seine Gründe öffentlich darlegen. Eine Kandidatur für die Nachfolgerschaft Herriots ist in der Parteileitung noch nicht aufgestellt. Caillaux, an den man heranzutreten ließe, habe versichert, um eine Spaltung der Partei zu verhindern. Im übrigen werden für den Posten genannt Malov, Daladier, Renoult und Chaumets.

Nachrichten über die Amtsmöglichkeit Herriots als Parteivorstand sind schon öfters verbreitet worden. Herriot liebt so ein bißchen die Bekanntheit und braucht tut er sie allerdings augenblicklich sehr nötig.

Die obengenannten Anwärtler für die Nachfolgerschaft gehören zum engeren Kreis der „Herriotisten“.

Die „bewährte“ Volkspartei.

II. Rüdelsheim, 29. September.

Parteiämlich wird mitgeteilt: Die Reichstagsfraktion der deutschen Volkspartei versammelte sich am 20. September in Rüdelsheim zu einer außerordentlich stark besuchten Tagung. Einleitende Referate über die schwebenden inner- und außenpolitischen Fragen und die Vorbereitung des Parteitages in Köln erstatteten der Vorsitzende der Fraktion, der Reichsminister a. D. Scholz und der Außenminister Dr. Stresemann. Die Aussprache war sehr reger. Die Fraktion bekannte sich einmütig zu den Grundlinien ihrer bewährten Politik. Entschuldigungen wurden nicht gefordert. Im Gegenteil sah die Fraktion ausdrücklich davon ab, diese, ihre bewährte Politik noch einmal durch besondere Entschuldigungen zur inner- und außenpolitischen Lage hervorzuheben.

Alle Leute, die außerhalb der Scholz-Stresemann-Partei stehen, werden beim Lesen der parteiamtlichen Mitteilung an das bekannte Sprichwort vom Eigenlob denken müssen. Die Herrschaften scheinen ganz vergessen zu haben, daß vor noch gar nicht allzu langer Zeit die Außenpolitik der Volkspartei im strictesten Gegensatz zu den „Grundlinien der jetzigen bewährten Politik“ stand.

Die Verleumdungen gegen Genossen Levi.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg begann am Mittwoch der Prozeß, den der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Genosse Levi gegen den Redakteur des Völkischen Beobachters in München, Rosenberga, angestrengt hat. Am 30. April hatte der Völkische Beobachter einen Artikel veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: „Der Berichterstatter des Gemeindefußballs, Levi, ist derselbe, von dem behauptet wird, daß er von englischen Spionen Geld genommen hat. Dieser als niedriger Landesverräter hingestellte ist Präsident des Rechtsausschusses des deutschen Reichstags und Referent im Gemeindefußball. Er entkäft als ein des Landesverrats Beschuldigter Einsicht in die innersten Geheimnisse deutscher Wehrverbände. Wer garantiert dafür, daß Levi nicht auch heute noch ein verhasster englischer Spion ist und als solcher im deutschen Reichstag sitzt? Wegen dieses Artikels und insbesondere wegen des Vorwurfs, von englischen Spionen Geld genommen zu haben, hatte Levi gegen den Völkischen Beobachter Strafantrag gestellt. Der Angeklagte Rosenberga nahm für sich in Anspruch, in Wahrung berechtigter öffentlicher Interessen gehandelt zu haben. Die Beschuldigung kamme nicht erst aus dem Völkischen Beobachter, sondern werde bereits seit sechs Jahren in zahlreichen Zeitungen gegen Levi erhoben, ohne daß dieser sich dagegen gewehrt habe. Nach längerer Erörterung einige man sich mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Materie in wenigen Stunden nicht zu erledigen sei, dahin, für Ende November oder Anfang Dezember eine neue Verhandlung anzuberaumen.“

Der richtige „Arbeiterführer“.

Einer der Führer der Erwerbslosendemonstration, die kürzlich in Breslau zu so traurigem Blutvergießen führte, wurde unmittelbar nachher von kommunistischer Seite damit entzündigt, daß er noch nicht lange in der linksradikalen Bewegung stehe und bis vor kurzem Stahlhelmann gewesen sei. Der Erwerbslosenführer, namens Brodde, bestritt das ganz energisch. Unser Breslauer Parteiblatt stellt aber jetzt fest, daß Brodde vor einigen Jahren wegen hakenkreuzerischer Ausschreitungen bereits einmal öffentlich festgesetzt und bestraft wurde. Er war damals oberster Selbstschutzherr und verteidigte sich mit seinen rechtsradikalen Überzeugungen. Es ist bedauerlich und besänftigend zugleich, daß sich Arbeiter einem solchen Vorfahren, der sich als Arbeiterführer aufspielte, vertrauten.

Retter des Kapitals.

Der Silberberg-Kurs.

Noch ein demokratischer Nothelfer.

Die große Debatte über große Koalition und Volksgemeinschaft über Wirtschafts- und Finanzpolitik, die mit der bekannten Dresdner Rede Dr. Silberbergs eingeleitet worden ist, wird in der Presse und in Reden lebhaft weitergeführt. Es ist unmöglich und auch überflüssig, alle die Stimmen für und wider zu registrieren. Aber es ist notwendig und interessant, von Zeit zu Zeit auf einige besondere auffällige Neuherungen einzugehen. Zur Zeit wird eine Rede viel erörtert, die der Präsident des Hansabundes Dr. Fischer im Wirtschaftspolitischen Gesamtausschuss des Bundes gehalten hat und die in der Rechtsprelle unter der Überschrift: „Fischer gegen Silberberg!“ ausführlich erörtert wird. Dr. Fischer, der auch Mitglied der demokratischen Reichstagsfraktion ist, befahte sich im ersten Teil seiner groß angelegten Rede allgemein mit der Stellung der Wirtschaftsverbände zu den politischen Problemen. Wir lassen es dahingestellt, ob Dr. Fischer nicht etwas von der historischen Wahrheit abwich, als er behauptete, der Hansabund habe von Anfang an den neuen deutschen Staat anerkannt, in diesem Staat für seine Auffassungen und Ueberzeugungen auf wirtschaftspolitischen Gebiet zu wirken.

Auf die Dresdner Silberbergrede anspielend, bemerkte der Hansabund-Präsident, er halte es nicht für angebracht, in dem Umfang, wie es auf der Dresdner Tagung der Deutschen Industrie geschehen sei, das parteipolitische Gebiet und die Frage parteipolitischer Koalitionen zu berühren. Er lege ja gar eine Gefahr darin, wollte die Wirtschaft in ihren Verbänden dazu übergehen, von sich aus nach dieser Richtung hin bestimmte Forderungen aufzustellen. Mit Bedauern habe man festgestellt, daß die Reichsregierung in schwierigen Situationen sich von „unverantwortlichen, außerhalb der politischen Vertretung stehenden Gremien, den Gewerkschaften, Handlungen abzwängen ließ“. Dr. Fischer wandte sich gegen diese „unverantwortlichen Nebenregierungen“, betonte aber gleichzeitig mit allem Nachdruck, daß die deutsche Wirtschaft gegenüber dem Staat und gegenüber der wirtschaftlichen Gesehgebung ihre Forderungen stellen müsse. Man wolle nicht durch übertriebene Kritik den leitenden Männern im Staat ihre Arbeit erschweren, aber mit dem bisher Erreichten und dem für die nächste Zukunft in Aussicht Gestellten könne man sich keineswegs zufriedengeben. Es sei vielmehr das Recht und die Pflicht des Bundes, weit größere Berücksichtigung seiner Wünsche als bisher zu verlangen. Politische Parteien möchten wohl die Aufgabe haben, sich in ihren Forderungen auf das parlamentarische Durchführungsfähige zu beschränken. Wirtschaftspolitische Verbände aber hätten auf derartige tatsächliche Gesichtspunkte keine Rücksicht zu nehmen. Sie hätten einfach das zu fordern, was der Wirtschaft not tue.

Im zweiten Teile seiner Rede befahte sich Dr. Fischer mit der Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft. Er forderte, daß die „mit dem Steuerermäßigungsgeß eingeleiteten Richtlinien in beschleunigtem Tempo fortgeführt“ werden müßten. Er verlangte die Knechtung des Einkommensteuertarifs unter dem Gesichtspunkt einer erhöhten Erleichterung für „mittlere“ Einkommen. Im Rahmen der Landessteuergesetzgebung müsse vor allem die Gewerbesteuer einer durchgreifenden Reform (wahrscheinlich ähnlich wie das in Sachsen im Interesse der Kapitalisten geschehen ist) unterzogen werden. Eingehend befahte er sich weiter mit den Landes- und Gemeindesteuern. Er bemerkte dazu, „den Gemeinden anzuerkennende Zuschlagsrecht zur Reichseinkommensteuer muß an eine Höchstgrenze gebunden werden, die nur bei gleichzeitigen Zugriffen auf die reichsrechtlich steuerfrei bleibenden Einkommensteile von den Gemeinden überschritten werden dürfe“. Solange die gegenwärtigen, die Wirtschaft schwer belastenden Steuern des Reiches, der Länder und der Gemeinden bestehen bleiben, müsse die Wirtschaft jede Verantwortung für eine erfolgsversprechende Fortführung der wirtschaftlichen Gesundungsarbeit ablehnen.

Weiter wandte sich Dr. Fischer gegen die Finanz- und Geldpolitik der öffentlichen Hand. Diese müsse es aufgeben, in der Wirtschaft die Rolle des Arbeit- und Kreditgebers für Rechnung des Steuerzahlers zu übernehmen. Als vornehmste Aufgabe der Wirtschaftspolitik bezeichnete der Redner die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit. Dabei betonte er, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge, die im besten Falle nur 20 Prozent aller Erwerbslosen auffangen könne, keine Lösung des Problems bringen könne. Dagegen müsse die deutsche Wirtschaft die Erschließung neuer Märkte anstreben. Stärker als bisher müsse deshalb von Deutschland aus der Ruf nach Kolonialarbeit erhoben werden. Die Lebensfähigkeit jedes großen Industrievolkcs beruhe auf der Möglichkeit, jungfräulichen Wirtschaftsböden in seinem Arbeitsbereich mit einzusetzen zu können. Am Schluß seiner Rede erörterte Dr. Fischer die Revisionsnotwendigkeit des Dawesplanes. Er forderte Herstellung eines Weltkommunales rechtcs Deutschlands bei den Sachleistungen und den Entscheidungen über den Bar-Transfer, Aufhebung der 20prozentigen Reparationsabgabe, Uebernahme der Industriebelastung auf den Gesamthaushalt unter Aufrechterhaltung der Pfänderhaftung der verpfändeten Industriewerte für den Zinsdienst der Industrieobligationen. Auch in diesem Zusammenhange unterstrich er noch mal den Anspruch Deutschlands auf Kolonialmandate.

Die Arbeiterzeitung wird an der Fischerschen Rede in erster Linie dessen Ausführungen über die Wirtschafts- und Steuerfragen interessieren. Wenn Dr. Fischer die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit als vornehmste Aufgabe der nächsten Wirtschaftspolitik bezeichnete, so wird er damit sicher allgemeine Zustimmung, ganz besonders auch in Arbeiterkreisen finden. Es ist ihm auch darin zuzugeden, daß mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge allein das Problem nicht gelöst werden kann. Aber auch das von Herrn Fischer gegebene Rezept genügt dazu sicher nicht. Es ist vor allem auffallend, daß er die heikle Frage, wie die Kaufkraft der breiten Massen gestärkt werden kann, die, wie wir oft genug dargelegt haben, für die Ueberwindung der Krise mitentscheidend ist, mit keinem Worte erwähnt. Die Erschließung ausländischer Märkte für den Absatz deutscher Produkte ist sicher sehr notwendig, nur sind es selber die deutschen Industrien, die durch ihre verkehrte Wirtschaftspolitik bisher die Wege zu diesen Märkten versperrt haben. Ganz entschieden muß es die Arbeiterschaft ablehnen, mit Herrn Fischer in den Ruf nach deutschen Kolonien einzustimmen. Es entspricht durchaus nicht den Tatsachen, daß die Lebensfähigkeit jedes Industrievolkcs von dem Besitz von Kolonien abhängig sei. Die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat allein beweist das Gegenteil. Andererseits wissen wir, daß gerade der imperialistische Drang des kaiserlichen Deutschlands nach Eroberungen in fremden Ländern Deutschlands in die schlimmste Katastrophe gestürzt hat. Die deutsche Arbeiterschaft wird sich deshalb mit aller Kraft gegen die Wiederholung derartigen imperialistischer Experimente wenden.

Genso entschieden muß die Arbeiterschaft auch das Steuerprogramm des Hansabundes bekämpfen. Fischers Forderungen auf diesem Gebiete beugen sich im wesentlichen mit dem Finanz- und Wirtschaftsprogramm seines Parteifreundes, des Reichsfinanzministers Reihold, mit jenem Programm, von dem in diesen Tagen die deutschnationalen Berliner Vorgesandten mit Recht schrieb, daß dieses Programm schon seit Jahren von den Deutschnationalen und den Volksparteilern vertreten worden sei. Diese Feststellung des Rechtsblattes ist für den Demokraten Reihold sicher kein Lob. Jetzt aber kommt ein anderer Demokrat, eben Herr Dr. Fischer, und erklärt, daß die im Hansabund vereinigten Kapitalisten mit dem von Reihold in Aussicht Gestellten keineswegs zufrieden sein könnten, daß sie vielmehr noch eine weit

größere Berücksichtigung ihrer Forderungen verlangen. Charakteristisch für die Einstellung der Hansabundler sind insbesondere ihre Wünsche hinsichtlich der Gemeindesteuern. Herr Dr. Fischer will zwar den Gemeinden ein Zuschlagsrecht zur Reichseinkommensteuer zugestehen, aber den Gemeinden sollen gleichzeitig die Hände gebunden werden, indem ihnen eine Höchstgrenze für die Zuschläge vorgeschrieben wird, damit die Gemeinden nicht etwa auf den Gedanken kommen, den notleidenden Besitz allzu schwer zu belasten. Vor allem soll aber zur Bedingung gemacht werden, daß auch die reichsrechtlich steuerfrei bleibenden Einkommensteile von den Gemeinden besteuert werden müssen. Das heißt nichts anderes, als daß die armen Teufel, die wegen ihres geringen Einkommens jetzt keine Steuern zahlen, künftig zu den Gemeindesteuern herangezogen werden sollen. Es ist bezeichnend, daß sich auch hier der „demokratische“ Volksvertreter Fischer in völliger Uebereinstimmung mit den reaktionären deutschnationalen Kreisen befindet. Sehr deutlich drückt die Vorgesandten in dem schon erwähnten Artikel die Fischerschen Gedanken in folgendem Satze aus: „Es ist zweifellos richtig, daß die den Ländern und Gemeinden zu bewilligende Steuer eine solche sein muß, die auch von denjenigen selbst mitgetragen wird, auf deren Beschluß sie zur Erhebung gelangt.“ Mit anderen Worten: Die Steuererhebung muß so beschaffen sein, daß Arbeitervertreter in Landes- und Gemeindeparlamenten nur dann die Bestehenden wirksam besteuern können, wenn auch die Armen der Armen, die nicht einmal das Existenzminimum verdienen, Steuern zahlen müssen. Würde diese wundervolle Uebereinstimmung zwischen demokratischen und deutschnationalen Kapitalvertretern nicht die Grundlage für eine demokratisch-deutschnationalen Arbeits- und Volksgemeinschaft abgeben?

Für die Arbeiterschaft hat aber dieses Steuerprogramm noch eine andere ernste Seite. Es ist bekannt, daß besonders die Gemeinden dauernd neue soziale und kulturelle Aufgaben überwiesen bekommen haben und noch zugewiesen erhalten. Mit dem Programm, wie es Dr. Fischer entwickelt hat, wird ganz deutlich der Zweck verfolgt, die Mittel der Länder und Gemeinden soweit als nur irgendmöglich zu beschränken, um die Bestehenden zu schonen. Die Folge davon muß natürlich sein, daß Länder und Gemeinden ihre Aufgaben auf den genannten Gebieten nur äußerst mangelhaft erfüllen können. Arbeitslose, Frühjahrgespänpfänger, Wohnungslose, kurz alle die wirklich Notleidenden würden in erster Linie die Opfer einer solchen „demokratischen“ Steuerpolitik sein, während die Bestehenden Kreise nur Nutzen und Vorteile davon haben würden. Ganz auf derselben Linie liegen auch die weiteren Forderungen des Hansabundführers, daß die öffentliche Hand, d. h. Reich, Länder und Gemeinden, nicht mehr als Kredit- und Kreditgeber auftreten sollen. Abbau der Staats- und Gemeindebetriebe, Ueberlassung dieser Unternehmungen an die Privatkapitalisten zur Ausbeutung und zur Profitmacherei — das ist der Sinn dieser echt kapitalistischen Forderung.

Herr Dr. Fischer ist, wie gesagt, demokratischer Reichstagsabgeordneter. Sein Programm bezieht sich mit dem seines Parteifreundes Dr. Reihold, Reihold aber ist Reichsfinanzminister. Er hat angeündigt, daß er sein von dem Unternehmertum mit Beifall aufgenommenes Finanz- und Steuerprogramm durchführen wird, und die bürgerliche Presse lobt ihn, daß er auch der Mann sei, seine Pläne durchzuführen. Daß er dabei die vollste Unterstützung der bürgerlichen Reichstagsmehrheit finden wird, liegt auf der Hand. Damit ist aber auch erwiesen, wie groß die Gefahr ist, die den werktätigen Volkswaffen droht. Die Arbeiterschaft muß deshalb diesen Vorgesandten die größte Aufmerksamkeit schenken und alle Kraft aufbieten, um diese schändlichen Pläne ihrer feindseligen Klassenfeinde zu durchkreuzen.

Die rechtsstehende Presse versucht aus naheliegenden Gründen einen Gegensatz zwischen Fischer und Silberberg zu konstruieren. In Wirklichkeit ist der Junghäuptling mit dem Führer der Schwerindustrie in allen wesentlichen Punkten durchaus einig. Es ist auch klar, daß Dr. Fischer, entsprechend der Gesamtstellung der Demokraten, Anhänger der Arbeits- und Volksgemeinschaften und der großen Koalition ist. Interessant ist aber, daß die deutschnationalen Vorgesandten demgegenüber betont, daß das Silberberg-Reihold-Fischer-Programm mit den Sozialdemokraten nicht zu verwirklichen ist. Das Blatt schreibt, die Industrie dürfe nicht verkennen, daß diese Forderungen nicht mit der Sozialdemokratischen Partei durchzuführen werden könne. Es geht von der Voraussetzung aus, daß die Sozialdemokratie, wenn sie auch mit in der Regierung läge, bei der Durchführung eines solchen Programms unmöglich Hilfsdienste leisten könne. Tatsächlich wäre es für die Sozialdemokratische Partei untragbar, bei der Verwirklichung solcher vorkapitalistischer Pläne, die nur den Interessen der Bestehenden entsprechen, irgendwie behilflich zu sein. Eine Mitwirkung bei diesem und bei den anderen geplanten reaktionären Maßnahmen müßte erneut das Vertrauen der erwerbstätigen Bevölkerung zur Sozialdemokratie aufs schwerste erschüttern und die Partei schwächen. Gerade deshalb wollen ja auch die schlaunen bürgerlichen Rattenfänger die Sozialdemokratie in die große Koalition locken, um die Sozialdemokratie zu schwächen, die Widerstandskraft der Arbeiterklasse zu schwächen und so ihre Pläne um so leichter durchsetzen zu können. Gerade deshalb aber kann und darf die Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiterklasse mit den Parteien der Silberberg, Reihold und Fischer keine Koalition eingehen.

Betrugsmanöver des Landbundes.

Dem Soz. Pressedienst wird aus Weimar berichtet: Durch ein Schreiben des Landesfinanzamtes Thüringen ist man einem betrügerischen Manöver des Landbundes auf die Spur gekommen. Der Landbund, der den Rest der Landkreise Weimars nahezu völlig beherrscht, hatte die Steuerausgänge nach seinem Gutdünken besetzt und die reichsrechtlichen Vorschriften, die für die Berufszugehörigkeit der einzelnen Besitzer bestehen, kurzerhand nicht beachtet. So sind beispielsweise Arbeiter-Beijiger vorgeschrieben. Der Landbund, dem es an Arbeitern in seinen eigenen Reihen fehlt, hatte, um nach oben der Vorwärts Genüge zu leisten, einfach andere Erwerbstätige, meist Landwirte, als „Arbeiter“ bezeichnet und in die Steuerausgänge einwand. Aber auch ein Schmiedemeister und ein Kaufmann und fünfzig Brauereibesitzer wurden als „Arbeitervertreter“ ausgegeben. Der Präsident des Landesfinanzamtes ist den Dingen nachgegangen und hat Feststellungen getroffen, die das betrügerische Manöver des Landbundes zweifellos erscheinen lassen. Der Präsident hat nunmehr eine Neubesehung der Steuerausgänge des Landkreises Weimar angeordnet.

Christlichsoziale Korruptionswirtschaft.

Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss wurde am Dienstag im Bericht über die Uebernahme von drei christlichsozialen Banken, darunter die Steierbank, durch die Zentralbank der deutschen Sparbanken erstattet. Der Zusammenbruch der Zentralbank ist durch die von den bürgerlichen Regierungsparteien erzwungene Uebernahme dieser drei verkrachten christlichsozialen Parteiueternehmungen hervorgerufen worden. Der Bericht bestätigt, daß die Uebernahme dieser Banken wirklich den Zusammenbruch herbeigeführt hat. Die Zentralbank erlitt dadurch einen Verlust von 146 Milliarden Kronen, gleich 8 1/2 Millionen Mark, während nach der damaligen Bilanz ihre Gesamtaktiven nur 120 Milliarden betrugten. Außerdem wurde im Ausschuss festgestellt, daß die Nationalbank damals der Banerbank (einer der drei verkrachten Banken) 12 Milliarden

geschenkt und der Zentralbank für 18 1/2 Milliarden Verlust bei der Liquidierung der Banerbank garantiert hat, so daß die Nationalbank aus öffentlichen Mitteln 30 Milliarden Kronen gleich 1 1/2 Millionen Mark für christlichsoziale Parteizwecke geopfert hat.

SPD. Wien, 28. September.

Aus Graz wird gemeldet, daß der christlichsoziale Landeshauptmann der Steiermark — der in den letzten Sitzungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses stark kompromittiert worden ist, da ihm nachgewiesen werden konnte, daß er zum Schaden des Landes Steiermark, dessen Finanzreferent er war, spekuliert hat — seiner Partei die Mitteilung zukommen ließ, er habe sein Mandat als Landtagsabgeordneter und sein Amt als Landeshauptmann niedergelegt. Das christlichsoziale Blatt in Graz gibt selbst zu, daß dieser Rücktritt eine Folge der Vorgänge im Untersuchungsausschuss ist.

Zur Lage in Griechenland.

W. B. Athen, 29. September.

Die Führer sämtlicher politischen Parteien erschienen gestern beim Präsidenten der Republik Konstantinos, bei dem sich auch Ministerpräsident Konstantinos eingefunden hatte, um u. a. über den Wahlmodus für die nächsten Parlamentswahlen und ferner darüber zu beraten, ob das gegenwärtige Kabinett die Geschäfte weiterführen solle. Ein Einvernehmen zwischen den politischen Führern konnte in diesen lange andauernden Beratungen nicht erzielt werden. Ministerpräsident Konstantinos hat darauf dem Präsidenten der Republik, um diesem seine Aufgabe zu erleichtern, den Rücktritt des Kabinetts an. Der Präsident der Republik behielt sich seine Entscheidung vor.

Wie das Berliner Tageblatt aus Athen meldet, wurde auf Wunsch der Parteiführer der Termin für die Wahlen verschoben und auf den 7. November angelegt.

Kraffin in London.

W. B. London, 28. September.

Kraffin ist gestern abend in London eingetroffen, um seinen Posten als russischer Geschäftsträger zu übernehmen.

W. B. Moskau, 29. September.

Wie hier verlautet, wird Kraffin in London einstweilen keine politischen Verhandlungen mit dem Foreign Office (Auswärtiges Amt) aufnehmen. Vielmehr wird er die Unterredung zwischen Chamberlain und Mussolini, die demnächst stattfinden wird, abwarten. Er wird sich dagegen sofort mit dem Präsidenten der Bank von England in Verbindung setzen, um die Frage der Finanzierung der russisch-englischen Geschäfte zu regeln.

Die Zusammenkunft Chamberlain-Mussolini.

W. B. London, 29. September.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, findet die Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Mussolini voraussichtlich einer Anregung Mussolinis entsprechend in Civitavecchia statt.

Dem Giornale d'Italia zufolge wird bei der Unterredung Mussolinis mit Chamberlain neben der abessinischen und der Tangerfrage auch die neue deutsch-französische Annäherung erörtert werden, die England und Italien als Garantemächte von Locarno besonders interessiert.

Kapitalistische Vandalen.

W. B. Wien, 29. September.

Die Arbeiterzeitung meldet aus Innsbruck, daß am letzten Sonntag abend 800 Faschinen aus Mittel-Italien die Stadt Sterzing überfallen haben. Die ganze Nacht hindurch stand die Stadt unter dem Terror der Faschinen, die Menschen blutig schlugen und in viele Häuser eindrangen. Sie benahmten sich wie in Feindesland, warfen Betten und andere Gegenstände auf die Straße und raubten verschiedene Gegenstände, um sie an Andenken an ihre Heidenat mitzunehmen.

Internationaler Zusammenschluß kommunales Spitzenverbände.

Von der Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages wird mitgeteilt: In den nächsten Tagen wird in Düsseldorf der Vorstand (Generalrat) des Weltbundes kommunaler Körperschaften (Union Internationale des Villes et des Communes) zusammentreten. Dieser Verband sucht die praktischen Erfahrungen des Kommunalwesens über die nationalen Grenzen hinaus zusammenzufassen. Die deutschen kommunalen Spitzenverbände haben sich bisher an dem Verband nicht beteiligt. Nachdem nunmehr Deutschland seinen Eintritt in den Völkerbund vollzogen hat, hat der Vorstand des Deutschen Städtetages beschlossen, sich auch seinerseits an der kommenden Generalkonferenz zunächst informativ zu beteiligen. Der Städtetag wird in Düsseldorf durch Präsident Dr. Müller, Oberbürgermeister Dr. Leht-Düffeldorf und Bürgermeister Hirsch-Dorlmund vertreten sein.

Rufmann und Knoll abermals freigesprochen.

Berlin, 30. September.

Im Rufmann-Knoll-Prozess wurde von der Berufungsinstanz das Urteil der ersten Instanz bestätigt und die beiden Angeklagten abermals freigesprochen. Der Generalkaassanwalt hatte wegen Attendbeteiligung gegen beide je drei Monate Gefängnis beantragt. Der Generalkaassanwalt unterließ in seiner Anklagerede, daß sich die Angeklagten große Verdienste erworben hätten und daß sie den Verdacht nicht beilegen konnten, daß noch andere, schlimmere Verbrechen vorgekommen sind. Das Gericht aber stellte sich auf den Standpunkt, daß von einer Beilegung amtlicher Dokumente nicht gesprochen werden könne.

Jürgens' Geständnis.

Die Voruntersuchung gegen den Landgerichtsdirektor Jürgens hat, wie eine Korrespondenz meldet, eine auffsehenregende Wendung genommen. Jürgens hat einige ihm zur Last gelegte Verbrechen gestanden und sich entschuldigen versucht, daß er Verpflichtungen infolge hoher Spielverlusten angeht. Angeblich ist er einem hohen Beamten der preussischen Regierung, dessen Spielleidenschaft bekannt ist, Spielschuldenverpflichtungen verschuldet worden.

Standrecht in Persien. Wie Chicago Tribune aus Teheran meldet, sind zahlreiche Gendarmen- und Polizeioffiziere, sowie Zivilpersonen wegen eines angeblichen Komplotts gegen den Schah verhaftet worden. In Persien sei das Standrecht verhängt worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Johannes Kruchen in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Hugo Seipold in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Leipzig-Gesellschaft, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Ämliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Führerschein, ausgestellt vom Volkseigenen Automobilklub Leipzig unter Nr. 15165 am 13. Januar 1926 für den Hrn. Volontär Walter Cramer, in Leipzig Lindenau, Karl-Heine-Straße 52 und die Zulassungsbekanntmachung für das D-Arbeitsrad III-11457, ausgestellt vom Polizeipräsidium Leipzig am 19. November 1925 für den Hrn. Volontär Walter Cramer, Leipzig-Lindenau, Karl-Heine-Straße 52, sind seit 12. September 1926 abhanden gekommen.

Zur Verhütung von Mißbrauch werden diese Ausweispapiere für ungültig erklärt. Leipzig, den 27. September 1926.

Das Polizeipräsidium
Verkehrsabteilung.
V. R. III 3220, Kz. III-11457.

Die Klau der Einhufer unter dem Besitze des Fleischermeisters Schöpsold in Höher Nr. 1 ist erloschen. Leipzig, am 20. September 1926.
Die Amtshauptmannschaft.

Großh. Durch das Gehen vom 23. Juni 1926 ist auch die selbständige Ausübung des Barbier-, Friseur- und Haarformergewerbes an Sonn- und Feiertagen unterlag worden, soweit nicht für diese Tage Ausnahmebewilligung zur Beschäftigung von Arbeitnehmern erteilt ist.

Die Kreisbauernschaft Leipzig hat hinsichtlich der Ausnahmebewilligungen unterm 26. d. M. verfügt, daß Arbeitnehmer in genannten Gewerbe an Sonn- und Feiertagen nur beschäftigt werden dürfen: am ersten Sonn- oder Feiertag bei zwei aufeinander folgenden Sonn- oder Feiertagen, am ersten und dritten von drei aufeinander folgenden Sonn- oder Feiertagen, am Jahrmärktsanfang, am dritten und vierten Adventsionntag während 4 Stunden sowie an allen Sonn- und Feiertagen zum Theaterbesuchen und bei Brautfräulein im Hause der Braut. Eine hiervon unzulässige Beschäftigung von Arbeitnehmern wird wie die eigene unzulässige gewerbliche Betätigung der Arbeitgeber bestraft.
Großh., am 20. Sept. 1926.
Der Stadtrat.

Begau Öffentliche Stadtverordnetenversammlung, Freitag, den 1. Oktober 1926, abends 7 Uhr.

Stadtverordneten-Sitzungssaal, Tagesordnung: 1. Begründung der Anrufung der Gemeindeversammlung in Sache Erwerbslosen-Beihilfe 2. Beihilfe für Hans Sig. 3. Entleerungsanlage. 4. Schulentarbeiten in der Straße hinter der Post. 5. Elektrifizierung. 6. Kartoffellieferung an erwerbslose Haushaltungsvorstände. 7. Volkshausbetrieb. 8. Lebensmittel-einkauf. 9. Vertrag wegen der Gemeindefestung.

Alarmübung. In der Zeit vom 1. bis 10. Oktober 1926 werden zwei Alarmübungen der Freiwilligen Feuerwehr abgehalten. Alarmiert wird durch die Glockenalarmanlage und Sirenenanlage.

An der ersten Übung hat auch die Pflichtfeuerwehr teilzunehmen. Sammelplatz am Gerätehaus.

Die dienstpflichtigen Mannschaften (alle in Begau wohnhaften, in den Jahren 1902, 1903 und 1904 geborenen männlichen Personen) werden auf ihre Verpflichtung zum Besuche der Übung und zu den angeordneten Dienstverrichtungen sowie auf Befolgung der Dienstvorschriften mit dem Bemerken hingewiesen, daß Zuwiderhandlungen unmissverständlich zur Bestrafung gebracht werden.

Entschuldigungen sind binnen 24 Stunden nach der Übung schriftlich im Rathaus, Zimmer Nr. 4, anzubringen.
Begau, am 29. September 1926.
Der Stadtrat.

Anzeige

bis 9 Uhr vormittags des betr. Tages ein, damit wir selbige wunschgemäß und wirkungsvoll gestalten können.

6 WAGGON

sowie diverse Sammelladungen Filz- u. Kamelhaar-Schuhe eingetroffen!

Durch diese Großeinkäufe sind wir in der Lage, unserer werthen Kundschaft Gelegenheit zu geben, den Winterbedarf bei größter Auswahl zu äußerst günstigen Preisen zu decken!

Beachten Sie bitte unsere 12 Fenster!

Überzeugen Sie sich von den Vorteilen unseres reichhaltigen Angebotes!

Nadistehend einige Beispiele:

Kinder-Ohrschuhe Kamelhaarstoff, haltbare feste Ware 23/26 1.25 20/22 95 A teilweise Wolle u. Kamelhaar, warme Qual. 31/35 2.00 27/30 1.80 23/26 1.50 20/22 1.25	Kinder-Schnallenschuhe Kamelhaarstoff, gestreifte Muster. Billig! 21/24 1.45 18/20 1.25 teilweise Wolle und Kamelhaar. Gelegenheitsposten! 18/21 1.65 Kamelhaarstoff, gangbare Handelsqualität Billig! 31/35 2.45 27/30 2.00 25/26 1.85 22/24 1.65 18/21 1.30 teilweise Wolle und Kamelhaar, mollige Ware, mit Kappe und Fleck 31/35 2.95 27/30 2.75 23/26 2.45 18/22 1.95	Kinder-Kragenschuhe Kamelhaarstoff, billig und gut! 31/35 2.45 27/30 2.25 23/26 1.95 teilweise Wolle und Kamelhaar, schöne Muster 31/35 2.95 27/30 2.45 23/26 2.25
Niedertreter Kamelhaarstoff, solide, gute Verarbeitung. Billig! Herren 2.15 Damen 1.75 teilweise Wolle und Kamelhaar, warm und mollig! Billig! Herren 3.25 Damen 2.75	Kragenschuhe für Damen Kamelhaarstoff, wirklich preiswertes Angebot. 36/42 1.95 teilweise Wolle und Kamelhaar, schöne Muster, warm. 36/42 2.75 teilweise Wolle und Kamelhaar, Sonderanfertigung, mit fester Kappe u. Fleck 36/42 3.65	Hauschuhe mit Kappe und Fleck Kamelhaarstoff, beste Gebrauchsqualität Herren 2.95 Damen 2.45 teilweise Wolle und Kamelhaar, besonders vorteilhaft! Herren 3.45 Damen 2.95
Schnallenschuhe Kamelhaarstoff, günstig in Preis und Qualität Herren 3.45 Damen 2.95 teilweise Wolle und Kamelhaar, warme, gute Ware Herren 3.95 Damen 3.45	Vorstehende Artikel sind auch in den Ausführungen: „Reine Wolle und Kamelhaar“ sowie „Echt Kamelhaar“ auch mit Ledereinfassung zu billigsten Preisen vorrätig!	

Filzwaren

Filzschallenschuhe mit fester Ledersohle, Kappe und Flecke 42/46 36-41 31/35 27/30 25/26 21/24 2.85 wie vorstehend, mit Ringsbesatz 5.45 4.65 3.95 3.65 3.85 21/24 3.75	Filzpantoffel mit grauer Filzsohle 42/46 2.75, 36/41 2.25, 31/35 1.80, 27/30 1.50 dieselben mit Ledersohle 42/46 3.80, 36/41 2.75, 31/35 2.25, 27/30 1.85 mit grauer Filzsohle, weißes Futter und Polster Herren 3.45 Damen 2.95 dieselben mit fester Ledersohle Herren 4.00 Damen 3.50
--	--

Filzpantoffel mit Püscheneinfassung, schwarze Filzsohle u. Sealskinlutter in diversen Ausführungen u. Qualitäten zu billigsten Preisen, am Lager vorrätig!

Filzschuhe mit grauer Filzsohle u. Borteneinfassung 45-46 56-62 31/35 27/30 1.95 mit schwarzer Filzsohle u. Borteneinfassung — 3.35 2.65 27/30 2.25 mit schwarzer Filzsohle u. Püscheneinfassung — 3.75 3.00 27/30 2.50

weiter sind noch diverse bessere Qualitäten zu äußersten Preisen am Lager vorrätig!

Beachten Sie bitte unsere Verkaufsstellen:

Königsplatz 7 Brühl 5 Rochsstraße 22
Crusiusstraße 1 (Ecke Täubchenweg) Kolonnadenstraße 32

Schuhwarenhaus HÖNIGSBERG

Zentrale: Leipzig, Windmühlensstraße 31, Hof, Hintergebäude, Engros-Verkauf
Telephon 236 16, 282 96. Zweigniederlassungen: Halle a. d. S.,
Große Ulrichstraße 54 — Gelfstraße 9 — Telephon 6985

Gewerkschaftl. Anzeigen

Gewerkschafts-Kartell Leipzig
Volkshaus, Reiter Straße 32, Fernruf 34021

Deutscher Bauergewerksbund, Baugewerkschaft Leipzig
Gruppenveranstaltungen:
Zementarbeiter und deren Hilfsarbeiter.
Sonabend, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, im Volkshaus.
Stolierer.
Sonabend, den 2. Oktober, abends 7 Uhr, im Volkshaus.
Steinholzleger.
Sonabend, den 2. Oktober, abends 7 Uhr, im Volkshaus.
Die Tagesordnung wird in den Veranstaltungen bekanntgegeben. Die Leitungen.

Bund sozialistischer Freidenker

Bezirk Leipzig

Im Monat Oktober finden folgende Veranstaltungen statt:

7. Oktober: Lindenau-Platzw. Schenkung, abends 8 Uhr, im Kellerkeller. **Literarischer Abend.** Referent: Genosse W. Achilles über Arbeiterbücher. Pieder zur Laute
8. Oktober: Großschöder, abends 8 Uhr, im Lindengarten **Monatsversammlung.**
11. Oktober: Stüna, abends 8 Uhr, im Galthof Stüna **Öffentlicher Lichtbilder-Vortrag: Als Wanderpogel durch Afrika.** Referent: Genosse Planier. — Nachmittags 5 Uhr: **Märchentag für Kinder.**
13. Oktober: Leipzig-Öst, abends 8 Uhr, in den Reichshallen **Lichtbilder-Vortrag: Die Schweiz und der Vierwaldstätter See.** Referent: Genosse Dr. Ohr.
13. Oktober: Döhl, im Mittelpunk. **Freizeitliche Dichtungen.** Referent: Genosse Vogel.
14. Oktober: **Funktionärsversammlung des gesamten Bezirks Leipzig** abends 8 Uhr im Volkshaus, Gartenaal.
15. Oktober: Kleinösch, abends 8 Uhr, in Mählerser Zeit- **lälen Lichtbilder-Vortrag: Die Feuerbestattung eine Kulturforderung.** Referent: Genosse Bauer — Nachmittags 3 Uhr im gleichen Lokal: **Lichtbilder-Vortrag für Kinder.** Thema: Peter Stoll. Eintritt frei!
17. Oktober: Leipzig-Öst, vormittags 9 Uhr **Bekanntmachung des Krematoriums.** Abmarsch 10 Uhr von den 3 Höfen.
18. Oktober: Alt-Leipzig, im Volkshaus. **Frucht als Mensch und Freidenker.** Referent: Genosse Dr. Liner.
19. Oktober: Beuth, abends 8 Uhr, im Schwarzen Jäger **Lichtbilder-Vortrag: Die Feuerbestattung eine Kulturforderung.**
20. Oktober: Connewitz-Bühnen-Bühne, abends 8 Uhr, im Sächsischen Haus **Vortrag** des Genossen D. Weise: Die Stellung der christlichen Kirche zur Frau.
21. Oktober: Alt-Leipzig, im Volkshaus: **Unterhaltungsabend für Witwen.**
25. Oktober: Schönfeld, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus **Lichtbilder-Vortrag** des Genossen Dr. Ohr: **Frauenrechte und Frauenherrschaft.**
26. Oktober: Südost im Löwenpark, Stötterich, Lange Reihe, **Vortrag: Freizeitleitige Weltanschauung.** Referent: Genosse Hans Weise.
30. Oktober: Quasitz, abends 8 Uhr, im Kasino **Vortrag: Religion der Völker Ostens.** Referent: Gen. Kraule.

Für Feinschmecker

Stern-Butter
Garantiert reine Naturbutter
Plagwitz Dampfmolkerei
Otte Zeising, Fernr. 40776

Anerkannt beste Tafelbutter
In den meisten einchl. auch durch Plakate kenntlichen Lebensmittelaeschäften stets frisch zu haben
Auf Anfrage weisen Verkaufsstellen nach.

Famliennachrichten.

Statt Karten.
Zurückgeführt vom Grabe unserer lieben Tochter
Marie
Ist es uns Verzagensbedürfnis, allen denjenigen, die un- durch liebevolle Beweise heraliche Anteilnahme entgegenbrachten, ferner auch Herrn Pfarrer Bonhoff für alle Tröstungen, nur hierdurch unsern wärmsten Dank auszusprechen.
Leipzig-Kleinösch, den 29. September 1926.
Josef Reich u. Frau nebst übrigen Hinterbliebenen.

Dank.
Allen Verwandten, Bekannten, Freunden, Kollegen, Genossen und Genossinnen für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes, unseres lieben Vaters
Max Heinze
sagen wir unseren tiefempfindenen Dank. Besonders danken wir Herrn Theer für die tröstlichen Worte, den Arbeiter-Sängern Leipzig-West, unter Leitung des Herrn Paul Michael, dem Bundesvorstand des Deutschen Bauergewerksbundes, dem Vorstand der Baugewerkschaft Leipzig, den Funktionären und Funktionärinnen des Ortsvereins der S. P. D.-Plagwitz-Lindenau-Schleußig, den Gewerkschaftsangestellten des Volkshauses, dem Vorstand der Bau- genossenschaft Leipzig-Lindenau, der Bauhütte Leipzig sowie den Hausbewohnern der Baugenossenschaft Leipzig-Lindenau, Calvisius- straße 26, 28, 30.
Leipzig-Lindenau, Calvisiusstraße 30, II. 1. und
Berlin, den 30. September 1926
Alwine vorw. Heinze geb. Schmidt
Walter Heinze u. Frau, Kurt Heinze
nebst Hinterbliebenen.
Friede seiner Asche!

AUF KREDIT
HERREN- Anzüge, Gummi- Mäntel, Wind- Jacken, Winter- Mäntel und Joppen
DAMEN- Winter- Mäntel Gummi- Mäntel
Kinder-Bekleidung
Oberhemden, Sportwesten
Kein übliches Teilzahlungssystem!

Mass-Abteilung
Anfertigung einschließ- lich Zutaten von
38 Mk. an
auch bei zugebr. Stoffen
Gesellschafts- Kleidung
fertig und nach Maß!

B. BRECHER Richard-Wagner-Str. 12, III. (Fahrraduhl)
— Geschäftezeit von 8 bis 7 Uhr. —

Auf Teilzahlung
bei sofortiger Mitnahme des Gegenstandes
Herren-, Damen- und Kinder-Anzüge
Ueberzieher, Mäntel
Kleider u. Kostüme
Damen- u. Herren- Schuhe
in reicher Auswahl, prima Qualität
Hermann Weiser
Nur Grimmalsche Straße 13
(Hansa-Haus)

Täglich frische **Seefische**
grüne Serringe
Samburger Fischhalle
Odermannstr. 2

Tapeten
Jetzt teilweise 50 Proz. herabgesetzt
Wachstuche
Jetzt von 1.60 Mk. an
Linoleum
Teppiche Läufer
9.- Mk. an 2.- Mk. an
Reservenauswahl.

Bernh. Nestler, Eisenbahnstr. 99
an der Elisabethstraße.

Preisw. Reisekoffer!

I Handkoffer 50 55 60 65 cm 3.75 4.00 4.50 5.00 einkl. Vulkanleder 9.25 10.00 10.75 11.50	II Casakoffer u. Bagel 65 70 75 cm 14.- 15.- 16.-	III Bahnkoffer 80 90 100 cm 27.- 31.- 35.-
--	--	---

Stets große Sonder-Ausstellungen!

Rene Leisch
Koffer- u. Lederwarenfabrik
Windmühlenstraße - 32

Voicarcé zu Hause.

Paris-Duc, den 27. September.

In Paris von Paris-Duc stehen zwei erbeutete deutsche Geschüge. Inmitten herblich bunter Blumenbeete und spielenden Kindern nehmen sie sich seltsam aus. Drohend sind ihre Mäuler ostwärts gegen Deutschland gerichtet. Das macht nichts. Die Kanonen, Produkte und Symbole eines militärischen Geistes verrotten von Jahr zu Jahr mehr und mehr...

Es ist nicht ein hübscher Zufall, daß Raymond Voicarcé gerade heute, an einem Montag, eine seiner politischen Reden hielt, die nicht nur für die Ohren Frankreichs, sondern für die ganze Welt bestimmt sein sollen, während uns allen noch das Wort von Voicarcés Sonntagreden" geläufig ist? Diese Sonntagreden waren, jeder erinnert sich noch, Reis Wasser auf die Mühlen der deutschen und französischen Nationalisten. Aber wie das manchmal so geht, haben deren Mäntel zwar schnell, aber nicht sicher gemahnen. Dem vergnügten Sonntag ist der Regenjammer des Montags gefolgt. Briand dirigiert jetzt laute Weisen im Orchester der französischen Politik und Voicarcé spielt schmolend mit; genau so wie in Deutschland Ehrhardts Freunde von der Industrie plötzlich die Veröhnungsgefte aufgesetzt haben.

Die nicht allzulange Rede des französischen Ministerpräsidenten, in der Präfektur seiner Heimatstadt anlässlich einer Versammlung der Departementsverwalter der Weuse, entgegen aller sonstigen Gewohnheit vom Manuskript gelesen, wurde öfters von Beifall unterbrochen. Vieles davon mag auf das Konto des Lokalpatriotismus der Bürger dieser etwas langweiligen Stadt zu setzen sein, denn drei Minuten von der Präfektur entfernt, in der Rue Réve, steht patzighaft steif und unzeitgemäß Raymonds Geburtshaus; schon hat es seine Gedächtnisplatte aus weißem Marmor. Und dann sind heute selbst Voicarcés Gegner im Lager der Liberalen zurückhaltend, weil sie wissen, daß ihr Ministerpräsident sich ehrlich bemühen wird, die fatale wirtschaftliche Lage zu bessern, und weil sie wissen, daß Voicarcé für die Interessen der besitzenden Klassen noch niemals ein Jaubrer gewesen ist. Besser ein Beamter, der zwar schon Fehler gemacht hat, aber doch etwas tut, als ein Genie, das schläft oder doch vielmehr überhaupt nicht da ist.

Nun, dieser Mann mit der Reibeisenstimme und jener leuchtenden, verdorrten Physiognomie, die unwillkürlich an den Grafen Ruffat aus Jolas "Rana" erinnert, ist alles andere als ein Genie. Der eminent tüchtige Advokat, der fast nie einen Prozeß verlor, hat sich zu einem schlauen, arbeitsamen und jähren Diplomaten entwickelt; nicht mehr, nicht weniger. Sein Vaterland, sprich der Interessenkreis der Kapitalisten seines Landes, ist ihm alles, das Wohl der Menschheit nichts. Und so kommt es, daß dieser Typ der Vorkriegsdiplomatie und einer überwundenen Ideologie einem jungen Menschen wie ein lebender Leichnam anmutet. Der im Grunde ideenarme Voicarcé ist nur der Abgott des französischen Bourgeois von sechzig Jahren. Die anderen schähen ihn zuweilen, niemand zweifelt an seiner persönlichen bürgerlichen Ehrenhaftigkeit, aber geliebt wird er nicht von der Menge. Die einzige Fahne, die heute in ganz Paris-Duc weht, war die Tricolore auf der Präfektur...

Diese Kühle ist kein Rätsel. Zu genau kennt sich der Bourgeois, als daß er für seinen Prototyp begeistert sein könnte. Nicht Voicarcé, aber der Typ Voicarcé hat die Kanonen im Paris von Paris-Duc aufgestellt. Dieser von Daumier für die Ewigkeit festgehaltenen Bourgeois ist es, der nach außen den Bratenrod trägt und über der Unterhose das Koppel des Sergeanten. Museumsstücke, die in einer Weltlichkeit herumspuken, die man ihnen hoffentlich bald versperren wird! Museumsstücke — Frankreich, Deutschland, jedes Land hat davon. Unsere einzige Hoffnung ist — und das wird auch unsere Arbeit bleiben — daß ihre Ideologie verrotten wie der „Geschichtspart“ auf dem schönen Kinderpielplatz von Paris-Duc.

Gottgetreu.

Ein westdeutscher Kokerertrüst.

50prozentige Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau in Sicht.

Unter der Krise im Kohlenbergbau, die einen internationalen Umfang und internationale Ursachen hat, braucht das deutsche Zehentkapital augenblicklich nicht zu leiden. An die Stelle des einstigen Kohlenüberflusses ist Kohlenmangel getreten. Das Kohlenhandelskapital ist dabei, die günstige Gelegenheit zu einer Erhöhung der Kohlenpreise auszunutzen. Die Krise ist aber nur aufgehoben, jedoch nicht aufgehoben. Wenn es auch dem deutschen Kohlenhandelskapital gelungen ist, in ausländische Märkte einzudringen, die bis dahin zur Abflucht domäne des englischen Bergbaues gehörten, und wenn es auch wahr scheinlich ist, daß es sich nicht so leicht aus den einmal eroberten Absatzgebieten wird verdrängen lassen, so wird doch das Wiederauf treten der englischen Konkurrenz nach Beendigung des Streiks die Kohlenkrise wieder in die Erscheinung treten lassen. Das wird um so mehr der Fall sein, als der Kohle ein neuer gefährlicher Konkurrent erwachsen ist, das durch Kohlenverflüssigung gewonnene Del. Darüber unterrichtet eine ausschlußreiche, in der Kölnischen Zeitung veröffentlichte Erklärung des Prof. Bergius, des Erfinders des seinen Namen tragenden Bergin-Verfahrens. Die Kölnische Zeitung schreibt darüber:

„In einer Unterredung mit unserem Mitarbeiter warnte Generaldirektor Professor Dr. Bergius vor übertriebenen Erwartungen hinsichtlich der Wirkung der Kohlenkrise durch die allgemeine großtechnische Durchführung des Bergin-Verfahrens. Die in breiten Kreisen vertretene Auffassung, daß die Weltkohlenkrise durch in größtem Umfange durchgeführte Kohlehydrierung gelöst werden könne, sei vollkommen abwegig. Ebenowenig möglich sei es, den stillgelegten Magertohlenzechen durch das Bergin-Verfahren neue Existenzmöglichkeiten zu geben. Man müsse sich vor Augen halten, daß zur Erzeugung von 1000 Tonnen Del, wie beispielsweise 1,5 Millionen Tonnen, nur 3 bis 4 Millionen Tonnen Kohle verwendet werden. Angesichts einer Jahresförderung des deutschen Bergbaus von etwa 200 Millionen Tonnen Kohle sind die zur Erzeugung selbst sehr großer Mengen Del erforderlichen Kohlenmengen relativ gering. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Kalamität der Kohlenmärkte durch chemische Mittel zu eliminieren ist. Ueberhaupt ist es verfehlt, die Kohlenverflüssigung vom Standpunkt der Kohlenwirtschaft aus zu betrachten. Die Kohlehydrierung ist eine Delfrage und muß daher ausschließlich vom Gesichtspunkt der Delwirtschaft aus betrachtet und bewertet werden. Das künstliche Del will und kann kein Konkurrent des natürlichen Erdöls sein. Die großen Probleme der Weltölversorgung drängen sich gebieterisch in den Vordergrund der Weltwirtschaftsfragen. In dem größten Delproduktions- und Konsumland der Welt, in Amerika, beginnt das Erdöl nicht mehr so reich wie in früheren Jahren aus der Erde zu fließen. Der Weltbedarf steigt von Jahr zu Jahr in schnellem Tempo. In nicht zu ferner Zeit werden die Weltvorräte knapp und die Erdölpreise höher werden. Schon jetzt müßte Amerika große Mengen Kohöl einführen. Der Erzeugung künstlicher Erdölprodukte wird dann die wichtige Aufgabe zufallen, die Weltölversorgung zu ergänzen. Es ist falsch, das Problem der Kohleverflüssigung von engen Gesichtspunkten aus zu betrachten. Den Auseinandersetzungen über den Zeitraum der Möglichkeit der rentablen allgemeinen großtechnischen Durchführung der verschiedenen Verfahren zur Herstellung künstlicher Erdölprodukte ist entgegenzuhalten, daß es sich hier in erster Linie um Probleme der Weltölversorgung handelt, Fragen, bei denen die Klärung sekundärer Einzelheiten nicht von heute auf morgen erfolgen kann. Wenn also aus einer verhältnismäßig geringen Menge Kohle ein verhältnismäßig großes Delquantum gewonnen werden kann,

so besteht die Gefahr, daß die verflüssigte Kohle die Kohle als Heizmaterial ebenso verdrängt, wie sie bereits durch das Erdöl verdrängt worden ist. Der Wert der Kohle muß im Verhältnis zum Wert des Oels sinken, das Kohlenkapital sich entwerten und die Kohlenkapitalisten, die ja mit den Herren über Stahl und Eisen identisch sind, in Abhängigkeit vom Zementtrüst geraten, zu seinem bloßen Anhängel herabsinken, in dem Maße, wie dieser die in seiner Verfügung stehenden Kohlenverflüssigungsverfahren anwendet. Die Kohlenkrise würde also für das Zehentkapital noch verhängnisvoller werden, wie die letzte Kohle als Kraftstoff von der flüssigen verdrängt wird. Das Zehentkapital schießt sich deshalb an, den Abstieg der Kohle dadurch zu erhöhen, daß es ihren Verwendungsbereich erweitert. Das geschieht durch intensivere Ausnutzung des Energiegehalts der Kohle auf dem Wege der Kohlenveredlung.

Für die Montan-Industrie ist die Kokerertrüst nicht nur ein Apparat zur Erzeugung des in Eisenhütten und Gießereien gebräuchlichen Kokes, sondern auch eine Gasanstalt, ebenso wie der Hochofen nicht nur ein Apparat zur Koksenerzeugung, sondern auch zur Gas- und Elektrizitätserzeugung ist. Schon jetzt versorgen Thyssen und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, dessen Aktienmehrheit der preussische Staat besitzt, durch Ferngasleitung das halbe Ruhrgebiet. Nicht nur die Ferngasversorgung eines weit über Westfalen hinausreichenden Gebietes, sondern auch die Fernheizung, Kohlenverschmelzung und Kohlenstaubenerzeugung sollen planmäßig und einheitlich von den zum Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandelskapital gehörenden Zechen und Kokerertrüsten betrieben werden. Zu diesem Zwecke soll eine neue Gesellschaft gegründet werden, in die die großen Konzerne ihre Kokerertrüsten einbringen. Eine Gesellschaftsversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandelskapitals hat sich am Mittwoch bereits mit diesen Plänen der Bildung eines großen Kokerertrüsts beschäftigt, da der größte Teil der Zechen der Schwerindustrie gehört, nur eine Filiale des Stahltrüsts sein würde. Die dort gefassten Beschlüsse sollen der Öffentlichkeit in einem besonderen Kommuniqué mitgeteilt werden.

Das ist aber angeblich nicht der einzige Zweck der Gründung des neuen Kokerertrüsts. Er soll ein Gegengewicht gegen die drohende Uebermacht des Chemietrüsts bilden. Das Zehentkapital will, wie verlautet, dem Zementtrüst die Anwendung des Kohlenverflüssigungsverfahrens nicht allein überlassen, sondern sie selbst in die Hand nehmen. Auch das soll die neue Gesellschaft besorgen. Die beschlossene Zusammenschließung von Ruhrzechen soll außerdem die Möglichkeit schaffen, daß die Verflüssigung der Kohle im großen Maßstabe vom Zehentkapital selbst vorgenommen wird. Man plant die Ausnutzung des Verfahrens von Professor Fischer. Der rechtliche Inhaber des Fischerischen Patents ist eine Studiengesellschaft, hinter der das Ruhrkohlen-Syndikat, das Rheinische Braunkohlen-Syndikat u. a. stehen, also dieselben Kreise, die auch das Kohlenforschungs-Institut finanziert haben. Die neue Gesellschaft mußte also jetzt die Besitzerin des Fischer-Patents werden.

In diesem Zusammenhang interessiert die am Mittwochmittag in Berlin stattgefundene Generalversammlung der Aktien-Gesellschaft für Industrie und Technik. Die genannte Gesellschaft ist durch Konjunkturalvertrag an der Erdöl- und Kohleerwertungs-W.G. (Evag — Kohleerwertungsverfahren Dr. Bergius) beteiligt, die 1925 durch Erwerb der Aktienmajorität an die auf dem Gebiete der Kohleerwertungsverfahren führende J.G. Farben-Industrie übergegangen ist. Auf der Generalversammlung nahm Generaldirektor Brückmann Gelegenheit, sich über den Stand der einzelnen Verflüssigungsverfahren auszusprechen. Bezüglich des für den Ruhrbergbau wichtigen Hydrierungsverfahrens nach dem System Fischer-Topsch stellte er u. a. fest, daß die langjährigen Studienresultate des Geheimrats Fischer zu einem wichtigen Abstrich geführt haben. Dieses

Herbst Mode!



Die Marke für Damenmoden hervorragend in Qualität, in Ausstattung, in Verarbeitung und preiswert.



In 8 Schaufenstern sehen Sie die reizvollen Neuheiten der letzten Modeschöpfungen in seltener Schönheit.



Franz Ebert

Größtes Spezialhaus für Damen-, Backstich- und Kinderkonfektion in Sachsen

Verfahren muß seiner Meinung nach den langjährigen Lebenserfahrung bis zu praktischen Anwendungsmöglichkeiten erst durchlaufen, den die Evag-Verfahren seit vielen Jahren (Brüdtmann steht seit einem Jahrzehnt in der Verflüchtigungsforschung) durchlaufen haben. Bezüglich der Verflüchtigungsverfahren nach den Erfahrungen der I. G. Farben-Industrie und des Vergins-Verfahrens bemerkte er, daß schon in den allerersten Jahren der Bau von großen Anlagen in Aussicht steht. Es dürfte sich hierbei zunächst um die Verwertung von Braunkohle handeln. Die Rentabilität derartiger Anlagen dürfte den höchsten Erwartungen entsprechen. Es besteht die Aussicht, daß Deutschland seinen eigenen Bedarf an Kraftstoffen, ohne dem Auslande hörig zu sein, selbst decken und sogar noch exportieren kann. Zweckmäßig sei, daß die deutsche Mineralöl-, Teer- und Nebenprodukten-Industrie sich möglichst bald bezüglich der technischen Erzeugnisse und Erfahrungen bei der Veredlung der Kohle und Mineralöle zusammenschließt, ihre Kräfte nicht in parallelaufenden Versuchen versplittert und sich, anknüpfend an die nicht mehr einzuholenden technischen Erfahrungen der I. G. Farben-Industrie, in die Kraftinteressen Deutschlands teilt.

Die Vorkehrungen Brüdtmanns, hinter denen zweifellos der Farbentrust steht, sind offenbar eine an das Kohlenindustriat gerichtete Warnung, sich dem Kohlenverflüchtigungsmonopol des Farbentrusts nicht entgegenzustellen, sondern durch Angliederung an den Farbentrust an ihm teilzunehmen. Tatsächlich sind bereits Gerüchte in Umlauf, wonach das Kohlenindustriat eine sehr weitreichende Neigung hat, vor dem Farbentrust die Waffen zu strecken.

Wahrscheinlich hängt mit diesen bedeutenden Plänen zusammen, was unsere Dortmunder Parteizeitung, die Westfälische Allgemeine Volkszeitung, berichtet. Sie schreibt:

Wie wir von zuverlässiger Seite hören, hat das Braunkohlenindustriat bereits von seiner Förderung 150 000 T dafür pro Jahr für die Deigewinnung freigegeben und es soll beabsichtigt sein, diesen Satz allmählich so zu steigern, daß in zehn Jahren 500 000 Tonnen dafür pro Jahr freigegeben werden. Das Rhein.-Westf. Kohlenindustriat dagegen hält sich aus begründlichen Gründen in Schweigen. Doch sind bereits zwei durchaus modern eingerichtete Schmelzanlagen der Gesellschaften Bergwerks-Ges. A. G. in Westfalen, die jedoch nicht dem Syndikat unterstehen, für die Kohlenveredlung hergerichtet worden.

Es wird behauptet, daß die Veredlung von Braunkohle eine Heizwertsteigerung von 40 bis 70 Prozent ermöglichte, was eine nahezu fünfzigprozentige Verringerung von Arbeitskräften in der Kohlegewinnung erzeuge.

Die intensivere Ausnutzung der in der Kohle enthaltenen Energien und die Anwendung technischer Verfahren bedeutet sicherlich einen gewaltigen Fortschritt. Dieser Fortschritt würde aber mit furchtbaren Opfern erkauft, wenn nicht weniger als die Hälfte der gesamten im Ruhrgebiet beschäftigten Bergarbeiter dadurch arbeitslos würde.

An der Verwirklichung dieser Pläne ist, wie aus dem Vorstehenden ersichtlich, das Rheinische Braunkohlenindustriat in hervorragender Weise beteiligt. Sein Leiter ist Dr. Silberberg. Wie sprachlich schon kurz nach der Dresdener Tagung die Vermutung aus, daß er ein Hindernis zwischen Farbentrust und Stahltrust verleierte. Sein an die Sozialdemokratie gerichtetes Bündnisangebot steht zweifellos mit den oben geschilderten höchst bedeutsamen Vorgängen in Zusammenhang. Die materiellen Produktionskräfte würden zwar zweckmäßiger verwendet, aber die Verschwendung menschlicher Lebens- und Arbeitskraft ins Maßlose gesteigert. Herr Silberberg möchte, daß die Sozialdemokratie den Industriegewaltigen die Verantwortung dafür abnimmt.

Zusammenhang Kiebeck-Farbentrust vollzogen.

Die Generalversammlung der Kiebeck'schen Montanwerke A. G. in Halle a. S. beschloß ohne jede Opposition den Interessentenvertrag mit der I. G. Farbenindustrie. Danach findet eine Regelung der Dividende zwischen der I. G. Farbenindustrie und den Kiebeck'schen Werken im Verhältnis von 6:10 statt. Außerdem haben die Aktionäre von Kiebeck das Recht, je 1000 RM. Kiebeck-Aktien gegen 600 RM. Farbenindustrie umzutauschen. Der Beschluß bedeutet die Übernahme der Kiebeck'schen Interessen und der Handelsorganisation durch die I. G. Farbenindustrie.

Rekordstahlproduktion im August.

Die Stahlproduktion hat im August einen gewissen Rekord erreicht. Es wurden insgesamt 1 141 316 Tonnen gegen 1 019 338 im Juli und 899 087 im August vorigen Jahres erzeugt. Die Produktion übersteigt die des Vormonats um 11,97 und die des vorjährigen August um 29,94 Prozent. Im Vergleich zur Monatsproduktion des letzten Vorjahres 1913 betrug die Produktion vom August 1926 72,33 Prozent. Da durch den Krieg ungefähr 20 Prozent der Stahl- und Eisenproduktion verlorengegangen sind, wäre also trotz umfangreicher Betriebseinschränkungen und großer Arbeitslosigkeit die Vorkriegsproduktion erreicht, wenn man zum Vergleich nicht, wie es oben geschah, das Vorkriegsdeutschland, sondern das verkleinerte Deutschland heranzieht. Die Steigerung entfällt bis auf 19 Tonnen ausschließlich auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet, wo die Rohstahlerzeugung die Vorkriegsziffer, auch wieder bezogen auf Vorkriegsdeutschland, um 9,59 Prozent überschritten hatte. Die Produktion im Siegerland und im Oberrhein ist um 11,58, in Ost-

West- und Mitteldeutschland um 1,76 Prozent gestiegen, dagegen ist sie in Sachsen um 6,37, in Süddeutschland um 5,40 und in Schlesien um 1,87 Prozent zurückgegangen.

Sobald ist vom Reichsarbeitsminister der Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden, wonach es bei den bisher gezahlten Löhnen und bei der bisherigen Arbeitszeit bleiben soll. Die Arbeiter hatten eine Lohnerhöhung von 4 Prozent und die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit gefordert, die Unternehmer einen Lohnabbau von 15 Prozent. Die Unternehmer haben dadurch, daß sie mehr gefordert haben als sie selbst glauben durchsetzen zu können, das erreicht, was sie erreichen wollten. Sie verstehen es aber meistens nicht nur durch eine geschickte Taktik, sondern auch durch eine geschickt aufgemachte Begründung, den Ausgang des Lohnstreites zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Sie behaupten immer noch, daß die Eisenwerke unrentabel seien, obwohl sie selbst zeugnen können, daß die Arbeitsleistung sich erhöht hat und daß es gelungen ist, den Anteil des Lohnes an den Produktionskosten z. B. einer Tonne Marzinstahl von 2,50 RM. im vorigen Sommer auf 1,50 RM. herabzubringen und obwohl, in Vorbereitung der Wärlungen des noch immer nicht zustande gekommenen internationalen Eisenpakts, beträchtliche Preiserhöhungen vorgenommen worden sind. Der Preis für die Tonne Stabeisen ist in der letzten Zeit um mehr als 15 Mark gestiegen, der Preis für Mittelsbleche seit Juli um etwa 10 bis 12 Mark für die Tonne, der Drahterwerb hat Preiserhöhungen eintreten lassen, die seit Juni bis zu 20 Mark pro Tonne für einzelne Produkte ausmachen. Der augenblickliche Auftragsbestand ist so groß, daß die Beschäftigung der Werke bis Ende dieses Jahres auf der jetzigen Höhe gehalten werden kann.

Wenn die Eisenwerke überhaupt jemals unrentabel gewesen sind, so kann jetzt jedenfalls davon keine Rede mehr sein. Die Schwerindustrie wäre sehr wohl instande, an den aus gesteigerter Ausbeutung der deutschen Arbeiter und aus der Ausnutzung des englischen Bergarbeiterstreiks gezogenen Vorteilen auch die Arbeiterstreiks teilhaben zu lassen. Die deutsche Schwerindustrie möchte die Freist, die ihr noch bis zur Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks vergönnt ist, verwenden, um der zum Stilllegen gezwungenen englischen Eisenindustrie möglichst viel von ihrem bisherigen Abgabebelast abzunehmen. Die deutsche Schwerindustrie will ihre wirtschaftliche Weltmacht stärken, sie will aber nicht selbst dafür zahlen, sondern die Arbeiterschaft dafür zahlen lassen.

Die geplante öffentliche Jugendversammlung im Volkshaus findet Umstände halber Freitag nicht statt. Espenhain — Otto.

Aus dem preussischen Gemeindeforschungsausschuss Am die Schwarze Reichswehr.

Der Gemeindeforschungsausschuss des Preussischen Landtags schloß am Mittwoch die Zeugenvernehmung ab. Bernommen wurden zunächst zwei Stenotypistinnen des Berliner Rechtsanwalts und östlichen Verteilungsbüros. Die eine von ihnen fragte zunächst, ob sie ausfragen dürfte; sie habe sich durch Ehrenwort zum Schweigen verpflichtet. Sie befandete dann, daß Fräulein Poguntke, Sekretärin bei dem Christlichen Landarbeiterverband, ihr seinerzeit erzählt habe, als Oberleutnant Schulz beim Landarbeiterverband in Berlin verhaftet worden sollte, mit dem Abzug gegen die Tür des Zimmers geklopft, in dem sich Schulz befand; das sei ein verabredetes Zeichen gewesen. Schulz sei darauf durch einen Schrant entkommen. Auch die zweite Stenotypistin des Rechtsanwalts Dr. Sad erklärte vor ihrer Vernehmung, durch Ehrenwort gebunden zu sein. Sie bestätigte die Aussagen der ersten Zeugin und gab zu, daß auch einmal über Erich Klapproth gesprochen worden sei. Die erste Zeugin ergänzte diese Aussage dahin, daß Fräulein Poguntke Klapproth, als nach ihm gefahndet wurde, einen oder zwei Tage bei sich beherbergte.

Der nächste Zeuge war der Kaufmann Wuester. Auf die Frage des Abg. Kuttner (Soz.) gibt er zu, Schulz durch Lebensmittel, Rauchwaren usw. in der Unternehmungshaft unterstützt zu haben. An einem Befreiungsversuch für Schulz habe er nicht mitgewirkt, aber er fühle sich Schulz besonders eng verbunden. Auf weitere Fragen des Abg. Kuttner erklärte der Zeuge, in der Schwarzen Reichswehr und in der Organisation Ehrhardt seien die Mitglieder nicht ausdrücklich verpflichtet worden, ihre Kameraden in jeder Lage unbedingt zu unterstützen und ihnen zur Flucht zu verhelfen; aber die Unterstützung der Kameraden habe jeder als seine selbstverständliche moralische Pflicht angesehen. — Abg. Kuttner: Würden Sie sich verpflichtet fühlen, auch jemanden, der wegen Mordes oder Mordankündigung angeklagt ist, zu unterstützen, indem Sie ihm zur Flucht verhelfen,

die Aussage verweigern oder unwahre Angaben machen? — Zeuge: Das ist etwas, was jeder einzelne mit sich abzumachen hat, er muß ja die Konsequenzen tragen. — Abg. Kuttner: Entsprang nicht die Unterstützung des Schulz auch dem allgemeinen Solidaritätsgefühl? — Zeuge: Bei dem persönlichen Verhältnis, das ich zu Schulz, zu meinem Vorgesetzten, habe, würde mich auch eine Beurteilung von Schulz nicht in meinem Treueverhältnis wankend machen. Ich würde nach wie vor zu ihm stehen.

Die nächste Zeugin war die frühere Stenotypistin beim Christlichen Landarbeiterverband Poguntke. Der Berichterstatter Kuttner hielt ihre frühere Aussage vor, daß ihres Wissens Oberleutnant Schulz nicht in dem Zimmer gewesen sei, als er verhaftet werden sollte. Die Zeugin erwiderte: „Meine damalige Aussage stimmt so ungefähr“, und blieb dabei, sie habe damals geglaubt, Schulz sei nicht im Zimmer. Als der Zeugin die Aussagen der beiden anderen Zeuginen vorgelesen wurden, erwiderte sie: Es kann möglich sein, daß ich das erzählt habe; es stimmt aber nicht. Als sie gefragt wird, wie sie denn dazu gekommen sei, von den anderen ein Ehrenwort über das Stillschweigen zu verlangen, antwortete die Zeugin, es könne allerdings sein, daß sie gesagt habe, die anderen sollten nicht darüber sprechen. Daß sie gesagt habe, Schulz sei entkommen, sei eine Lüge. Als Abg. Kuttner die Zeugin auf das Unwahrscheinliche ihrer Behauptungen aufmerksam macht und sie fragt: Wollen Sie denn beides, was Sie hier gesagt haben? erklärt die Zeugin: Ich weiß doch nicht mehr genau, wie die Sache war. Ich kann mich nur ungefähr erinnern, aber beedigen kann ich das nicht, es ist so lange her. — Abg. Kuttner: Sie wissen abolut nichts mehr darüber, ob Sie Schulz ein Zeichen gegeben haben? — Zeugin: Nein, das habe ich nicht getan. — Abg. Kuttner: Wissen Sie, ob Sie mit Schulz etwas verabredet haben? Zeugin: Ich kann mich nicht erinnern. Auf weitere Fragen des Abg. Kuttner bekennt die Zeugin, daß sie Klapproth, als er von Kriminalbeamten gefoltert wurde, bei seinem Entkommen geholfen habe. Ebenso zeugnete die Zeugin, Klapproth beherrschte zu haben, als nach ihm gefahndet wurde. — In nichtöffentlicher Sitzung beschloß der Ausschuss, daß die Zeugin Poguntke unverzüglich zu lassen, die übrigen Zeuginen jedoch zu verurteilen.

Am Nachmittag gab ein Vertreter der Kriminalpolizei nähere Einzelheiten über den Zeugen Schmidt. Es sei seinerzeit aufgefallen, daß über Maßnahmen der Polizei die betroffenen Kreise unterrichtet wurden. Schmidt befandete, Wuester stehe mit Beamten in Verbindung. Es folgte eine Gegenüberstellung von Wuester, bez alles bestritt, und Schmidt. Schmidt hat seine Angaben dann zurückgezogen. Es schwebt noch ein Verfahren bei dem Untersuchungsgericht gegen Wuester wegen Verheimlichung vor. Schmidt hat erneut Angaben gemacht, die darauf deuten, daß bis August vorigen Jahres die in Frage kommenden Kreise Einflüsterungen in die Mitten hatten. Berichterstatter Kuttner fragt, ob der Behörde etwas bekannt sei darüber, daß Schmidt ein Schieber, Rotarist und Zuhälter sei. Dazu wurde mitgeteilt, daß bei allen Polizeiverwaltungen, die für den Aufenthalt in Frage kamen, auch bei der Heimatsbehörde des Schmidt, positives nicht in Erfahrung gebracht werden konnte. Auch seien Anhaltspunkte dafür, daß Schmidt seine Aussagen etwa aus pekuniären Gründen getan habe, nicht vorhanden. — Auf Fragen des Abg. Schön (Wirtsch. Bgg.) erklärte Zeuge Wuester, Schmidt habe gar kein Gewerbe erlernt, er wolle Geld verdienen mit allen Mitteln, auch auf die gemeinste Weise. Er habe schon Erpressungen verübt und habe wohl auch seine jetzigen Behauptungen aufgestellt, um damit Geld zu verdienen. Schmidt sei ein pathologischer Lügner.

Auf eine ganze Reihe weiterer Fragen des Abg. Ohmusk erklärt der Zeuge: Ich muß über die Vorgänge von 1923 jede Auskunft verweigern. Ich betrachte auch den Schmidt, weil er über diese Vorgänge etwas gesagt hat, als Landbesitzer. Ich habe mich als normalen Soldaten gefühlt und könnte höchstens mit Genehmigung des Reichswehrministeriums etwas ausagen. Ich war wohl in der Schwarzen Truppe, aber die war ja legalisiert. Ich fühle mich damals als legaler Reichswehrmann und es kann auch bewiesen werden, daß... Aber, ich will darüber nichts sagen, denn die Reichswehr weiß das ja.

Hierauf wurde der Zeuge Schmidt noch einmal gehört. Er erklärte, die Verleumdung, ihn als Zeugen unschuldig zu machen, entspringen dem Bestreben, eine Klärung zu verhindern. Seinezeit habe er falsche Pässe besorgen müssen; die habe er nur in den dunkelsten Gegenden Berlins erhalten können, wo man sich des Rotains bediene. Schließlich erklärte Schmidt, Major Sobdenkern von der Deutschen Zeitung habe seinerzeit für kriminelle Zwecke der Schwarzen Reichswehr Geld bekommen. — Die nächste öffentliche Sitzung des Ausschusses findet am Donnerstagvormittag statt.

Wahlpuber

für den Landtags- und Gemeindevwahlkampf. 1. Quittung. Beim Bezirkspartei sekretariat gingen aus Leipzig an freiwilligen Beiträgen ein: Hr. Galschütz 10 M., Dr. Süßler 15 M., Freitag 20 M., Hübner 20 M., Schröder 20 M., Klein 20 M., Schröder 20 M., Wilders 20 M., Günther 15 M., Kemmer 10 M., Richter 15 M., Wittmann 10 M., St. 10 M., Glatz 10 M., Richter 20 M., Herr 20 M., Müller 10 M., Krüger 10 M., Lipinski 10 M., Frenzel 20 M., Philipp 15 M., Reind. Brummer 15 M. Aus den Unterbezirken: D. Saupé, Wurzen 20 M., Jahn, Borna 20 M., Dittich, Döbeln 20 M., Herrmann, Rochlitz 20 M., Dentschel, Döbeln 20 M. Bezirkspartei sekretariat der SPD, Leipzig. Schrörs.

In dieser Woche empfehlen wir:

Gefrier-Hammelfleisch Pfd. 90 Pf.

Harte Knackwurst, Winterware Pfd. 2.32 Mark

Deutscher Speck aus eigenen Schlachtungen Pfd. 1.50 Mark	Sardellen-Leberwurst Pfd. 1.60 Mark
Schwarzfleisch Pfd. 1.68 Mark	Hausschlachtene Blutwurst Pfd. 1.60 Mark
	Schmerfett Pfd. 1.40 Mark

Land-Blutwurst und -Leberwurst Pfd. 1.00 Mark

Jeden Mittwoch Frische Blut- und Leberwurst mit Wurstduppe .. Portion 28 Pf.

Frisches Rindfleisch stets vorrätig

Gefrier-Rindfleisch in bekannter Güte zu unveränderten Preisen

Wurst- und Aufschnittwaren auch in allen Kolonialwaren-Verteilungsstellen

Konsumverein

L. Blagwiz

und Umgegend • E. G. m. b. H.

Abteilung Großfleischerei

Warenabgabe nur an Mitglieder

Die Bevölkerungspolitische Tagung der Arbeiterwohlfahrt.

Prostitution, Geschlechtskrankheiten, Abtreibung.

SPD. Jena, 28. September.

In der Fortsetzung der Bevölkerungspolitischen Tagung, die vom Hauptauschuss der Arbeiterwohlfahrt einberufen war, sprach Genosse Dr. Knaf, Hamburg, über

„Prostitution und Reglementierung“:

Die Partei hat, wie er ausführte, die Aufgabe, an der Lösung der Probleme der Prostitution aktiv und stützend mitzuarbeiten. Leider herrscht in unseren eigenen Reihen Unklarheit über die grundsätzliche Bedeutung ihrer Regelung. In der Neuzeit treten die Einflüsse des kapitalistischen Wirtschaftssystems in der Frage der Prostitution deutlich hervor. Das Rezitieren von Gebilden der Angehörigen der minderbemittelten Volksmasse. Es überwiegt dabei der Teil der weiblichen Bevölkerung, der im Industrie-, Wirtschafts- und Hausmädchenberuf tätig ist. Wir finden bei einer großen Anzahl von Prostituierten geistige Defekte. Jedoch ist das soziale Milieu die wesentliche Veranlassung zur Prostitution. Sehr wichtig ist bei der Lösung dieses Problems die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. In dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf haben wir eine gute Waffe im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten. Er bietet die Möglichkeit, die Geschlechtskranken in viel größerer Weise als bisher sachverständiger Behandlung zuzuführen. Rückfragen persönlicher Natur sind dabei unangebracht, das Wohl der Allgemeinheit hat zu entscheiden. (Beifall.)

Über das gleiche Thema sprach ferner Reichstagsabgeordnete Genossin Luise Schröder, Altona: Für eine planmäßige Bevölkerungspolitik, die auch zu dem Aufgabebereich der Sozialdemokratie gehört, ist es notwendig, sich mit dem Fragenkomplex der Prostitution zu befassen und neue Wege zu weisen. Der kapitalistisch orientierte Staat geht von der Anschauung aus, daß die Prostitution ein „notwendiges Übel“ sei. Daraus ergibt sich die Einpressung in feste Formen, die dieses notwendige Übel möglicherweise unichtbar machen. Dazu dienen ihr 1. die Reglementierung, Kasernierung und Vorbetterung, 2. Bestrafung derjenigen Prostituierten, die sich diesen festen Formen nicht fügen. Eine doppelte Konsequenz ergibt sich aus diesen Tatsachen: eine für die Gesellschaft und eine für die Prostituierten. Die Prostituierten werden aus der Gesellschaft ausgeschlossen, eine Rückkehr in andere Verhältnisse für sie unmöglich gemacht. Die Gesellschaft dagegen wird zur Unchristlichkeit auf jenem Gebiet erzogen. Wir aber meinen, daß die Prostitution ein Produkt des Kapitalismus ist, die Beilegung dieses gesellschaftlichen Zustandes befreit auch die Prostitution. Unter den heutigen Verhältnissen müssen wir dafür kämpfen, daß die Prostitution eingebremst wird und die Prostituierten die Möglichkeit haben, ein nützliches Mitglied der Gesellschaft zu werden.

Der vorliegende Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erfüllt unsere Forderungen in folgender Hinsicht: a) bezüglich der Prostitution: Er verbietet Kasernierung und Vorbetterung und hebt die polizeiliche Reglementierung auf. Er schafft die Grundlage für sozialfürsorgliche Arbeit durch Pflegenämter und Wohlfahrtspolizei. b) bezüglich der Geschlechtskrankheiten. Er legt die Behandlungspflicht der Geschlechtskrankheiten durch approbierte Ärzte fest, verfügt den Behandlungszwang für widerwillige Personen und baut die ärztliche Behandlung der Kranken auf den Einrichtungen der Gesundheitsbehörden in Verbindung mit den sozialen Fürsorgeeinrichtungen auf.

Darüber hinaus müssen wir fürsorgliche, soziale und bevölkerungspolitische Maßnahmen weitestgehender Art fordern. Eine gesunde Lohn- und Wohnungspolitik, verbunden mit besserer Aufsicht und Hygiene, bieten die Möglichkeit einer Realisierung unserer Ziele. (Starker Beifall.)

In seinem Vortrage über

Schwangerschaftsunterbrechung und Verhütung

führte Genosse Dr. Karl Kautsky, Wien, aus: Die zunehmende ökonomische Entwertung der Einzelpersonlichkeit, die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot und die gleichzeitige Verantwortung für die Nachkommenschaft erzeugen Angst vor der Nachkommenschaft. Diese Angst führt zu schweren Störungen im Geschlechtsleben. Die Brutalität und das Unverständnis des Mannes, der nur seine eigene Befriedigung sucht, führen zu Millionen um den Geschlechtsgegnen betrogenen Frauen. Ausfluß, Krebserkrankungen, usw. sind die Folgen. Kommt es zur Schwangerschaft, so wird zu Abtreibungen gegriffen. In Berlin allein sterben alljährlich 5 bis 6000 Frauen an ihren Folgen. Viele erkranken und viele Frauen ohne ärztliche Behandlung Schaden an ihrer Gesundheit erleiden, entgeht sich unserer Kenntnis. Da die Gesundheit der Frau dadurch stark leidet, finden diese Zustände die Aufmerksamkeit des Arztes und Sozialhygienikers. Für uns Sozialisten ist die Aufhebung des §§ 218 219 des Strafgesetzbuches keine sozialistische Frage, sondern ein aktuelles Problem, und wir

wollen gar nicht die sozialistische Gesellschaft schon jetzt auf diese Frage festlegen. Wir müssen einen Ausweg für die Not des Tages finden. Vom medizinischen Standpunkt aus kann man die Gefährlichkeit des Abortus nicht hoch genug einschätzen. Wir Sozialisten sollen die Heiligkeit des Lebens nicht leichtfertig preisgeben. Eine Vernichtung des Lebens kann nicht dem Guldünken der Mutter oder des Vaters überlassen bleiben.

Zur gleichen Frage sprach die Landtagsabgeordnete Genossin Elisabeth Kirchmann-Mühl, Köln: Nachpolitische und sogenannte eithische Gründe waren in der Vergangenheit die Ursache, die Bevölkerungsziffern zu steigern. Die bevölkerungspolitischen Vorgänge jedoch sind keine eihernen Naturgesetze, sie sind abhängig von ökonomischen Entwicklungsvorgängen. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Frauenarbeit haben eine Zerbröckelung der Straßengänge mit sich gebracht. Dies erkannte auch die heutige Gesellschaft und milderte die Strafen für die Abtreibung. Der neue Entwurf eines Strafgesetzbuches sieht ebenfalls eine mildere Bestrafung der Abtreibung vor. Wir jedoch müssen aus sozialpolitischen Erwägungen heraus fordern, daß die Abtreibung aus dem Strafgesetzbuch verschwindet. Denn durch Fürsorgemaßnahmen kann der Volksgesundheit besser gebiet werden als durch Gesetze, die ihren Zweck von vornherein verfehlt haben.

Nach diesen Referaten leitete eine rege Diskussion ein, die neue Anregungen brachte und einzelne Ausführungen der Referenten besonders unterstrich. Es beteiligten sich daran u. a. die Genossen Marcks, Löwenstein, Knaf, die Genossinnen Kemih, Sachse, Jenni Lehmann.

Damit waren die Tagesordnungspunkte aufgearbeitet. Einheitslich fand sich der Kongress noch in einem scharfen Protest gegen das Reichsgerichtsurteil vom 26. Mai zusammen. Bekanntlich ist darin einer Frau die Abtreibung besonders schwer angedroht worden, weil das Reichsgericht bei der Frau Wissen unterstellt, daß ihre Gesundheit eine Geburt nicht zulasse und weil sie als unverschämte Frau „leichtfertigere Weise ein Kind empfangen“ habe.

In ihrem Schlusswort dankte Genossin Juchacz für die Gastfreundschaft der Parteigenossen von Jena. Sie stellte fest, daß das Niveau der Tagung sehr hoch und das Interesse der Teilnehmer außerordentlich groß gewesen sei. Wenn auch nur ein Teil der bevölkerungspolitischen Fragen behandelt werden konnte, so sei doch in der Bearbeitung dieser Dinge durch die Arbeiterschaft ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen.

Aus der Umgebung

a. **Marktstädt.** Stadivorderordneten-Sitzung. Im Mittelpunkt der letzten Stadivorderordneten-Sitzung stand die Beschließung über die Gemeindeforschläge zur staatlichen Gewerbesteuer und Grundsteuer. Die Kommunisten stiegen sofort in die Arena, um den Wahlkampf zu eröffnen. Eingedenk ihrer eihernen Grundfeste lehnten sie jeglichen Zuschlag ab. Sie wußten nicht mehr, daß ihre Parteifreunde im Landtage 1923 diese Steuern mitbeschlossen haben. Sie beachteten nicht, daß ihre Parteifreunde in Kofwein einem Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer in Höhe von 150 Prozent zustimmten. Es handelt sich jetzt nicht um neue Steuern, sondern um eine Umstellung (und in der Tat um eine Herabsetzung). Der Anteil der Gemeinden an dieser Staatssteuer fällt in Zukunft weg. Dafür dürfen sie einen Zuschlag bis zu 150 Prozent erheben. Die Erträge dieser Steuer sind im Haushaltplane der Stadtgemeinde als Einnahmen eingelegt. Würden wir jetzt auf die Zuschläge verzichten, so wäre es unmöglich, die sozialen Aufgaben, die uns erwachsen, zu erfüllen. Es könnte von der Stadtgemeinde aus nichts für die Erwerbslosen geschehen. Die Volkserziehung würde gefährdet usw. Das alles wiesen unsere Genossen einwandfrei nach. Besonders der Vortrager, Georgi, legte es eindringlich dar. Jeder Denkende mußte einsehen, daß bei Ablehnung der Zuschläge Hausagrarier und Industriellen bedeutende Gewinne gemacht, daß Nahrung, Kleidung und was sonst der Mensch braucht, nicht einen Pfennig billiger würden; denn die Preise werden ohne Rücksicht auf die Höhe der Steuerzuschläge in Marktstädt an ganz anderer Stelle festgesetzt. All diese klaren Vorstellungen stützten nichts. Die Kommunisten bildeten mit den Bürgerlichen eine weite Front und lehnten 150, 125, 100 Prozent Zuschlag ab. Bei der dritten Abstimmung über 100 Prozent zerbrach die Front allerdings. Angehörige der Wähler hatten sich die bürgerlichen Herren zu dem schweren Entschluß durchgerungen, auf diesen Gewinn teilweise zu verzichten und bewilligten großmütig 100 Prozent Zuschlag. (Auch in dieser schwierigen Situation erklärte der bürgerliche Stadivorderordnete Meister Bölsner das übliche Schläfchen. Insanft wurde er aus seinen ichtlichen Träumen von gänzlicher Ablehnung der Steuer gerissen.)

Dann lagen Geschäftsbericht und Abrechnung des Ratsgutes vor. Da diese nicht genügend spezialisiert waren, wurden sie zurückverwiesen. Aber schon so war zu erkennen, daß die Stadt mit dem Ankauf des Gutes für die Allgemeinheit ein gutes Werk getan hat. — Die vorliegende Abrechnung des Wasser- und Elektrizitätswerkes wies einen netten Ueberschuß aus, der im Haushaltplane schätzungsweise zur Deckung des Fehl Betrags schon eingelegt ist. Der

Kommunist Simon bekundete in einer Rede durch zwei Zahlen, daß er den Staatshaushaltplan subidiert hat. Durch einen Antrag aber bewies er, daß er den unserer Stadtgemeinde nicht feind ist. Zur Wahlpropaganda forderte er nämlich im Namen seiner Fraktion, daß der Reingewinn dazu verwendet würde, den Erwerbslosen, Kleinrentnern usw. die Licht- und Wassergebühren zu erlassen. Unter Genosse Georgi führte aus, daß dies praktisch gar nicht durchzuführen sei. Das Wasserfeld z. B. ist in den Mieten enthalten. — Einstimmig wurde beschlossen, auf die schuldenfreien städtischen Hausgrundstücke Hypotheken aufzunehmen, um den Wohnungsbau fortführen zu können. — Außerdem nahm man noch Kenntnis von der Zusage über Gewährung zweier Darlehen von der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden. — Die Pauschalgebühren für Verbindungen wurden in der bisherigen Höhe für das nächste Vierteljahr festgesetzt. — Ein Antrag auf Einführung eines amtlichen Stimmzettels für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl wurde einstimmig angenommen.

Zwenkau. Vom Arbeitsnachweis. Männliche Abteilung: Ziegelei-Arbeiter wurden eingestellt. Abgänge von gelerntem Kräften der Metallindustrie waren zu verzeichnen. Eine Anzahl Arbeitsuchende sowie Hilfsarbeiter haben Beschäftigung gefunden. Arbeitsuchende: 331 männl., 71 weibl., Unterstützte: 314 männl., 58 weibl., Vermittelte: 93 männl., 13 weibl., Kolonisationsarbeiter: 61 männl., Kurzarbeiter: 12 männl., Offene Stellen: 4 männl., 4 weibl., Ausgehende Erwerbslosen-Unterstützung: 3670,96 RM., Kolonisationsarbeiten: Badeanlage Zwenkau.

e. **Großsch.** Eine befreiende Tat bedeutet der einstimmige Beschluß einer außerordentlichen Generalversammlung der Freien Turnerschaft: die Errichtung eines eigenen Helmes. Schon vor langer Zeit und auch des öfteren hat ein derartiges Projekt die Großsch. Arbeiterchaft und die Freien Turner im besonderen beschäftigt, die miltlichen Verhältnisse waren aber immer härter als aller guter Wille. Im Juli dieses Jahres war es dem Verein möglich, eine selbstgeschaffene Sportparanlage ihrer Bestimmung zu übergeben und die an diese Anlage geknüpften Hoffnungen für die Entwicklung unserer Sache haben sich realisiert, werden aber wieder zunichte, wenn unter den bestehenden miltlichen Umständen der Sportbetrieb während der Wintermonate in die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten verlegt wird. Dieser Umstand und die sichbaren Erfolge unserer Brudervereine der näheren Umgebung liegen die Errichtung einer eigenen Halle zur zwingenden Notwendigkeit werden. Ein vorbereitender Ausschuss konnte der oben erwähnten Versammlung nun ein Projekt vorlegen, das links neben dem Sportplatz auf städtischem Gelände zur Wirklichkeit werden soll. Ein Vordergebäude hat im Parterre Wirtschaftsräume, bestehend aus großer Wirtschaftsstube, Gastraum und Besprechungszimmer; diese beiden Räume können durch Schieberüren zu einem 80 Quadratmeter großen Raum umgewandelt werden. Die Etage sieht drei Wohnräume für den Verwalter und zwei Bureauräume für die Metallarbeiter und Schuhmacher vor. In dieses Gebäude schließt sich die Turnhalle im Ausmaß von 12x23 Meter an. Ergeben sich die Voraussetzungen zu einer Vergrößerung, so kann das nach allen Seiten hin gesehen. Die Finanzierung des Projektes ist gesichert. Die Versammlung stimmte dem Projekt zu. Nach Erledigung noch notwendiger Sachen wird nächste Woche mit dem Bau begonnen.

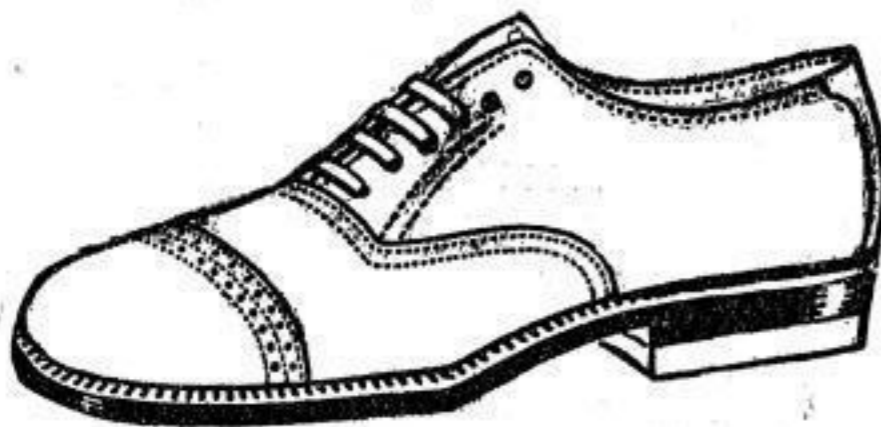
Begau. Durch Starkstrom getötet. Uns wird berichtet, daß am Nachmittage des 28. d. M. ein an der Starkstromleitung Böhlen-Zena beschäftigt gewesener Arbeiter Benneclam aus Linge a. Ems durch Berühren der Leitung mit 100 000 Volt Spannung tödlich verunglückt ist. Fremdes Verschulden soll nicht vorliegen.

o. **Pröbzdorf bei Luda.** Selbstmordversuch? Die Krankenschwester Erna Meisel in der Leipziger Frauenklinik pflegte vor längerer Zeit eine Pröbzdorfer Einwohnerin in benannter Klinik. Die Bekanntschaft führte dazu, daß die W. ihre diesjährigen Ferien bei der Pröbzdorfer Bekannten verlebte. Im vergangenen Montag reiste sie von dort nach ihrem Leipziger Wohnort zurück, ist aber in den Abendstunden wieder nach Pröbzdorf gekommen, denn am Dienstagmorgen fand man die W. in bewußtlosem Zustand im Grabe des Gartens der in Frage kommenden Pröbzdorfer Bekannten. Ein hinzugerufenen Arzt stellte Vergiftungserscheinungen fest und ordnete die sofortige Ueberführung der immer noch Bewußtlosen nach dem Landeskrankenhaus Altenburg an.

Merseburg. Tödtlich verunglückt. Auf ungeklärte Weise plante in der Dietrichshagen-Papierfabrik ein Dampfproh. Von dem an der Bruchstelle austretenden Dampf wurden zwei Arbeiter schwer verbrüht. Trotz sofortiger Ueberführung in das Krankenhaus und ärztlicher Bemühungen erlag der Arbeiter Schneider dort den erlittenen Brandverletzungen. Den Arbeiter Bretschneider hoffen die Ärzte am Leben zu erhalten.

Arbeiter und Arbeiterinnen!
Werbt neue Leser für die Volkzeitung!

Höherer Wert bei niedrigeren Preisen



ist bei uns das Ergebnis zielbewußter Standardisierung der Produktion und des Verkaufs.

Der Nordheimer Herren-Standard-Schuh

in den Haupt-Preislagen: **12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁵⁰**

auf Grund der neuesten Methoden hergestellt, gibt Ihnen mehr an Qualität als Sie erwarten. Die Art der Modelle und Paßform ist vorbildlich.

Nordheimer Standard-Gesellschafts-Schuhe
Art: 765 Halbschuh mit grau Einsatz 12,50
Art: 917 Moderner Lackhalbschuh 14,50
Art: 895 Schwz. Wildled.-Halbschuh mit Lackvorzierung 16,50

Nordheimer Standard-Winter-Stiefel
Art: 264 Doppelsonhliher Rindbox-Stiefel 12,50
Art: 1060 Doppelsonhliher Sportstiefel . . 14,50
Art: 1720 Brauner Boxcalf-Herrenstiefel 16,50

Nordheimer

Der Berliner Juwelenräuber verhaftet.

Der zweite Täter seine Braut.
Ein Teil der Beute wiedergefunden.

Der Breslauer Kriminalpolizei gelang es am Mittwoch in Zusammenarbeit mit dem Berliner Polizeipräsidium, den einen der Juwelenräuber zu verhaften, die am Sonnabend in der Tauentzienstraße in Berlin den verwegenen Raubüberfall auf ein Juweliergeschäft ausführten. Es handelt sich um den 29 Jahre alten, in Ratibor geborenen Ardeistsosen Johann Spruch, der seit einigen Jahren in Berlin ansässig ist und bei seinen Eltern in der Kopernikusstraße 28 wohnt. Er hat sich nach der Tat zunächst in Berlin aufgehalten und ist am Dienstag nach Breslau gefahren und dort in einem Hotel am Hauptbahnhof abgestiegen. Er konnte in einem Lokal festgenommen werden, als er Schmuckstücke anbot, die von dem Berliner Juwelenraub stammten. Bei ihm selbst und in seinem Hotelzimmer wurden noch zahlreiche weitere Juwelen aufgefunden. Bei seiner Vernehmung im Breslauer Polizeipräsidium gestand er ohne weiteres, einer der Berliner Juwelenräuber zu sein. Sein Komplize ist nach seinen eigenen Angaben seine Braut, die angebliche Schauspielerin Sonja Ignatiw, eine 21 Jahre alte Polin, die er vor einigen Monaten auf der Friedrichstraße in Berlin kennengelernt haben will. Sie hat in Männerkleidung den Überfall mitgemacht, nachdem beide den Plan vorher ausführlich besprochen und die Verteilung genau ausgetüchtelt hatten. Nach den Angaben des Verhafteten soll seine Braut mit Hilfe eines polnischen Passes, in dessen Besitz sie war, über die Grenze gekommen sein. Sie sei zunächst nach Rattow und dann nach Warschau gefahren. Weder bei der Berliner noch bei der Breslauer Polizei ist sie bekannt. Nach Spruchs Angaben ist seine Braut nach dem Anschlag gemeinsam mit ihm durch das Kaufhaus des Westens geflüchtet. Der Verhaftete versichert, absichtlich nicht geflohen zu haben, weil er sich fest vorgenommen hatte, seinen Nord bei dem Überfall zu benehmen. Auf die Breslauer Spur ist die Berliner Polizei zunächst dadurch gekommen, daß ein Beamter des Bahnhofs Zoologischer Garten am Tage der Tat zwei Männer beobachtete, die im Besitz von Fahrzeugen vierter Klasse nach Hindenburg waren. Sie hatten ein unklareres Aussehen und entfernten sich wieder, da sie zu früh gekommen waren. Die Angabe genügte, um sämtliche Bahnhöfe auf der Strecke nach Schlesien zu benachrichtigen und alle ankommenden Reisenden zu beobachten. Außerdem war der Berliner Kriminalpolizei eine Mitteilung Spruchs bekanntgeworden, er wolle am 25. September, also dem Tage des Juwelenraubes, auf die „Watte“ gehen und über Potsdam-Berder sich nach Breslau begeben. In dem Besitz des Verhafteten wurden gefunden: 2 Brillant-Ohringe aus Platin, 7 Platin-Armbänder, 3 goldene Halsketten, 4 Ketten, 1 Kreuz aus Berlin, 1 Platin-Armbanduhr, 1 Brillant-Anhänger, 6 Brillant-Kollern, verschiedene Schlösser mit Brillanten und Perlen und eine Anzahl loser Perlen.

Der Typhus in Hannover.

Rückgang der Zahl der Erkrankten.

Hannover, 29. September.
Im Laufe des gestrigen Tages sind 30 am Typhus Erkrankte und Verdächtige eingeliefert worden. Entlassen wurden 31 Personen, so daß jetzt die Zahl der Erkrankten 1724 beträgt. Die Zahl der Todesfälle hat sich um sieben vermehrt und beträgt heute somit 143. Die Zahl sämtlicher den Kreisärzten gemeldeten Typhuserkrankungen aus der Stadt Hannover betrug am 24. Sept. 45, am 25. Sept. 56, am 26. Sept. 34, am 27. Sept. 17. Es ist also ein deutlicher Rück-

gang in der Zahl der Erkrankten festzustellen. Mit einer Zunahme der Todesfälle in der nächsten Zeit ist dagegen noch zu rechnen, da sich der größte Teil der Schwerverkranken in der 3. und 4. Krankheitswoche befindet, also in demjenigen Abschnitt der Erkrankung, der erfahrungsgemäß die größten Gefahren bietet.

Die Erubenkatastrophe in Michigan.

Ironwood (Michigan), 29. September.

Am letzten Freitag waren durch einen Gesteinsbruch in einem Bergwerk drei Bergleute getötet und 43 von jeglicher Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten worden. Es ist jetzt gelungen, mit den eingeschlossenen Bergleuten; die sämtlich noch am Leben sind, die Verbindung herzustellen.

Zum Brückeneinsturz bei Gatz.

Gatz, 29. September.

Gestern Abend ist der Betonmischmeister Fritsch, der erneut in Gatz genommen worden war, von der Staatsanwaltschaft auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem sich ergeben hatte, daß gegen Fritsch nichts vorliegt. Die Untersuchung über die Ursachen des Brückeneinsturzes ist noch immer nicht abgeschlossen. Vielmehr sind die hervorragendsten Baufachverständigen Deutschlands nach Gatz berufen worden, um ein Gutachten abzugeben.

Vera Cruz durch Wirbelsturm zerstört.

Die Stadt Vera Cruz (Mexiko) ist am Dienstagmorgen durch einen furchtbaren Wirbelsturm nahezu vollständig zerstört worden. Gleichzeitig wurde die Stadt durch eine Flutwelle 1½ Meter tief unter Wasser gesetzt. Sämtliche Verbindungen mit Vera Cruz sind gestört, die Flüge gelangen nur bis 25 Kilometer westlich der Stadt. Man befürchtet, daß zahlreiche Menschen ums Leben gekommen sind. Der Sturm hat in einer Breite von 120 Kilometern zwischen der Küste und dem Gebirge große Verwüstungen angerichtet.

Absturz eines deutschen Fliegers.

Weilheim, 29. September.

Bei Vorführung von Kunstflügen bei Schloß Hirschberg stürzte der bekannte Flieger Alexander v. Bismarck infolge Aussetzens des Motors ab. Das Flugzeug verfiel in einem Baumwipfel, überschlug sich und wurde beim Absturz vollkommen zerstört. Der Pilot wurde unter dem Flugzeug begraben und konnte erst nach einständigen Bemühungen aus den Trümmern geborgen werden. Er wurde mit doppeltem Riefer- und Oberschenkelbruch und einer schweren Rückenverletzung ins Krankenhaus Weilheim gebracht. Bismarck hatte die Geflügelgegend, im Sturz die Benzinleitung abgesteckt, so daß ein Brand vermieden wurde.

Salzküure statt Kochsalzlösung. Wie die Woffische Zeitung meldet, wurde in das städtische Krankenhaus in Spandau ein acht Jahre altes Mädchen eingeliefert, das bei einem Feuer schwere Brandwunden erlitten hatte. Da das Kind sehr schwach war und bei ihm die Herzstätigkeit auszuliegen drohte, sollte eine Einspritzung von Kochsalzlösung erhalten. Durch ein ganz unerklärliches Versehen erhielt die Kleine jedoch eine Salzküureinjektion. An den Folgen dieser Einspritzung ist das Mädchen gestorben.

Spiele, Sport, Körperpflege

„Selbenerzeugung“ Sportfetzen.

Gegen aktuell „Selbenerzeugung“ wendet sich im Schwimmer Dr. Gellow, der Vorsitzende des Deutschen Schwimmverbandes. Er erklärt, mehr bestirzt denn erheitert gewesen zu sein über den Triumphzug, den Köln dem Kanalschwinger Bierkötter bereite. Er schreibt dann wörtlich: „Freuen kann man sich ehlich über eine solch übertragende Leistung eines der Unseren, freuen kann man sich ehlich darüber, daß viele Kreise von Hunderttausenden unsere Freude teilen. Aber das „rechte Maß in allen Dingen“ ist noch heute eine gültige, allgriechische Wahrheit. Wie ein Monarch, wie ein übertragender Erfinder und Geistesheld, ist Bierkötter von seiner Mitbürger geliebt worden. Mehr noch vielleicht. So mag Gellow in Rom eingezogen sein, als er Gallien niedergeworfen hatte, und da laugten doch Gedanken erheiteter Art in uns auf, die wir nicht unterbrüden wollen.“

Ein Volk muß sich begeistern können, wenn es nicht veralten will. Gesund sind diese Jubelaussprüche der Menge, die sich ihre Helden wählt und ihre Helden schafft. Aber schauen wir tiefer und fragen wir uns nach dem Maß, nach dem die Menge ihre Helden mißt, so müssen wir doch erkennen, daß es leider, leider ein äußerliches geworden ist. Wir scheitern an der Leistung Bierkötters vor allem anerkennenswert, daß er, nachdem er ohne eigene Schuld den ersten Platz aufgeben mußte, nicht abließ von seinem Voratz, daß das starke „Ich will“ in ihm so mächtig war, daß er bei beschränkter Geldmitteln, ohne großen Apparat, in aller Stille die sportliche Aufgabe mit ganzer Kraft wieder anpackte, bis sie gelang und damit ein Beispiel unbeuglamer Willensstärke gab. Wir scheitern bei dem mit dem er sich auf seine sportliche Tat vorbereitete, wertvoller als der schließliche Erfolg, den schon sieben Menschen vor ihm — wenn auch nicht in solch kurzer Zeit — erringen konnten. Die Menge allerdings sieht nur das Weisere, die Leistung selbst, sie beachtet sich weniger an der seelischen als der körperlichen Kraft.

Darum wollen wir den übermächtigen Empfang Bierkötters in Köln richtig bewerten. Wir wollen aus dem Geläute der Glocken des gotischen Domes das des Sportes klingen hören. Das beginnt erst, wenn die seelische Kraft des Sportes Allgemeingut geworden ist.“

Aus einem anderen Artikel des Schwimmers geht ebenfalls hervor, daß in manchen Kreisen des bürgerlichen Sports die bessere Einsicht ringt mit dem Ueberhandnehmen des Linjungs der Verhimmelung der Sportgrößen. Wir schaffen Verwirrung in den Köpfen nicht seelisch geistigster Kameraden, ist da zu lesen. „Der Sportsteg allein macht ja leider nicht den ganzen Menschen.“ Sollte diese Erkenntnis im Lager des bürgerlichen Sports wirklich weiter um sich greifen? Fast klingt es so, als ob man sich auch bei den bürgerlichen Sportlern zu den Grundfragen des Arbeiterports allmählich durchringen will, wenn man liest: „Die Jugendlichen sollen zu Gemeinschaftsgeist herangezogen werden. Sie sollen lernen, daß man allein nichts ist, sondern erst durch die Gemeinschaft zur Geltung kommen kann. Das Hervorlehen der Einzelleistungen junger Menschen führt zu einer Verflachung des großen Sportgedankens... Unsere kommende Sportgeneration muß zur Bescheidenheit erzogen werden, dann wird sie auch große Erfolge mit Würde tragen können. Wir brauchen ganze Sportmenschen, aber keine von dem Glanze eigener Leistungen blind gewordene Sportfetzen.“

Diese gesunden Ansichten sind bei dem Arbeiterport von jeher Gemeingut und Grundlag gewesen. Die Jugend, die sich in die Scharen der Arbeiterporter einreihet, ist deshalb gefeit gegen die Zerfallserfahrungen, über die man im Bürgertum klagt.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: Heute: Gehacktes Boofsteak nach Feinschmeckerart 1.00. Morgen: Geback. Kalbsbrust mit lungen Spinat 1.10.

PREISWERTESTE LEBENSWEINE

Eine Auslese gut gepflegter Rhein- u. Mosel WEINE vom Fass!

Konserven

Kolonialwaren

<p>Karotten, geschnitten . . . 45 ¢ Kohlrabi mit Grün . . . 52 ¢ Junge Schnittbohnen . . . 65 ¢ Junge Wachsbohnen . . . 85 ¢ Gemüse-Erbesen . . . 65 ¢ Erbesen mit Karotten . . . 66 ¢ Haricots verts, fein . . . 95 ¢ Gem. Oemüse . . . 1.20 ¢ Junge Brechbohnen . . . 65 ¢ Spargelabschnitte . . . 1.20 ¢</p>	<p>Brechspargel, dünn . . . 1.40 ¢ Brechspargel, mittelstark . . . 2.20 ¢ Spargelköpfe, grün . . . 1.95 ¢ Heidelbeeren . . . 85 ¢ Preißelbeeren . . . 95 ¢ Kirschen, rot mit Stein . . . 1.00 ¢ Birnen, weiß, halbe Frucht . . . 1.25 ¢ Mirabellen . . . 1.35 ¢ Rohneclauden . . . 1.60 ¢ Gem. Früchte . . . 2.00 ¢</p>	<p>24er Gaubickelheimer . . . 1.20 95 ¢ 24er Lieserer Riesling . . . 1.20 95 ¢ 24er Trarbacher Halsberg . . . 1.60 1.25 ¢ 24er Niersteiner Domthal . . . 1.40 1.10 ¢ 24er Liebfraumild . . . 1.80 1.40 ¢ 24er Dürkheimer Rotwein . . . 1.20 95 ¢</p>
<p>Schweizerkäse ¼ Teil Schachtel: 25 ¢ Camembert, vollfett, ¼ Schachtel . . . 95 ¢</p>	<p>Molkereibutter ¼ Pfd. 90 ¢ Feine Molkereibutter ¼ Pfd. 1.00 ¢ Allerfeinste Molkereibutter ¼ Pfd. 1.10 ¢</p>	<p>Cervelatwurst . . . 1 Pfd. 1.75 ¢ Cervelatwurst in Fettdarm 1 Pfd. 2.20 ¢</p>
<p>Blut- und Leberwurst 1 Pfd. 90 ¢ Knackwurst . . . 1 Pfd. 1.20 ¢</p>	<p>Salamiwurst . . . 1 Pfd. 2.25 ¢ Hausmacher-Sülze . . . 1 Pfd. 80 ¢</p>	<p>Margarine . . . 1 Pfd. 58 54 ¢ Rindertalg . . . 1 Pfd. 65 ¢ Kokos-Spelsefett . . . 1 Pfd. 68 ¢ Amerik. Schweineschm. 1 Pfd. 90 ¢ Rein. Schweineschm. 1 Pfd. 1.10 ¢</p>
<p>Vierfrucht-Marmelade . . . 2-Pfund-Eimer 75 ¢ Pflaumenmus . . . 2-Pfund-Eimer 95 ¢ Apfelgelee . . . 2-Pfund-Eimer 1.20 ¢ Aprikosen-Konfitüre . . . 2-Pfund-Eimer 1.30 ¢</p>	<p>Neue Vollheringe . . . 10 Stück 1.35 95 ¢ Heringssalat . . . 1 Pfund 70 ¢</p>	<p>Birnen, Gute Lulse 4 Pfund 45 ¢ Neue Zwiebeln . . . 10 Pfund 45 ¢</p>
<p>Hawai-Ananas 75 ¢ in Schichten Dose 1.65 1.10</p>	<p>Die Abteilung für Bestellungen bringt ohne wesentl. Vereinfachung der Einkäufe, Persönlich, schriftl. oder teleb. bestellte Lebensmittel werden im Rahmen unseres Lieferdienstes schnellstens frei Haus geliefert. Die Bezahlung kann vorher an unserer Kasse oder bei der Lieferung an den Boten erfolgen. (Tel. Nummer 709 11.)</p>	<p>Schmelzschokolade . . . 3 Tafeln à 100 Gramm 85 ¢ Vollmild-Schokolade . . . 3 Tafeln à 100 gr 95 ¢ Vollmild-Blockschokolade . . . 1 Pfund-Block 1.25 ¢ Napolitains von Hoffmann . . . 3 Pakete 95 ¢</p>
<p>Hawai-Ananas 75 ¢ in Schichten Dose 1.65 1.10</p>	<p>Gebrannt. Kaffee 1.30 . . . ¼ Pfd. 1.90 1.60</p>	<p>orten und feines Kaffeegebäck wenn wir auf Bestellung frei Haus. Bestellungen können persönlich an unserem Konditor, Verkaufstand vor dem Erfrischungsraum, schriftlich oder telefonisch unter der Nummer 7041 erfolgen. An Sonn- und Feiertagen findet keine Zustellung statt.</p>

ALTMANN

Unser Erfrischungsraum empfiehlt Rogout (in Portion 60 ¢, ab 10 Uhr prima Speckkuchen Stück 25 ¢)

Astronomisches im Oktober

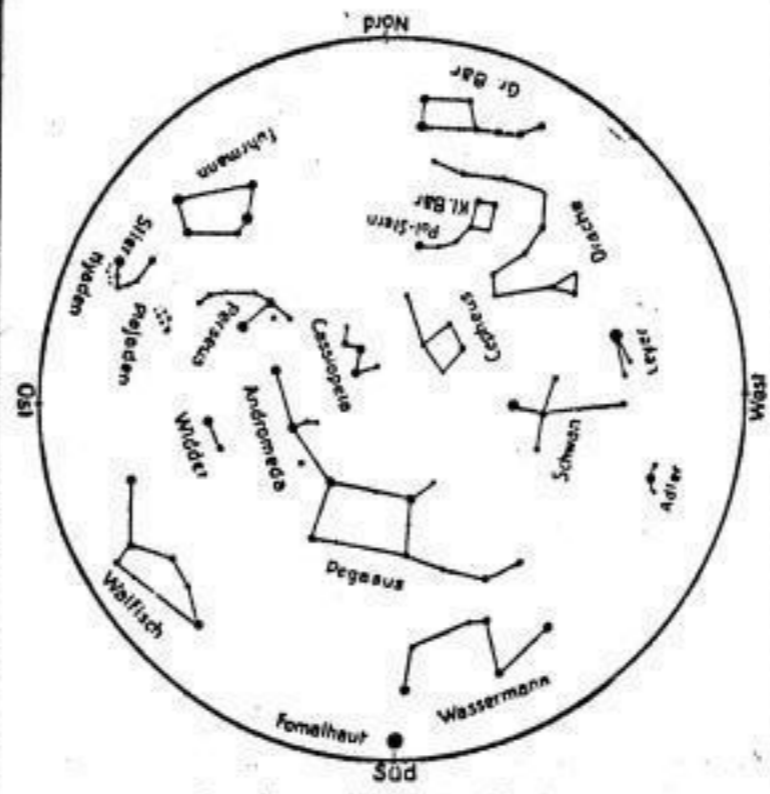
Wer in diesen häuflg rüstigen Herbstabenden den Blick zum abendlichen Firmament wälft, der wird vor allem durch zwei auffallend helle Gestirne gefesselt, deren eines tief im Süden steht, während das zweite im Osten am Himmel emporsteigt. Es sind die Planeten Jupiter und Mars, die jetzt mit ihrem hellen Licht das Sternenzelt beherrschen, und die, so ähnlich sie einander auch zu sein scheinen, doch ganz verschiedenartige Weltkörper sind.

Durchmesser erreicht dann 20,4 Bogensekunden gegen 25,5 bei seiner letzten Opposition am 24. August 1924. Damals betrug der geringste Abstand zwischen Mars und Erde nur 36 Millionen Kilometer, und demgemäß war der Planet vor zwei Jahren auch heller, als er diesmal werden wird.

reicht, hat Jupiter diese schon hinter sich; zu Beginn des Monats Oktober steht er kurz vor 9, Ende Oktober schon kurz vor 7 Uhr im Meridian. Wegen seiner südlichen Stellung im Steinbock geht er auch verhältnismäßig früh unter.

Von den übrigen Planeten ist in diesem Monat nichts von Bedeutung zu vermelden. Merkur bleibt für das bloße Auge unsichtbar, Venus ist anfangs noch dreiviertel Stunden als Morgenstern am Osthimmel sichtbar, verschwindet aber um die Monatswende in den Sonnenstrahlen, da sie am 21. November in obere Konjunktion zur Sonne kommt.

Das leuchtende Tagesgestirn, die Sonne, hat am 1. Oktober schon eine südliche Abweichung von 2 Grad 48 Minuten, die bis zum Monatschluss auf mehr als 13 1/2 Grad südlicher Abweichung vom Äquator zunimmt. Demgemäß sinkt die Mittagshöhe der Sonne im Laufe des Monats, berechnet für die geographische Lage von Berlin und dem mittleren Norddeutschland, von 34,7 auf 23,8 Grad, und die Tageslänge nimmt von 11 1/2 auf 9 1/2 Stunden ab.



Der Sternenhimmel im Oktober. (Die Karte ist entnommen der Urania, Monatshefte für Naturwissenschaft und Geographie, Jena. Über den Kopf gehalten, Norden nach Norden, zeigt sie den Sternenhimmel zu den angegebenen Zeiten.)

Der Mond befindet sich Anfang Oktober im abnehmenden Licht; am 6. ist Neumond, und dann erscheint seine schmale Scheibe abends wieder im Westen, um am 14. das erste Viertel zu erreichen.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 30. September.

„Das Banner für das Volk.“

Der Herr Präsident der Internationalen Vereinigung Erster Biforscher hat erneut eine herzerfreuende Botschaft in Form einer Broschüre herausgegeben, betitelt „Das Banner für das Volk.“

„Man kann,“ so heißt es darin, „die Menschen, die auf der Erde leben, in zwei Klassen einteilen, in Herrschende und Dienende. Die Mehrzahl gehört zu der letzteren Klasse. Die, welche die herrschende Klasse bilden, können in drei Teile eingeteilt werden: eine kapitalistische, eine politische und eine kirchliche. Die Persönlichkeiten der herrschenden Klasse wechseln diesseits manchmal, wenn einige der dienenden Klasse in die Stellung von Herrschenden versetzt werden. Doch findet selten ein Wechsel statt, bei welchem Herrschende zu Dienenden werden.“

Welche Ursachen diesem „häufigen Widerstreit“ zugrunde liegen, ist natürlich nicht gelöst. In einer andern Stelle der Schrift heißt es:

„Wir unterwerfen euch über den Willen Gottes. Euer Leben, eure Freiheit und euer Glück hängt davon ab, ob ihr der Richtung folgt, die euch unser Banner bezeugt. Wir wollen in Bezug auf alle geistlichen Dinge das Denken für euch befragen, und ihr sollt auf nichts andres hören, als auf das, was orthodox ist, weil dies unsere wahre Lehre ist. Betraut eure Seelen unter Bewahrung an.“

Bei den Biforschern kann man also sein Gehirn mitteilens in den Tiefstufen legen. Die arbeitende Klasse weiß jedoch aus jahrhundertelanger Erfahrung, daß uns mit Bibel und „Gotteswort“ nie geholfen werden wird, daß eine Besserung der sozialen Lage durch den Glauben an die Bibellehre niemals erreicht werden kann. Wir sehen die Besessenen täglich selbstthätiger und auf der andern Seite Verarmung und Massenelend immer größer werden. Warum hilft Gott den Armen und Hilfsbedürftigen nicht? Kann er es denn mit ruhigem Gewissen ansehen, daß in der heutigen Zeit der größten Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrisen der größte Teil der Menschen nach Brot streift, während auf der andern Seite der Profit verpraßt wird, den die nimmermüde Hand des Arbeiters schuf? Man denke auch einmal an die einhunderteinundachtzigtausend Erwerbslosen allein in Sachsen, die alles andre als menschenwürdig leben; man denke an die unglücklichen Kriegsküppel und Kranken sowie deren Hinterbliebenen; man denke an die bodenlose Ausnutzung der Arbeiter und Kinder durch die Industrie; man denke an die jetzt üblichen Baracken- und Höhlenwohnungen so vieler Wohnungsloser; man werfe auch einmal ein Streiflicht in die dritten und vierten Hinterhöfe der Berliner Vororte, wo die Armut der Armen hausen und fast ausschließlich durch Bettel ihr Dasein (nenn's wie ihr wollt, nur nenn's nicht Leben!) fristen und spreche dann noch von Wohlstand, Glück, Erlösung und Befreiung der Menschheit, die nach der vorliegenden Schrift jetzt im Gange sein soll. Wir wissen, daß erst die Sicherung der materiellen Existenz den Weg zum menschenwürdigen Dasein aller freimachen wird. Der Reizende, der materiell Sichergestellte, hat immer genug, er braucht also nie auf eine „Hilfe von oben“ zu warten. Er verflucht sich selbst auf nie bequemere Weise zum Wohlstand, indem er einfach „nur“ seine Mitmenschen ausbeutet. Er hat nicht nötig, auf Hoffnungen,

Erwartungen, Überraschungen und Wunder, die vom Himmel kommen sollen, zu rechnen, und etwaige Versuche, Einsicht und Verständnis bei ihm für das soziale Elend zu erwecken, werden stets verfehlt sein, trotz der schönen und tönenden Biforsworte

Strassenbahnverbindung nach Engelsdorf.

Seit einiger Zeit hat der Rat der Stadt Leipzig mit dem Gemeinderate von Engelsdorf Verhandlungen wegen Herstellung einer Strassenbahnverbindung zwischen Leipzig und Engelsdorf geführt. Wie uns berichtet wird, sind jetzt diese Verhandlungen zum Abschluss gebracht und ein Vertrag unterzeichnet worden, der die Fortführung der Linie 3 vom Strassenbahnhof Paunsdorf nach Engelsdorf vorsieht, wenn die Stadtverordneten ihre Zustimmung geben. Die Linie soll eingleisig gebaut, die Dresdner Chaussee entlanggeführt werden und am Fortuna-Sportpark eine Schiefe machen, wo die sich entgegengerichteten Wagen ausweichen können. Sie soll nach der Langen Straße in Engelsdorf, an der Gasanstalt vorüber durch die Schulstraße in die Hauptstraße geführt werden, wo die Endstation sein soll. Vorgesehen ist in den verkehrsreichen Stunden eine Wagenfolge in Abständen von 7 1/2 Minuten, in weniger verkehrsreichen Zeiten von 15 Minuten. Die Fahrkarte, einschließlich Umteigeberechtigung in Leipzig, beträgt 30 Pfg., vom Fortuna-Sportpark ab 25 Pfg. Besondere Fahrpreismäßigungen, wie in der Stadt, sollen gewährt werden. Die Gemeinde Engelsdorf wird Baugelände für Errichtung eines Strassenbahnwagenschuppens zur Verfügung stellen.

Es darf erwartet werden, daß die Leipziger Stadtverordneten der Herstellung dieser neuen Strassenbahnverbindung zustimmen werden, wird doch dadurch einer größeren Gemeinde eine bessere Verkehrsmöglichkeit mit Leipzig geboten, deren Einwohner wirtschaftlich mehr oder weniger auf die Großstadt angewiesen sind.

Heim für berufliche Erziehung.

Von der Stadt ist der Versuch unternommen worden, schwachsinig und wenig befähigte Schüler in einem „Tagesheim für berufliche Erziehung“ arbeitswillig und arbeitsfähig zu machen. Mit diesem Versuch sind gute Erfahrungen gemacht worden. Deshalb haben die Stadtverordneten vor einigen Monaten sich einverstanden erklärt, die Versuchszeit für das Tagesheim für berufliche Erziehung als beendet und den Versuch als gelungen anzusehen. Nun sind die Werkstätten des Heims, Tischlerei, Korbmacherei, Schuhmacherei, der Niederlagenraum und der Tagesraum, im Kellergehöf der 34. Volkshule in Curtisch untergebracht. Da die Zahl der Pflanzlinge von 36 auf 63 gestiegen ist, reichen die Räume nicht mehr aus. Deshalb schlägt der Rat den Stadtverordneten den baulichen Ausbau des Tagesheims vor. Um die bauliche Beweglichkeit des Heims zunächst zu erhalten, sollen in der Nähe der 34. Volkshule zwei im Krankenhaus St. Jakob freigewordene Baracken hinter der 34. Volkshule aufgestellt werden. Diese Platzwahl ermöglicht es auch, daß der zum Heim gehörige Gärtnereibetrieb durch den, aus gesundheitlichen Gründen, auch solche Pflanzlinge beiderlei Geschlechts eine Zeitlang durchgehen müssen, die nicht den Gärtnereibetrieb ergreifen, in Zusammenhang mit dem Heim bleibt.

Der Arbeitsplan der Volkshule Leipzig.

Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt: Der Herbstlehraabschnitt der Volkshule beginnt am 11. Oktober und endet am 17. Dezember 1926. Der Arbeitsplan umfaßt etwa 70 Lehrgänge. Die fünf Hauptabteilungen der bisherigen Lehrpläne sind: 1. Natürliche Grundlagen des Lebens; 2. Gesellschaftliche Grundlagen des Lebens; a) Wirtschaft, b) Recht, Staat und Gesellschaft; 3. Weltkenntnis und Weltbedeutung; a) Philosophie, b) Kulturlehre, c) Erziehung; 4. Kunst und praktische Übungen; a) Literatur, b) bildende Kunst, c) Musik; 5. Körperübungen. Hingekommen ist ein neuer 6. Abschnitt: Die Frau. In ihm sind Kurse angeknüpft über die Erziehung des Säuglings und Kleinkindes, Pflege des geschlechtlichen Lebens, Berufsfragen der Arbeiterin, Wege zur Mitarbeit im öffentlichen Leben und die rechtliche Stellung der Frau. — In den Kursen 44—47 werden neue Wege mistralischer Schulung — zum erstenmal an der Volkshule Leipzig — be-

schritten. Allen Näheren ist zu ersuchen aus dem Arbeitsplan, der auch Mitteilungen über die in Leipzig bestehenden Volkshochschulheim, die Wirtschaftshule und die städtischen Arbeiterunterrichtskurse enthält. Die letzteren umfassen 40 Kurse in Deutsch, Rechnen, Fremdsprachen, Schrift und Stenographie. Die Teilnahmegebühr beträgt für den Lehrgang einschließlich des Zuschlags für die Mitteilungen 1,80 M., Arbeitslose und Lehrlinge zahlen bis zu drei vollen Lehrgängen insgesamt 1 M., bei begründetem Antrag kann die Gebühr noch weiter ermäßigt werden. Niemand soll am Besuch der Volkshochschule dadurch verhindert werden, daß er die Gebühr nicht bezahlen kann. Lehrplan und Teilnahmearten sind an folgenden Stellen zu haben: Geschäftsstelle der Volkshochschule, Volksbildungsamt, Nonnenmühlstraße 8, 3 Tr., Zimmer 112, von 9 bis 3 Uhr, Volkshochschulheim Salomonstraße 21; Städtische Bücherhallen: Grenzfstraße 3, Zeiler Straße 28, Leuschke, Hauptstraße 23, Wohlis, Richterstraße 8; Gewerkschafts-Lexikon, Volkshaus; Volkshochschulheim Zeiler Straße 28, Hofgeb. 2 Tr.; Vfg. Arbeiterbildungsinstitut, Braustraße 17; Jugendheim, Töpferstraße 2, Zimmer 2.

Ordnungsgesetz für städtische Schulbeiräte.

Die Stadtverordneten haben den Rat ersucht, einen selbständigen Beirat für die Fach- und Fortbildungsschulen und die höheren Schulen einzurichten und den Rat beauftragt, zur Beratung aller das städtische Schulwesen gemeinsam berührenden Fragen aus Vertretern der städtischen Schulbeiräte einen paritätisch zusammengesetzten Ausschuss einzurichten. Der Rat ist diesem Ersuchen nachgekommen und hat den Stadtverordneten ein Ordnungsgesetz über die städtischen Schulbeiräte unterbreitet.

Zirkus Krone kommt nach Leipzig.

Am 7. Oktober gibt er seine Eröffnungsvorstellung. Das Unternehmen des Zirkusbesizers Krone ist weit größer als der im Frühjahr hier gastierende Zirkus Garzanti. Es ist der größte Zirkus Europas. Das 120 Meter lange und 65 Meter breite Vorstellungsgelände weist 12 000 Sitzplätze auf. Stehplätze werden nicht verkauft. Krones zoologischer Park übertrifft an Größtwerden jeden feststehenden Garten. Ein paar Zahlen nur: 24 Elefanten, 36 Löwen, 38 Tiger, Panther, bunte und schwarze Leoparden, Jaguare, Pumas, Wölfe, 29 Eisbären, ein Dutzend Braunbären, 18 Zebros, darunter die seltenen Grevyzebras und die seltenen Bergzebras, eine Kamel- und Dromedarherde von über 30 Tieren, 12 anabulische Prachttiere, Tibetrinde, afrikanische und asiatische Antilopenarten, junge und ausgewachsene Kipferbe, Strauße, Lamas, amerikanische Bisonbüffel, tropische Vogelarten. Krone besitzt Tiere, die in Europa in seltenen Gärten selten anzutreffen sind; zwei ausgewachsene Giraffen, zwei See-Elefanten, zwei Ameisenbären, zwei Seebären, zwei hausjähmige indische Jagdeoparden und viele exotische Tiere mehr. Im ganzen zählt der zoologische Park Krones über 500 exotische Tiere und über 200 Pferde. Der ganze Wagenpark des Zirkus Krone weist 235 Wagen auf. Sie werden befördert von den modernsten Maschinen: Traktoren, Raupenschleppern, Lokomotiven, Lastautos, Tanks. Der Zirkus Krone besitzt sechs eigene Lichtmaschinen, die abends die gesamte Fläche der Zeltstadt mit einem strahlenden Lichtmeer übersüßen. Der Zirkus Krone hat über 600 Angestellte, darunter allein 200 Artisten. In dem Vorstellungsgelände befinden sich drei Manegen, zwei große Bühnen, große Vorrichtungen für Vorführungen in der Luft und eine sich um alle drei Manegen ziehende antike Rennbahn. Auf dieser werden antike und klassische Wagenrennen, Reiterspiele und Gladiatorenkämpfe durchgeführt. Letztere allerdings nicht mit dem klassischen Ausgang der Tötung des Besiegten. — Mittwoch, den 6. Oktober, in den ersten Frühstunden werden die vier Sonderzüge des Zirkus Krone in Leipzig eingelaufen sein. Sofort wird auf dem Wechplatz mit dem Aufbau begonnen.

Raffhäufersfahrt. Zu dem Verwaltungssonderzug am 3. Oktober von Leipzig Hbf. nach dem Raffhäuser und dem Hühnengebiet des Südhartzes (Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 5.40 Mark) sind noch Fahrkarten bei der Fahrkartenausgabe Leipzig Hbf. und beim Verkehrsverein Leipzig zu haben. Abfahrt früh 5,33 Uhr, Ankunft abends 10,30 Uhr.

Wo ruft die Pflicht?

Unterbezirk Vorna.

Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet in Großschönau im alten Schützenhaus eine Agitations-Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Wahlen und Agitation. Die Ortsgruppen Vorna, Großschönau, Audigast, Lannemühl und Wiederau haben hierzu Vertretungen zu stellen.

Unterbezirk Wurzen-Grimma-Döbnitz.

Die Teilnehmer an dem am 3. Oktober 1926 in Wurzen stattfindenden Rednerbildungskursus werden ersucht, sich nach Möglichkeit die Zeit für den Kursus und die Besichtigung der Sächsischen Gemeindeordnung zu beschaffen und mitzubringen. Quartiere werden nur nach Anmeldung im Unterbezirkssekretariat (Tel. Wurzen 126) beschafft.

Funktionäre.

Veitsh. Morgen Freitag abend im Vater Jahr Abholung der Werbezeitung.

Neuschönfeld. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, Flugblattausgabe im Café Hindenburg. Das Erscheinen sämtlicher Genossen, Elternteile und Genossinnen ist Pflicht.

Seltzerhausen. Sonnabend, 1/8 Uhr, Sitzung in der Krone. Erscheinen aller ist Pflicht.

Frauen.

Stütz. Mittwoch, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof, Fortsetzung des Vortrags vom Genossen Walter Jeller über: Ist die Ehe eine gottgewollte Einrichtung?

Plagwitz-Weidenau-Schleußig. Montag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, im Schloß Weidenau, Vortrag des Genossen Alfred Moritz über: Weibliche Sexualität und herrschende Moral.

Leipzig-Ohl. Unter Frauenabend muß am Montag, dem 4. Oktober, ausfallen. Wir besuchen die Mitgliederversammlung in Rahlitz. Genosse Planitz spricht über seine Agitationsreise.

Sozialistische Arbeiter-Jugend Groß-Leipzig.

Wir bitten alle Mitglieder, die schon einmal an dem Sprechchorwerk "Der erste Tag" mitgewirkt haben, sich am Dienstag, dem 5. Oktober, zu einer Sprechprobe bereitzustellen. Es sind nur zwei Proben notwendig. Alle die Genossinnen und Genossen, die Interesse und Lust zur Mitwirkung haben, finden sich ebenfalls ein. Das Vokal wird am Sonnabend unter unsern Veranstaltungen bekanntgegeben.

Nordbezirk. Die Bezirksversammlung findet heute Donnerstag, 30. September, abends 7 Uhr, im Rathaus Moskau, Zimmer 6, statt. Thema: Jugendklub und Jugendrecht.

Jugendsozialisten.

Pannodorf. Morgen Freitag, 8 Uhr, im Bibliothekzimmer der SPD, Vortrag des Genossen Herze über: "Die gesellschaftlichen Verhältnisse im 19. Jahrhundert". Gäste willkommen.

Engelsdorf. Morgen Freitag, 8 Uhr, im Vereinszimmer der SPD, literarischer Abend. Gäste willkommen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Eutritzsch. Alle Kinder, groß und klein, treffen sich Freitag, früh 1/8 Uhr, zum Ausflug. Bei unangenehmem Wetter am Sonnabend, Probiertag und 30 Pf. mitbringen.

Meinshofener. Sonntag, den 3. Oktober, nachmittags 2 Uhr, Herbstfeier im Immergrün.

Alt-Leipzig, Nord. Die Kinder treffen am Freitagabend um 8,24 auf dem Hauptbahnhof ein.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Vindenhof. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Kasino.

Pegau. Sonntag, 3. Oktober, Stellen der Radfahrer mit Licht 1/1 Uhr am Schwan zur Teilnahme an der Veranstaltung Woboritz-Cohra. Nichtradfahrer 1/2 Uhr am Bahnhof, Fahrt bis Woboritz.

Handels-Hochschule Leipzig. Der Plan für die Handels-Hochschulwoche vom 11.—16. Oktober 1926 ist erschienen und wird von der Handels-Hochschule Leipzig, Ritterstraße 6/10, unentgeltlich abgegeben. Er enthält eine Anzahl wichtiger wirtschaftlicher Vorträge, die für Handel und Industrie von großer Bedeutung sind.

Wirtschaftsschule Leipzig. Vom Volkshilfsamt wird mitgeteilt: Der Unterricht für das Winterhalbjahr beginnt am Donnerstag, 30. September, Donnerstag, 7—9 Uhr, Arbeitsrecht, Montag, 7—9 Uhr, Volkswirtschaft (Beginn 4. Oktober). Zunächst findet zugleich als Ergänzung des alten Kurses eine Besprechung über Geld, Bank- und Börsenwesen statt. Die Wirtschaftlichen Aussprachabende laufen Mittwochs 14tägig, sie beginnen am Mittwoch, 13. Oktober. Thema: Beobachtung der deutschen Wirtschaftslage.

Die Reiseprüfung der Höheren Maschinenbauerschule fand am 20. und 21. September d. J. unter Vorsitz des Herrn Ministerialrats Dipl.-Ing. Mühlmann statt. Von den 33 Prüflingen der Abteilung für Maschinenbau bestanden die Prüfung mit sehr gut: 4, mit gut: 8, mit ziemlich gut: 11, mit genügend: 6. Vier Schülern konnte das Zeugnis der Reise nicht erteilt werden. Von den 13 Prüflingen der Abteilung für Elektrotechnik bestanden die Prüfung mit sehr gut: 1, mit gut: 4, mit ziemlich gut: 7. Einem Schüler konnte das Zeugnis der Reise nicht erteilt werden. Das Wintersemester beginnt am 4. Oktober.

Eine Aufnahmeprüfung findet für Schüler, die sich vor dem 4. Oktober noch in der Geschäftsstelle der Technischen Lehranstalten, Wächterstraße 13, anmelden, nur noch am 4., 5. und 6. Oktober statt.

Was Säuglingsfürsorge zu leisten vermag, das zeigen uns die Feststellungen, die man in Königsberg gemacht hat und über die eine Denkschrift der preussischen Regierung berichtet. Während in Königsberg nämlich im ersten Halbjahr 1924 von 100 Lebendgeborenen 10,05 Säuglinge gestorben sind, starben von den Säuglingen in Fürsorge unter 100 nur 4,32. Das beweist nicht nur, wie wertvoll die Fürsorge ist, sondern es zeigt auch, unter welcher erbärmlichen Verhältnissen die meisten Menschen das Licht der Welt erblickten, das erst die Fürsorge einsehen muß, um die Sterblichkeit dieser jungen Menschen auf ein erträgliches Maß herabzumindern.

Leipziger Luftpostverkehr. Vom 27. September an werden folgende Luftpostverbindungen neu eingerichtet: 1. nach Berlin (an 9,35 vorm.), Danzig (an 3,10 nachm.), Königsberg (Br.) (an 4,40 nachm.), Marienburg (Westpr.) (an 4,0 nachm.), Elbing (an 4,10 nachm.), und Allenstein (an 5,40 nachm.); 2. nach Chemnitz (an 5,15 nachm.) und Plauen Vogtl. (an 5,20 nachm.). Die Schlüsselzeit für gewöhnliche Luftpostbriefsendungen tritt beim Luftpostamt Leipzig C 2 (Brandenburger Straße 2) ein zu 1. um 7,15 vorm. und zu 2. um 3,30 nachm. An Sonntagen ruht der Flugdienst.

Die Verlegung der 6. Polizeiwache und die Umgestaltung der 10. Polizeiwache erfolgt nicht, wie bereits veröffentlicht, am 30. September, sondern erst am 1. Oktober 1926. Unvorhergesehene technische Schwierigkeiten machten diese Verrückung nötig.

Der Wohnungsnachweis des Meßamtes teilt mit, daß sich keine Geschäftsstelle ab 1. Oktober in den Räumen des Internationalen Verkehrsvereins des Leipziger Meßamtes, Markt 4, befindet. Die Rückzahlung der Hinterlegungsgebühren für Meßermietung erfolgt an dieser Stelle.

Waldwanderung. Das Naturkundliche Heimatmuseum am Fleischerplatz (Eingang Lohngasse 3) veranstaltet Sonntag, den 3. Oktober, 8 Uhr morgens, vom Leuzschener Bahnhof aus eine Führung: "Bäume und Stränder im Herzschma und Herblischer Vogelstein." (Führer: F. Kuhn). Die Teilnahme an der Führung ist frei.

Genossenschaftliche Großfleischerei.

Einer der bedeutendsten Eigenbetriebe des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz ist die Großfleischerei in Connewitz, Frohburgerstraße 33. Sie hat sich aus der im Jahre 1909 vom Connewitzer Konsumverein gegründeten Fleischerabteilung entwickelt, die nach Liquidierung dieses Vereins am 9. März 1905 mit 14 Fleischverarbeitungsstellen vom Konsumverein Leipzig-Plagwitz übernommen wurde. Es fehlte damals nicht an Stimmen, die in die Zweckmäßigkeit des genossenschaftlichen Fleischerbetriebes starke Zweifel setzten, wurden doch die Schwierigkeiten, in denen die Connewitzer Genossenschaft geraten war, mit auf die Fleischerabteilung zurückgeführt. Aber schließlich gelang es, den scharfen Wettbewerb mit dem privaten Fleischhandel aufzunehmen. Umfang und Umfang der genossenschaftlichen Fleischerabteilung stieg, so daß im Jahre 1914/15 für 4.306.310,84 Mark umgelegt und 21.506 Stück Vieh verbraucht wurden. Der Krieg, die Nachkriegszeit und die Inflation haben auch den Fleischerbetrieb der Genossenschaft in seiner Weiterentwicklung gehindert und zeitweise gefährdet. Erst nach der Stabilisierung der Währung gelang es, mancher Schwierigkeiten Herr zu werden und die Bahn für die weitere Aufwärtsentwicklung wieder freizumachen.

Die Eröffnung zweier mustergeräthiger Fleischverarbeitungsstellen vor einigen Tagen legt Zeugnis von der Leistungsfähigkeit und der gesunden Geschäftsgrundlage der Genossenschaftsfleischerei ab. Der Umsatz der Fleischereiabteilung, die seit längerer Zeit die Bezeichnung "Großfleischerei" führt, beläuft sich im Geschäftsjahr 1925/26 auf 4.029.203,78 Mark in den Fleischverarbeitungsstellen. Dazu kommt der Fleischwarenumsatz in den Kolonialwarenverarbeitungsstellen sowie sonstiger Umsatz in Höhe von 1.083.040,32 Mark, so daß ein Gesamtumsatz von 5.112.244,10 Mark erzielt worden ist. Der Verbrauch an Schlachtwiech betrug 24.000 Stück, zu deren Transport etwa 1000 Eisenbahnwagen notwendig waren. Wenn diese Schlachtwiech hintereinander getrieben würden, ergäbe sich eine Länge von 12 Kilometern.

Die regelmäßige Versorgung der 25 genossenschaftlichen Fleischverarbeitungsstellen mit Fleischwaren erfordert selbstverständlich eine gute Organisation, die geschäftlich auf der Höhe ist und in jeder Beziehung auch in der Warenqualität nur das Beste bietet, ist doch oberster Grundsatz der Genossenschaft, bei niedrigsten Preisen hochwertige, hygienisch einwandfreie Qualitätsware zu liefern. Daran ist die Connewitzer Großfleischerei der Genossenschaft eingestellt, in der bei der Behandlung und Verwertung des Fleisches in technischer und hygienischer Hinsicht beachtet und angewandt wird, was in einer modernen Großschlachtereier erforderlich ist.

Eine 50 PS Kraftmaschine und eine 30 PS Refreschmaschine versorgen die Großfleischerei der Genossenschaft mit der nötigen elektrischen Energie zum Antrieb der Arbeitsmaschinen. Von ihrer Kraft wird auch eine Kühlmachine gespeist, die täglich 200 Zentner Eis fabrizieren kann und die zwei Beliebskühlräumen Ralte bis zu 12 Grad unter Null zuführt. Außer diesen hat die Genossenschaft zwei Kühlräume auf dem Schlachthof gemietet.

In der Darmfleischerei werden die Därme zum Teil durch Maschinen gereinigt und auf ihre Eignung geprüft. In dem Fabrikationsbetrieb wird das Fleisch auf mechanische Weise zu den verschiedenen Wurstarten und Fleischwaren verarbeitet. Der sogenannte Fleischkutter verarbeitet das Fleisch zu feiner Wurstmasse. Drei große Fleischwäße mit Motorantrieb können in einer Stunde 20 Zentner Wurstfüllung herstellen. Der Neuschneider oder "Hadeper" wiegt mit seinen riesigen neun Messern Fleisch für Zeroclotmurst und ähnliche Wurstarten. Eine Wurstmaschine macht die Wurstfüllung, ohne daß an der Mischung, außer der Zuführung des Rohmaterials, menschliche Hände beteiligt sind. Neun "Wurstspritzen" und eine "Motorpresse" können an einem Tage 40 Zentner Wurst füllen. In sechs großen Wurstkesseln wird die dazu bestimmte Wurst gekocht. Sie gelangt von hier auf einen der 3 Wurstböden oder in einer der sechs Kauderkammern, die mit Rauch von vergammelnden Buchenholzspänen angefüllt sind. Eine eigene Gemülmühle versorgt den Betrieb mit dem nötigen Gemüze. In der Delikatessabteilung werden die besonderen Lederbissen zubereitet, wobei nur gute Zutaten Verwendung finden.

Im Bäckelfeld befinden sich 60 Bäckelfässer, die je 12 Zentner Bäckelfleisch fassen können, so daß 1500 Zentner Fleisch zum Pökeln untergebracht werden können. Nicht weit davon entfernt ist der Raum für die Ristenwäscherei. Hier werden die Risten, in denen die Fleischwaren nach den Verkaufsstellen transportiert werden, nach jedem Gebrauch gründlich gewaschen. In dem Expeditionsraum wird die Ware für die Verkaufsstellen abgehoben, in Kisten verpackt und auf die an der Rampe stehenden Autos verladen. Täglich wird von hier Ware im Gewicht von 40.000 Pfund verpackt. Nicht mit eingerechnet ist das Gefrierfleisch, das direkt nach den Fleischverarbeitungsstellen transportiert wird. Die Genossenschaft beschäftigt in der Fleischerei 108 und in den Fleischverarbeitungsstellen 142 Personen. Die Großfleischerei des Plagwitzer Konsumvereins legt Zeugnis davon ab, was genossenschaftlicher Zusammenschluß der Konsumenten und genossenschaftlich organisierter Warenbezug vermag. Leider beden immer noch viele Mitglieder der Genossenschaft ihren Bedarf an Fleischwaren nicht in der Genossenschaft oder nur in geringem Umfang, so daß die Leistungsfähigkeit des Fleischereibetriebes noch nicht voll ausgenutzt werden kann. Solche Genossenschaftsmitglieder unterlassen nicht nur den privaten Fleischhandel und verhindern die rationelle Ausnutzung des genossenschaftlichen Produktionsbetriebes, sie erschweren auch den weiteren Ausbau und die technische Vervollkommnung der genossenschaftlichen Großfleischerei. Je größer ihr Umsatz, um so größer auch ihre Leistungsfähigkeit und der Gewinn, der den Genossenschaftsmitgliedern in der Lieferung hochwertiger Ware, der Rückvergütung und der Vergrößerung des Genossenschaftsunternehmens zutrifft. Mögen deshalb die Mitglieder des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz noch mehr als bisher ihren Fleischbedarf in der Genossenschaft decken.

Ein Ehepaar gemeinsam in den Tod gegangen. In einem Hause in der Teufelsstraße hat in der Nacht zum Mittwoch ein Ehepaar den Tod gesucht und gefunden. Mitbewohner des Hauses bemerkten vor der Wohnung der Verstorbenen Geräusche. Sie benachrichtigten die Polizei. Nachdem diese in die Wohnung eingedrungen, fanden sie die Eheleute in der Küche, auf Stühlen sitzend, tot vor. Der Gashahn war geöffnet. Der Ehemann ist ein im 55. Lebensjahre stehender Handlungsgehilfe. Die Frau war seit langem schwer leidend. Die nähere Untersuchung der Umstände, unter denen die Leichen vorgefunden wurden, ergab zweifelsfrei, daß die beiden freiwillig aus dem Leben geschieden waren.

Schwere Verwundungen erlitten zwei Arbeiter, die am Mittwochmittag in einer Fabrik in Wodau mit einem Karbidbrennapparat beschäftigt waren. Eine ausgebrannte Karbidpatrone sollte entleert werden, dabei kam einer der Arbeiter mit einem glühenden Stück Eisen den aus den Karbidbrennern aufsteigenden Gasen zu nahe. Die dadurch hervorgerufene Stichflamme verletzten beide Arbeiter schwer im Gesicht und an den Händen. Beide Verletzte mußten nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht werden.

Rechtsgehen auf Fußsteigen

Polizeinachrichten

Auffindung der Leiche eines Neugeborenen. Am Dienstag, dem 28. d. M., in der 11. Vormittagsstunde, wurde auf einem unbauten Grundstück an der Primavesistraße der männliche Leichnam eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Ob das Kind noch der Geburt gelebt hat, wird die gerichtliche Untersuchung ergeben. Der Leichnam, der um den Leib eine Binde aus dünnem weißem Stoff trug, war verpackt in einem Bogen braunes Papier und dem Hauptkops und vier Beilagen der Leipziger Neuesten Nachrichten vom 28. d. M. Angaben zur Ermittlung der Angehörigen teilte man schnellstens dem Kriminalamt mit.

Töblich überfahren. Auf der Tiroterstraße in unmittelbarer Nähe der Tierärztlichen Hochschule ist am Dienstag in der 2. Nachmittagsstunde ein 24jähriger Hilfsarbeiter der Hochschule durch einen Straßenbahnzug der Linie 18 getötet worden. Es wurde festgestellt, daß der Verunglückte versucht hat, auf den in voller Fahrt vorüberfahrenden Straßenbahnzug aufzuspringen, dabei zu Falle gekommen und ein großes Stück geschleift worden ist, ehe das Bahnpersonal, das im Innern der Wagen beschäftigt war, vom Anfall etwas bemerkt hatte. Fremdes Verschulden liegt nicht vor. Zur völligen Klärung des Anfalles ist es erforderlich, daß sich noch weitere Zeugen, die bestimmte Angaben zur Sache zu machen vermögen, sich recht bald bei dem Kriminalamt melden.

Von einem Motorradfahrer umgerissen. Am 27. Juli, abends gegen 1/9 Uhr, ist auf der Einmündung der Straße "An der Tabakmühle" in die Kaiserin-Augusta-Straße eine Radfahrer durch einen in die erstgenannte Straße in schneller Fahrt einbleibenden Motorradfahrer zu Falle gebracht worden, wobei sie einen linksseitigen Knöchelbruch erlitt. Der in ihrer Begleitung befindliche Ehemann glaubt an dem Motorrad, dessen Führer ihm die Angabe seines Namens verweigerte, die Erkennungsnummer III 16339 oder 16239 erkannt zu haben. Die Erörterungen haben aber ergeben, daß er sich irrt. Die Nummer wird eine ähnliche Zusammenstellung haben. Das Kriminalamt hat Interesse, den Führer des Motorrades zu ermitteln. Wer Angaben zur Sache zu machen vermag, wird gebeten, dem Kriminalamt seine Adresse mitzuteilen.

Vom Lastkraftwagen überfahren. Am Dienstagvormittag ist auf der Würzburger Straße ein Radfahrer durch einen ihn links überholenden Lastkraftwagen vom Rade gerissen und überfahren worden. Er erlitt schwere Verletzungen am linken Beine. Der Anfall geschah an einer Stelle der Straße, die durch einen dort haltenden anderen Lastkraftwagen hart verengt war.

S. Breßer, Richard-Wagner-Str. 12, Herrenfelderfabrik, liefert unter Ausschaltung des Zwischenhändlers direkt an Private Herren-, Damen- und Kinderkleidung sowie auch Oberhemden und Sportwecken. Lebermann erhält Kredit. Außerdem brauchen Bekannte und Bekannte keine Zeit zum Einkauf, da die erste Zahlung im nächstfolgenden Monat erfolgen kann. Die erst vor kurzer Zeit eröffnete Mahabteilung erteilt sich eines regen Zuspruchs, da man Unterfertigung inkl. Zusätzen bereits von 28 Mk. bei garantiert gutem erhält. Es soll noch bemerkt werden, daß es kein übliches Mahabteilungsgeschäft ist.

Zurückgekehrt zu ihren Angehörigen ist die Heizersechfrau Emil May geb. Mahler sowie der Arbeitsburische Paul Trost. Ermittelt ist der Aufenthalt der Spinnerarbeiterin Emma Franke aus Gaußh. — Ferner ist ermittelt der Aufenthalt des Elbboten Helmut Träger.



Schönheit ist der kostbarste Besitz jeder Frau. Ihre Pflege verlängert die Jugend, macht begehrt und glücklich. Elida Idealseife ist reiner, milder und viel besser parfümiert. Sei schön durch ELIDA IDEAL-SEIFE Die Luxusseife für 80 Pfennige

Sächsische Angelegenheiten

Der Hausstrich bei den Ordnungsblocbrüdern.

Die sächsischen Wehrverbände: Stahlhelm, Wikingbund, Wehrwolf, Reichsflagge und der Jungdeutsche Bund haben einen Hausstrich gegen die Demokraten und auch gegen die Deutsche Volkspartei geschleudert, weil diese Parteien es abgelehnt haben, im Falle einer nationalen Mehrheit bindende Abmachungen für die Zeit nach der Wahl einzugehen. Die Unterzeichner erklären feierlichst:

„Uns kann niemand jammern, solche Parteien noch zu unterstützen.“

Da hört natürlich die Gemütslichkeit auch in Sachsen auf. Daher läßt die Deutsche Volkspartei Ost Sachsens eine bißige Erklärung los, in der die Wehrverbände wie dumme Jungen behandelt werden. Mit Bosheit stellt die Deutsche Volkspartei fest, daß die Wehrverbände selbst nicht gewußt hätten, was sie wollten. Übrigens sei die Erklärung der Wehrverbände gerade von der größten Organisation, vom „Jungdeutschen Orden“, nicht mit unterzeichnet worden. Schließlich wird den Wehrverbänden abgedroht, ihr Schritt sei unklug und kurzfristig; sie hätten damit nur Schaden.

„Und es will uns schier bedünken, daß der Rabbi, daß der Mönch, daß sie alle beide stinken.“

Landeswahlgesetz und Schulüberleitungsgesetz.

In der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses wurde zunächst die Regierungsvorlage über die Aenderung des Landeswahlgesetzes angenommen. Der Antrag Blüher, der die Erfassung der Reststimmen bezweckt, fand in der ersten Beratung eine Zufallsmehrheit, wurde aber in der zweiten Beratung mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Von der Tagesordnung abgesetzt wurde das Schulüberleitungsgesetz und die Vorlage über die Zusammenlegung von Grundstücken. Durch diesen Beschluß ist zugleich darüber entschieden, daß diese Vorlagen von diesem Landtage nicht mehr verabschiedet werden. Den Verlagsanträgen über das Schulüberleitungsgesetz stimmten selbst die Koalitionsparteien zu. Die Regierung befindet sich also bereits im Zustande der Auflösung. Im Anschluß erledigte der Ausschuß noch einige Strafverfolgungsanträge.

Mieter und Landtagswahl.

Der Landesverbandsausschuß Sachsen im Bund Deutscher Mietervereine hat folgende Entschiedenheit zu den Landtags- und Gemeindevahlen einstimmig angenommen:

„Der in Dresden verammelte Landesverbandsausschuß im Bund Deutscher Mietervereine, e. V., Sitz Dresden, erwartet von den politischen Parteien, daß sie sich in Zukunft für eine Wohnungsgesetzgebung einsetzen, deren Grundlage im Reichsmietengesetz, dem Mieterbeschutzgesetz und dem Wohnungsmangelgesetz gegeben ist. Der sächsische Mieterschutz wird empfohlen, bei ihren Parteien dahin zu wirken, daß nur solche Kandidaten aufgestellt werden, die für eine den Bedürfnissen des Volkes entsprechende, auf sozialer Grundlage aufgebauten Wohnungsgesetzgebung eintreten und nur solchen Kandidaten und Parteien ihre Stimme geben. Parteien, die zu dem besonderen Zweck aufstehen, den Mieterschutz zu beseitigen, um für den Hausbesitz zum Schaden der Allgemeinheit Sondergewinne herauszuschöpfen, sind zu bekämpfen.“

Die Kollage der Gemeinden.

Der Haushaltsausschuß A beschäftigte sich mit einem Antrag von Rat und Stadtverordneten der Stadt Meißen, der Landtag und Regierung auffordert, „bei der Regierung darauf zu dringen, daß den Gemeinden zur Erfüllung der ihnen übertragenen Pflichten Aufgaben und Bedingnisse in hinreichender Höhe überwiesen oder die Wohlfahrtspflege teilweise auf Reichskosten übernommen werde.“ Der Antrag wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Von deutschnationaler Seite wurden die Gemeinden zu größter Sparsamkeit ermahnt. Von unseren Genossen wurde erneut darauf hingewiesen, daß es sich immer deutlicher zeigt, daß die soziale Politik der Reichsparteien, den Gemeinden immer mehr Aufgaben ohne die nötigen Mittel zu übertragen, zum Ruin der Gemeinden führen müsse.

Gimpelfang.

Der Volksparteiliche Blüher hat für seine Fraktion im Landtag folgende Anträge eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zur unvollständigen Behebung der Arbeitslosigkeit umgehend dem Landtag eine Vorlage zu unterbreiten, durch welche ausreichende Anleihenmittel für größere öffentliche Bauten (Hochbauten, Tiefbauten, Wasserbauten usw.) zur Verfügung gestellt werden, und weiter die Anträge für die im nächsten Haushalt vorgesehenen laufenden Arbeiten möglichst schon jetzt oder im Laufe des nächsten Monats zu vergeben.“

Derselbe Herr Blüher hat am Dienstag im Haushaltsausschuß A

des Landtags den sozialdemokratischen Antrag, 30 Millionen Mark Anleihe für den Bau von Wohnungen aufzubringen, während der Kämpfe.

Keine Sorge ums Alter mehr!

Unter dieser Ueberschrift meldet die Sächsische Staatszeitung am 24. September 1926:

„Im Juni dieses Jahres wurde auf dem Verbandstage des **Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes** die Einführung einer Altersfürsorge einstimmig gutgeheißen. Von der Verwaltung und dem Aufsichtsrat des D.H.V. sind nunmehr die Ausführungsbestimmungen für die Gewährung von Altersfürsorge und Sterbegeld zusammen mit einer Erweiterung der Bestimmungen für die Deutschnationale Stellenlokalität beschlossen. Nach diesen Beschlüssen wird den Mitgliedern des D.H.V. beim Zurückgehen mit 25 Mitgliedsjahren ein Altersruhegeld von 60. Lebensjahr an in der Mindesthöhe von 30 Mark monatlich gewährt, sobald sie ohne Erwerb sind. (Die Leistungen beginnen mit dem 1. Januar 1927.) — Da das Ruhegeld der Angestelltenversicherung in der Regel erst nach Vollendung des 65. Lebensjahres, vorher nur bei eintretender Berufsunfähigkeit, gewährt wird, sind die Jahre von 60 bis 65 besonders leitlich. Für den lausnännlichen Angestellten ist deshalb ein Altersruhegeld, der bereits mit dem 60. Lebensjahre wirksam wird, um so wertvoller.“

„Münzlos Mark monatlich Altersrente ohne Erwerb nennt die Sächsische Staatszeitung „Keine Sorge ums Alter mehr!“ Das schreibt Bethe!“

Arbeitsgemeinschaft der Jugend.

Der Landesausschuß Sachsen der deutschen Jugendverbände hatte für Sonnabend, den 18. September 1926, die zur Zeit in Sachsen bestehenden Ortsausschüsse der Jugendverbände, deren Aufgabe es ist, die örtlichen Jugendgruppen zusammenzufassen, ihre Arbeit zu fördern und die Verbindung mit den Jugendämtern herzustellen, zu einer Sitzung nach Dresden eingeladen. Fast alle Ortsausschüsse waren der Einladung gefolgt. Im Rahmen der Sitzung sprach der Geschäftsführer des Landesausschusses über die Notwendigkeit des örtlichen Zusammenstehens der Jugendgruppen, den gegenwärtigen Stand der Bildung von Ortsausschüssen in Sachsen und die geplante Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der Ortsausschüsse. Nach einer mehrstündigen Aussprache wurde die Arbeitsgemeinschaft der Orts- und Bezirksausschüsse der Jugendverbände im Freistaat Sachsen gegründet, die den Zweck hat, die Arbeit dieser Ausschüsse zu fördern, Anregungen und Erleichterungen zu vermitteln und die Interessen der schulentlassenen Jugend vorzubereiten zu helfen. Als besonders wichtig wurde in der Aussprache herausgestellt, daß zur Erfassung der Jugendgruppen in den einzelnen kleinen Städten und ländlichen Gemeinden Bezirksausschüsse der Jugendbewegung und Jugendpflege ins Leben gerufen werden, damit nicht nur für die Jugend der bezirksfreien Städte, sondern auch für die Jugend in den Amtshauptmannschaften die Verbindung mit dem Landesausschuß Sachsen der deutschen Jugendverbände gegeben wird. Es darf erwartet werden, daß diese Anregung im Lande auf fruchtbaren Boden fällt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Orts- und Bezirksausschüsse ist eng mit dem Landesausschuß Sachsen der deutschen Jugendverbände verknüpft. Einige Vorstandsmitglieder des Landesausschusses sind zugleich Vorstandsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Ebenso steht der Arbeitsgemeinschaft die Geschäftsstelle des Landesausschusses Dresden II., Amalienstraße 9, II., Fernsprecher 28 037, zur Verfügung. Orts- und Bezirksausschüsse, die ein Interesse an einer engeren Verbindung mit dem Landesausschuß haben, werden gebeten, sich mit der genannten Geschäftsstelle in Verbindung zu setzen.

Immer noch keine Besserung am Arbeitsmarkt.

Einem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung über die Lage am sächsischen Arbeitsmarkt in der Zeit vom 19. bis 25. September entnehmen wir: Von einer Besserung der Gesamtarbeitsmarktlage kann allgemein auch in dieser Berichtswoche nicht gesprochen werden, obgleich durch erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften in einzelnen Berufsgruppen die Zahl der unterstühten Erwerbslosen nicht unbeträchtlich zurückgegangen ist. Letztere betrug am Anfang dieser Berichtswoche 173 130 (128 634 männliche und 44 505 weibliche), und die Zahl der Zuschlagsempfänger 138 307, so daß seit dem 1. d. M. ein Rückgang der Hauptunterstützungsempfänger von 7624 und der Zuschlagsempfänger von 8897 verzeichnet werden konnte. In der Summe der Hauptunterstützungsempfänger sind 8381 Erwerbslose unter 18 Jahren enthalten. Außer den unterstützten Erwerbslosen wurden noch 14 881 anrechnungsfähige Nichterwerbslose gemeldet. In der vorhergehenden Kalenderwoche sind 1503 Erwerbslose als Pflichtarbeiter beschäftigt worden.

Mandatsumme Deutschnationale. Die bürgerliche Presse meldet: Der deutschnationalen Fraktionsführer Dr. Weutler und der

Leipziger Reichsgerichtsrat Gündel hätten die Kandidatur für die bevorstehenden Landtagswahlen abgelehnt. Als Grund für die Ablehnung wird Arbeitsüberhäufung angegeben. Für Gündel kann das kaum zutreffen, denn er gehört ja zu den glücklich Bevorzugten, die als Beamte ihr Mandat ungehindert durch berufliche Verpflichtungen ausüben können, was wirklich nicht als Arbeitsüberhäufung bezeichnet werden kann.

Dresden. Geständnis einer Doppelmörderin nach zwölf Jahren. Vor einem Dutzend Jahren ereignete in Dresden und Umgebung eine Mordtat in einer Wohnung der Holbeinstrasse und eine Mordtat in einer Wohnung am Terrassenufer großes Aufsehen. In beiden Fällen waren die Opfer wehrlose ältere Frauen, die stranguliert wurden. Als Täterin wurde eine Frau Müller geb. Wiggandt ermittelt, auf das Fingerringdruckerfahren von den Geschworenen zum Tode verurteilt, aber vom König begnadigt. Nun hat Frau Müller, die leinerecht und auch später hartnäckig leugnete, vor kurzem im Justizhaus in Radheim beide Mordtaten eingestanden.

Chemnitz. Aus Uebermut in den Tod. Während der Mittagspause kletterte ein 16 Jahre alter Mechanikerlehrling, um seine Knie zu zeigen, im Hofe seiner Werkstatt an einem Schornstein hinauf. Nachdem er ungefähr 7 bis 8 Stiegeisen erklettert hatte, glitt er aus und fiel so unglücklich, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb, ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen zu haben.

Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 30. September. Rundfunk (Wirtschaft): 10 Uhr: Wirtschaftsberichte: Holz- und Baumwollpreise; amerik. Metallmengen des Vorabends. 2.45 Uhr: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del Notiz. 3.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktendörse amtlich. 5.15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus bzw. Verkehrsfunk. 6 Uhr: Wirtschaftsberichte: Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktendörse, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 6.20 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft. Rundfunk (Unterhaltung und Belebung): 10.05 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterbericht. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage. 12 Uhr: Mittagsummisch auf der Spield-Planeta. 12.55 Uhr: Naener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3-4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle). 3 Uhr: Prof. Amiel und Oberschullehrer Westermann: Einzelstundezeit. 3.35 Uhr: Lektor Wilma Wöndelberg-Kolmar: „Auffassung oder Erlassen.“ 4.30-5.15 und 5.30-6 Uhr: Unter Nachmittags. Adolf Karnbach (Gehung) und Instrumentalvorträge für Klavier, Klarinette und Trompete von Mitgliedern des Leipziger Rundfunkorchesters. Klavierbegleitung: Dr. F. A. Dusek. 6.30-6.45 Uhr: Aufwertungsgrundriss. 6.45-7 Uhr: Steuergrundriss. 7-7.30 Uhr: Prof. Dr. Siegel: „Medizin und Naturwissenschaft.“ 7.30-8 Uhr: Musikschiller Ernst Smigelski: „Operette.“ Uebersetzung auf die Deutsche Welle. 8 Uhr: Sinfoniekonzert. Dirigent: Alfred Szent. Solist: Professor Henry Marteau (Violin). Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Solocello: Armin Kintallin. Solobass: Max Hellriegel. 9.50 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. Ab 10.30 Uhr: Funkstille.

Freitag, den 1. Oktober. Rundfunk (Wirtschaft): 10 Uhr: Wirtschaftsberichte: Holz- und Baumwollpreise; amerik. Metallmengen des Vorabends. 2.45 Uhr: Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del Notiz. 3.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktendörse amtlich. 5.15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus bzw. Verkehrsfunk. 6 Uhr: Wirtschaftsberichte: Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktendörse, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 6.20 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft. Rundfunk (Unterhaltung und Belebung): 10.05 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterbericht. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage. 12 Uhr: Mittagsummisch (Schallplattenkonzert) auf dem Sprechapparat der Firma Jul. Fein. Zimmermann. 12.55 Uhr: Naener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3-4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle). 3 Uhr: C. M. Alster und Fel. van Esjeren: Spanisch. 3.35 Uhr: Karl Graef: „Der Sprechapparat des Menschen. Bau und Wirkungsweise.“ 4-4.30 Uhr: Leuproben aus den Neuerscheinungen auf dem Leipziger Markt. 4.30-5.15 und 5.30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 7.15-7.45 Uhr: Dr. Frh. Richter, Götz. Serumwerk. „Aus der Werkstatt des Bakteriologen.“ 7.45-8.15 Uhr: Frau Regierungsrat a. D. Dr. Else Ulich-Bent: „Luise Otto-Peters und die Gründung des Allgemeinen deutschen Frauenvereins.“ 8.15 Uhr: Wettervorhersage. 8.0 Uhr: Die Gärtnerei aus Liebe. Romische Oper von W. A. Mozart. Neu bearbeitet in einem Akt von Oscar, Vie. Musikalische Leitung: Theodor Blumer. Spielleitung: Carl Bluman. Orchester: Das Dresdener Rundfunkorchester. 10.15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.30 Uhr: Funkstille. Mitwirkende: Lotte Loos-Verther-Weimar, Frh. Stauffert-Weimar, Herbert Gaertner-Weimar.

Ueber die Hälfte billiger
als Tätenfisch
verkaufe ich diese Woche:
Prachtvolle blutfrische
Schellfische
Goldbarsch 25/30
Rabeljau
Alles im Anschnitt
Grüne Herlinge
3 Pfund 50
Fett-Schotten
10 Stück 75
etwas kleiner
10 Stück 50
Paul Baumann
Fischwaren-Großhandlung
Windmühlenstr. 42.

Rutenkartoffeln
Marke „Industrie“ und „Brechen“ pro Rute zu 2.50 Mk. und 2 Mk. werden abgegeben. Ausgabedate: Freitag, den 1. Sonnabend, den 2. Sonntag, den 3. Okt. früh 11 bis abends 5 Uhr. Merseburger Landstraße Nähe Bahnhof Mühlendamm. Rittergut Gundorf bei Weipitz!

Die Zigarette für die Arbeitspause



muß einen besonderen Genuß bieten. Man wird zugeben müssen, daß ihrer Wahl nicht weniger Sorgfalt gewidmet werden soll, wie der Zigarette für die Mußestunde. Schon indem man sich nach einer Anstrengung eine Zigarette anzündet, kann man sich auf die gediegenste Weise belohnen. Entspannung von der Konzentration der Arbeit, wohlthätige Erfrischung, das sind die angenehmen Folgen eines solchen Zigaretten-genusses, der eine geistige Erholung und eine Erquickung für den Körper bedeutet, wie sie von keinem anderen Genußmittel gespendet werden. Alle Eigenschaften, die zu dieser trefflichen Wirkung führen, wohnen der

GREILING-SCHWARZ-WEISS zu 4 M
inne, die sich für den Genuß in der Arbeitspause in ganz unvergleichlichem Sinne eignet. Ihr duftiges Aroma, ihr würziger Geschmack lassen Verstimmungen leicht überwinden, wie denn überhaupt der Genuß von Greiling-Schwarz-Weiß das immer zu begrüßende Resultat zeitigt, die erschöpften Kräfte neu anzuregen und jeder Ermüdung entgegenzuwirken.

Fünf Monate Bergbaukampf.

Der Schaden für die Wirtschaft Englands

Als die Grubenlords am 1. Mai eine Million Bergarbeiter aussperrten, haben sie bestimmt nicht mit einer so langen Dauer des Kampfes gerechnet.

So ist es denn gekommen, daß sich beide Gegner jetzt schon fünf Monate lang auf dem Kampf gegenüberstehen.

Wie wenig Erfolg das mächtigste Unternehmertum mit der publizistischen Einschüchterung der Bergleute hatte, zeigt die geringe Zahl der Arbeitswilligen.

Die schwindende Gleichgültigkeit, mit der Regierung und Publikum in England dem Kampf längere Zeit zugehört haben, steht in merkwürdigem Gegensatz zu den gewaltigen Schäden, die er der Wirtschaft des Landes zufügt.

Eisenbahnen und Schifffahrt leiden zum guten Teil von den Kohlenmangeln.

Zu Beginn der Aussperrung verfügte die englische Wirtschaft über große Mengen von vorräthiger Kohle.

Table with 3 columns: Kohleneinfuhr (Tonnen), Kohlenausfuhr (Tonnen), dazu Bunkerkohle verladen (Tonnen). Rows for April 1926, Mai 1926, Juni 1926, Juli 1926, August 1926.

Die Kohleneinfuhr der ersten 4 Kampfsmonate belief sich demnach zusammen auf rund 7 Millionen Tonnen.

auf dem Rückpunkt anlangte. Denn die in den englischen Häfen an die Dampfer abgegebene Bunkerkohle stammt auch aus dem Auslande, zumindest seit Juni.

Table with 2 columns: Kohleart, Preis in Schilling. Rows for schlesische, westfälische, amerikanische Förderkohle.

Fast mit Silber aufgewogen wird der Koks, den man zur Aufrechterhaltung einiger Hochöfen aus dem Auslande bezieht.

Start gelitten hat auch Englands Eisenindustrie in bezug auf den Handel.

Table with 3 columns: Zeitraum, Einfuhr (Tonnen), Ausfuhr (Tonnen). Rows for Mai-August 1925, Mai-August 1926, Zunahme/Abnahme der Einfuhr/Ausfuhr.

Die Ausfuhr ist in Anbetracht der Kohlennot noch ziemlich bedeutend. Sie umfaßt hauptsächlich Fertigfabrikate, wie Maschinen, Draht, Bleche, deren Rohstoff vom Auslande bezogen und verarbeitet wieder ausgeführt wird.

Table with 2 columns: Produkt, Menge in Millionen Pfund. Rows for Bergbau, Eisenbahnen und Schifffahrt, Koks, etc.

Das wären zusammen 237 Millionen Pfund oder 4740 Millionen Goldmark.

Heute Entscheidung im englischen Bergarbeiterstreik.

SPD. Der Landesdelegiertenkongreß der Bergarbeiter billigte am Mittwoch einstimmig die von der Bergarbeiterregulativ in den letzten vier Wochen unternommenen Schritte und trat hierauf in eine Diskussion über die Regierungsvorschläge ein.

Neue Vorstöße gegen die Freizügigkeit der Landarbeiter.

DLB. Der „Wirtschaftsverband Mitteldeutschland e. V.“, eine Organisation, in der sich Bergbau, Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft der Provinz Sachsen, des Landes Anhalt sowie eines Teiles von Thüringen zusammengeschlossen haben, hat nach der Deutschen Tageszeitung eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gerichtet.

Landwirtschaft weitere Arbeiter entzogen werden, weil erhaltungsgemäß, insbesondere von den nicht verheirateten landwirtschaftlichen Arbeitern, das Deputat verhältnismäßig niedrig bewertet wird.

Wir bitten daher, im Interesse der Allgemeinheit wie der Landwirtschaft, insbesondere der Erhaltung deutscher landwirtschaftlicher Arbeiter, Bestimmungen dahin zu treffen, daß solche Arbeiter, die ausweislich ihrer Papiere zuletzt oder im Laufe der letzten Jahre in der Landwirtschaft tätig gewesen sind, bei Arbeitslosenarbeiten nicht beschäftigt werden dürfen.

Das ist derselbe Wunsch, der von den landwirtschaftlichen Unternehmern und ihren Organisationen schon zu unzähligen Malen bei anderer Gelegenheit geäußert wurde, und der schon des öfteren zu energischem Einspruch Veranlassung gab.

Es wäre unverantwortlich, wollte sich das Reichsarbeitsministerium von solchen Wünschen einfangen lassen.

Hohe Arbeitslosenunterstützung oder niedriger Lohn?

Im Reichsarbeitsblatt wird über Verhandlungen der Reichsarbeitsverwaltung im landwirtschaftlichen Fachauschuß in bezug auf verschiedene landwirtschaftliche Arbeitsprobleme berichtet, wobei die Unternehmer vornehmlich die Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützung bemängelten.

Erster Informationsabend des Hsa-Ortskartells.

Das Ortskartell des Hsa-Bundes veranstaltet für seine Mitarbeiter und Funktionäre gewerkschaftliche Informationsabende.

Der Internationale Gewerkschaftsbund setzte auf die Tagesordnung des vom 1. bis 8. August 1927 in Paris stattfindenden internationalen Gewerkschaftskongresses folgende Punkte:

Advertisement for 'Bofur-Waage' and 'Wichsmädel' with an image of a woman and a scale.

Der Kondor.

Stephan ist zwischen den dicken Säulen hindurchgegangen, hat sich verneigt in die Hände und freilich den Elefanten. „Was, was, was!“

— So rede doch endlich mal! — Und er schlägt mit der Faust in die hohle Hand. „Na, ich sag' doch eben. Der Direktor, der ist heute auch erst früh gekommen und er hat sie erwählt, wie sie von drüben gefagt kam.“

— So rede doch endlich mal! — Und er schlägt mit der Faust in die hohle Hand. „Na, ich sag' doch eben. Der Direktor, der ist heute auch erst früh gekommen und er hat sie erwählt, wie sie von drüben gefagt kam.“

Gerichtssaal

Reichsgericht.

Schwere Zuchthausstrafen wegen Spionage verhängte am Dienstag der 5. Strafsenat gegen den Arbeiter Georg Billeter und den Dekorationsmaler Karl Kühr. Billeter aus Duisburg, ledig, 29 Jahre alt, bisher unbeschäftigt, hat nach der Anklage Ende 1925 Anfang 1926 gegen Entgelt Nachrichten an die Mittelsperion einer ausländischen Regierung gelangen lassen, die im Interesse der sogenannten Landesverteidigung als militärische Geheimnisse zu betrachten waren. Am 4. März 1926 wurde er in Münster verhaftet. Die Verhandlung gegen ihn wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt, da in den Spionageapparat des „Feindes“ hineingeleuchtet würde! Bei Zuhilfenahme mildernder Umstände erhielt der arme Schächer immer noch 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust. — Derselbe „Staatsanwalt“, der hier die zur Spionage erst verführten Handlanger der Generalstabsschreiber ins Zuchthaus schickt, unterhält selbst einen umfangreichen und kostspieligen Spionageapparat. Wer für diesen „Arbeit“ ist ein vaterländischer Held, wer für einen anderen arbeitet — ein Dumme und ein Verbrecher, er wird einfach zum Zuchthausler getrompelt. Doppelte Moral wie auf allen Gebieten bürgerlicher „Kultur“. Und alles im Zeichen von Gott. — Der 29 Jahre alte Angeklagte Karl Kühr sollte wegen Spionage nach dem Antrage des Reichsanwalts mit 8 Jahre Zuchthaus bestraft werden.

haus erhalten. Kühr hatte wegen Spionage bereits 4 Jahre im Zuchthaus zugebracht. Nach Verhängung der Strafe war er als von der deutschen Regierung beauftragter Spion tätig. Doch nahm er bald seine alten Verbindungen wieder auf und „arbeitete“ praktisch-weise gleichzeitig für Belgien und Deutschland! Er lieferte Wehrfreisverordnungsblätter, die aber völlig wertlos waren, da sie sich nicht mehr in Geltung befanden. Als der belgische Agent wichtige Sachen von ihm forderte, wurde ihm die Sache doch zu ungemütlich und er stellte sich selbst der Polizei. Dieses kostlose Tun kostete ihm eine Strafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis. — Dieses Beispiel kann als Muster für die Schändlichkeit der militärischen Spionage, die sich selbst feig im Hintergrunde halten und Proleten für sich bluten lassen, bezeichnet werden.

Gemeinames Schöffengericht.

Mancherlei Betrüger. Der kapitalistische Mensch will beim Kampf aller gegen alle schnell reich werden, das heißt, ein recht großes arbeitsloses Einkommen erzielen. Großen Vorbildern will er nachsehen. Das Schicksal mancher amerikanischer Dollarmillionäre — vom Lumpensammler zum Eisenmagazin — treibt ihn zu solchem Tun. Nun haben aber die Aufsteiger des Kapitalismus zu ihrem Schutze unter anderem auch das schöne Sprichwort „Ehrlich währt am längsten“ erfunden. Um „schnell reich zu werden“, muß man zunächst nicht nach diesem Sprichwort

handeln. Das bringt aber die weniger raffinierten wiederum mit dem zum Schutze des dreimal heiligen Privateigentums geschaffenen Strafrecht in Konflikt. Als Betrüger, Urkundenfälscher und Unterschläger werden sie von der Justizmehrmehrheit abgeurteilt. Ein Bankangestellter, 30 Jahre alt, verheiratet — ein Kind — erschau aus seinen täglichen Buchungen, welche fetten Geschäfte seine „Brotgeber“ machten. Er verglich die Profite mit seinem täglichen Gehalt und der Gedanke tauchte auf, auch einmal — und sei es nur ein einziges Mal — arbeitsloses Einkommen zu beziehen. Zum Beispiel könnten tausend Mark seine wirtschaftlichen Verhältnisse mit einem Schlage auf einige Zeit gesunden lassen. Die Gelegenheit ergab sich natürlich bald. Einem reichen Manne standen 1500 Mark Dividende von einem seiner zahlreichen Wertpapiere zu. Der Angestellte rabierte auf der Gusschrift die Eins weg, so daß nur noch 500 Mark stehen blieben. Die 1000 Mark wollte der Mann für sich erheben. Doch kam er nicht in den Genuß dieses arbeitslosen Einkommens, sondern er muß nun 2 Monate im Gefängnis zubringen. Trotzdem er noch nie norddeutsch war, billigte man die in diesem Falle unzweifelhaft angebrachte Bewährungsfrist nicht zu. Warum? Was gibt es hier schon durch das Abgehen der Strafe zu „bessern“? Hier sind doch lediglich die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern!

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Die unterzeichneten Volkschöre (ca. 200 Sängerinnen, 120 Sänger und Kinderchor), welche gemeinsam konzertieren, suchen infolge Wegzuges des nach Berlin berufenen bisherigen Leiters, Herrn Walter Hänel, einen neuen

Dirigenten

für wöchentlich drei Übungsabende, und zwar für zwei in Chemnitz und einen in Thalheim im Erzgebirge. Vergütung nach Vereinbarung.

Geeignete Bewerber mit entsprechender Vorbildung und Praxis werden gebeten, Angebote an Herrn Max Meinel, Chemnitz, Senefelderstrasse 30, III., einzureichen.

Chemnitzer Volkschor Volkschor Thalheim i. E.

Sausier(er)(innen)

für Vertrieb von Einkaufsbüchern ab Herbst gesucht. Leichte Verdienstmöglichkeit. Kleine Kaution Bedingung. Offerten unter C 27 an die Expedition dieses Blattes, Lauchaer Straße 19-21.

Werkzeugschlosser

erfahren in der Anfertigung von Gewindeschneidzeugen (Gasrohrschneid - Kluppen) gesucht. Nur tüchtige Fachleute, welche auch im Härten bewandert sind, wollen sich melden unter O. B. 4983 an Postfach 8 in Dortmund.

Tüchtige Näherinnen

sowie Stickerinnen für sofort gesucht. Friedrich Kusserow, Wollwarenfabrik, Demmerstraße 100.

Wäscherin

welche bereits in Wäschereien an der Maschine gearbeitet hat, desgleichen einige perfekte sowie mehrere

Hilfsplätterinnen

für Hand und Maschine sofort gesucht. Wohlwäscherlei, Gellertstr. 12-14.

Rheinliederlänger(inn) zur Laute

geh. als Einl. Richard-Banner-Str. 13 im Colé.

Geißte Vorsten- u. Kopfharnischerin

sofort in häuslicher Stellung gesucht. Offerten unter E 28 an die Expedition dieses Blattes.

Wir drucken alles
LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.-G.
LEIPZIG C1 • RUF 72206

Moderne, nur solide Fußbekleidung in höchster Vollendung
Schuhe für empfindliche Füße
Original Ochscher Filzschuhe in großer Auswahl
Bruno Hesche
Leipzig, Eisenbahnstraße 60.

Die kleine Kinder-... Herba-Seife
dringend zu empfehlen und wirkt Wunder bei
**Leipziger
Leibpfling**
So schreibt Frau J. Erdmann, Gienburg, St. M., -45, 304, verheiratet, 31. J. - 2. Kind, befragt: Ich habe Herba-Seife besonders zu empfehlen. Sie hat in all. Apoth., Drogerie u. Parf.

Neuheiten für **Herbst- u. Winter** in riesiger Auswahl
Damen- Herren- Kinder-Bekleidung
Wäsche . . . Schuhe
Teilzahlung Baumgärtel
Königsplatz 9, 1. (Neben Grassalmuseum)

Heute abend ab 6 Uhr Hochfeine
Thüringer Bratwurst vom Rost
Volkshaus Leipzig

Diverses
Ehrenerkennung. Die beleidigende Heuherung gegen Frau Anna Hessel nehme ich mit Bedauern zurück und bitte um Entschuldigung. L. Köhler, Wilsdruffer Str. 11, Martin Brauer.
Alte Hüte umform. a. neue Modelle i. einia. Tagon v. 2.50 an Hüte-Umpresserei Helene Lauckner * 15 Promenadenstr. 15
Runde Brillantbroche Silbergefäht, verloren am 20. Septemb. am Olden Uferstr. Entschäd. u. inn. Stadt. Geg. Extra-Belohn. absug. Weitzstr. 79, u.

Hamburg Kaffee-Restorel sucht bei allm. Angebot u. Bedingungen Vertreter (innen). Albert Schroeder, Hamburg 22, Holst. Kamp 24

Einladendes, lauberes u. schlichtes Mädchen, 15 u. 16 Jahre alt, ist gef. Off. u. B 28 a b Exp. b. Bl., Laub. Str. 19-21

Verkäufe

Guterhaltene Maßanzüge wiener, sehr bill. Altmanns Garderobengeschäft Preußendamm 9, I gegenüb. Althoff

Maurer- Zimmer-Kleidung Post, Schirmerstr. 23. Lad.

Küchenhandtücher, grau, gelb, rot, Stück 75 Pfg., gut u. billig. E. Heidorn, Dorotheenstrasse 2.

1a Möbel a. Bahnh. Vollmet. Stühle. Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung

Auf Kredit Schlafzimmer Rügen mit 5 Mark Anzahlung **Scherbel** Rathhausstr. 21

Kleiderchränke 58. u. 60. Bett., Küchen, Kom. Schränke Möbelwerkstatt W. Schmeißelstr. 7.

Maurer- Werkzeuge und Reparaturen Eckardt, Sophienstr. 10

Alte Geigen! Cellos, Laute Gitarren, Mandolinen, eingesp. Schüler-Geigen billige Teilzahlung ohne Vorauszahlung Wald, Hirtelstr. 5, I.

Kinderwagen u. Klappwagen billig zu verkaufen Neubau, Pflanzl. 1.

Winnwin von und
Gadbofzer, Gadbofzer
Goslmufzer
Liquoristen
Eulienstingelbörger
Hainstänger
Bodwinstingel
in 3, 6, 9, oder 12 Monaten
Ihre Liquoristen
THÜGINA
Ditttrichring 15 Eisenbahnstr. 134
Größtes Fachgeschäft Leipzigs

Auf Teilzahlung bei kleiner Anzahlung erhalten Sie
Herren- Anzüge, Paletots, Reg.-Mtl., Kleider, Mäntel, Kostüme
Damen- Pelze
Schuhwaren Leib- und Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken usw.
Kurprinzstr. 5
M. Rath & Co.
G. m. b. H.
Bequeme Teilzahlung

Die Frauenwelt ist eine unentbehrliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, Hausfrau, mittleren Beamtenstandes, alle Frauen u. jungen Mädchen, die sich mit Frauenwelt bekannt gemacht, die ihren hohen praktischen u. idealen Wert für sich erkannt haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause mühen und ähneln zu dem großen neuen Lesekreis, der von Heft zu Heft um viele Hunderte wächst.
Die Frauenwelt erscheint 14 Mal jährlich. Jedes Heft enthält die wertvollsten Neuheiten.
Setzt sich die Frau ein, jedes Heft enthält außerdem eine wertvolle, reich illustrierte Sonderbeilage **Kinderland**. Jedes Heft mit Schnittmusterbogen 40 Blätter.
Alle Ausdräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei u. G.

Geschäfts-Übernahme.
Allen lieben Freunden und Bekannten hierdurch zur Kenntnis, daß ich die von mir bereits früher über 30 Jahre innegehabte
Schweine-Schlächterelei Schützenstraße Nr. 6
mit dem heutigen Tage selbst wieder übernehme.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, durch Lieferung nur bester Qualitäten
feinster Fleisch- und Wurstwaren
bei niedrigsten Preisen mir das früher in so reichem Maße geschenkte Vertrauen wieder zu erwerben suchen, und bitte um gütigen Zuspruch.
Leipzig, Schützenstraße 6.
Telephon 21192
Gustav Rudolph.
Spezialität: Wiener und Regensburger.

GUTE GERICHTE MIT **FEINKOSTMARGARINE**
Blauband statt Butter
1/2 Pfd. 50 Pfg.

Die Firma



eröffnet die Winter-Saison mit einem

Sonder-Angebot

In Herren- und Damen-Stiefeln

Sie sind doch wohl auch der Meinung, daß es Zeit ist, sich mit wetterfestem Schuhwerk zu versehen?

Wir machen es Ihnen leicht, für den Winter zu kaufen durch unser günstiges Angebot.

Hier nur einige Beispiele:

- Schwarz und braun Boxcalf-Dam.-Schnürstiefel u. -Schuhe **7.50**
- Roßchevreau-Damen-Schnürschuhe **14.80**
- Braun Chevreau- und Boxcalf-Damen-Schnürstiefel **19.80**
- Boxcalf-Herren-Schnürstiefel **19.80**
- Ein Posten „Dr. Lahmann“ Damen- u. Herren-Chevr.- u. Boxcalf-Schnürstiefel . . . von **22.50 an**
- Ein Posten „Sorar“-Chevreau-Stiefel mit Lackkappe für Herren und Damen . . . von **22.50 an**

Ein warmer, trockener Fuß erzeugt Wohlbehagen und schützt vor Erkältung.



Spezialhaus für Schuhwaren nach modernen orthopädischen Grundsätzen

Leipzig
Grimmaischer Steinweg 12



2 Dinge braucht der Herr

für den Herbst: einen neuen Mantel und einen neuen Anzug. Beides wünscht er sich begrifflicherweise so gut und elegant, daß er im allgemeinen Wettbewerb nicht zurücksteht. Zu erhalten sind diese beiden Dinge ohne weiteres, es fragt sich nur: wo, ohne allzu große Geldausgaben?

Der Herr, der sich diese Frage zu seiner Zufriedenheit beantworten will, wende sich an mich: er wird sehen, daß ich mit meinen Leistungen gerade in Anzügen u. Mänteln auf der Höhe bin.

Anzüge für den Herbst	Mäntel für den Winter
Sakko-Anzüge aus guten Strapszierstoffen 24⁵⁰	Herren-Ulster prima Flauch- u. Whipcard-Quellfilz 52.00 45.00 36.00 28⁵⁰
Sakko-Anzüge mod. Chevol- u. Gabardine-stoffe 39⁵⁰	Herren-Ulster in modernster Anfertigung 58⁰⁰
Sakko-Anzüge hochmod. Gabardine- und Kommerzstoffe 58⁰⁰	Rock-Paletots in schwarz und marengo auf Satinella-Abfütterung 54⁰⁰
Sakko-Anzüge ganz hervorragend in Qualität und Ausfertigung 75⁰⁰	Herren-Paletots in schwarz und marengo, H-freihlig, mit Samt-Kragen 33⁰⁰

Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung



Zeitzer Straße 9 Ecke Schletterstr.

Während der Bauarbeiten an meinem Geschäftshause bedeutend ermäßigte Preise!

Palmen Garten
mit dem weltberühmten Palmenhaus
Blumenparterre
Seerosen - Dahlienversuchsfeld

Heute Donnerstag, ab 8 Uhr abends
Vornehmer Gesellschafts-Ball
mit dem berühmten Meister Wenskat
Kein Tanzgeld

Morgen Freitag billiger Tag - Eintritt 25 Pfg.
Bei günstiger Witterung ab 4 Uhr: Parkkonzert im Saal Privatfestlichkeit

Am Montag, dem 4. Oktober 1926, abends 8 Uhr, singt im Reichsverweser zu Leipzig-Kleinzschocher der schwedische Volkssänger
Sven Scholander
Lieder zur Laute
Eintritt 60 Pfg.

Es ladet herzlichst ein SPD.-Ortsgruppe L.-Kleinzschocher
Arbeitslose Parteigenossen gegen Vorzeigen beider Ausweise freien Eintritt.

Ultimo-Angebot zu enorm billigen Preisen

Rips reine Wolle, 130 cm breit	4.90
Lindner Körper-Samt 70 cm breit, eleg. Ware	5.90
Mantel-Flausch 140/150 cm breit	4.50 3.50
Velour de laine ca. 140 cm breit, reine Wolle	6.90
Anzugstoff marine „Yachtclub-Serge“, 140 cm	9.75 8.50

Auf alle anderen Waren 10 Prozent Rabatt

Altmann & Bermann, Nikolaistr. 27

Reformbetten-Rockstroh
Spezial-Geschäft
Nicolaisir. 10
Preisw. Qualitäten
Woch. Wulstertag.

Konditorei und Kaffeehaus Fritz Rosenow
L.-Kleinzsch. Dieskaustraße 7 Teleph. 41 779
wird am 1. Oktober vergrößert und renoviert wieder geöffnet
Es laden freundlichst ein Fritz Rosenow und Frau

Panorama-Wirtschaft
D. Schilke
Die großen Oktoberfeste

Gesellschaftshaus
Felsenkeller
Größte und schönste Vergnügungstätte Leipzig-West
Morgen Freitag, ab 7 Uhr
Vornehmer Ball
mit Leipzigs anerkannt bestem Ballorchester
Tanz frei

Festpalast
Goldener Helm
Morgen Freitag, ab 7 Uhr
Groß. Oktoberfestball
Tanz frei

In der Diele: Miramar Band - Stimmungs-Musik
Kleiner Saal für Hochzeiten und Gesellschaften.
L. Eulritzsch, Straßenb. 14, 16. Fernr. 17483(53483) Gröfeltr.

16. sächs. Landeswohlfahrts-
Geldlotterie
Ziehung bestimmt am 2. und 4. Oktober
Gewinne **42 000 RM.**
insgesamt
Viele Mittelgewinne.
Lose 1 RM., Postgeld u. Liste 25 Pfg. - Lose bei Staatslotterie-Einnehm. u. durch Plakate kennl. Geschäften.
Hauptvertrieb: Invalidendank, Leipzig, Universitätsstraße 4.

Nach beendeter Renovierung und Erweiterung der Verkaufsräume findet der Verkauf von aller Art
Kamel-, Filz- und Leder-Schuhwaren
nicht mehr in meiner Engros-Abteilung 1. Etage, sondern wie vorher parterre, Gerberstraße 5, statt.
Außerordentlich günstige Abschlässe und Lagerkäufe ermöglichen mir
Qualitätsware zu denkbar niedrigsten Preisen abzugeben
Schuhwarenhaus S. L. Heilpern
Gerberstraße 5, parterre u. 1. Etage
Gegründet 1890
3 Minuten vom Schloß :: 1 Minute von der U-Bahn

HERSTELLUNG VON KATALOGEN ZEITSCHRIFTEN U. BROSCHÜREN
LEIPZIGER
BUCHDRUCKEREI AG.
LEIPZIGER
PLAKATEN UND PROSPEKTEN, EIN- UND MEHRFARBIG
FERNRUF 72206

Mäntel
mit Pelz
die große Mode
39.- 49.- 59.-
jugendliche Mäntel
10.- 15.- 19.-
für starke Damen
19.- 29.- 39.-
empfiehlt in enormer Auswahl
Wilhelm Bender
Windmühlenstraße 40

Bericht über die gefrige Theateraufführung.

Als man hinaus, ging kein Vorhang hoch, das war schon äußerlich sympathisch, denn wenn im allgemeinen bei der Trennung zwischen Theater und Wirklichkeit viel zu weit gegangen wird, so ist daran nicht wenig der Theatererfolg schuld.

Nebrigens war der Vorhang bei weitem nicht das Einzige, was fehlte. Es gab keine Kasse, keine Garderobenfrauen, keine Logenführer. Damit nicht genug, war nicht einmal ein Souffleur da; ich habe also das Stück nur ein einziges mal gehört und nicht doppelt, wie man das doch sonst so gewohnt ist.

Nicht einmal ein Schauspieler ist aufgetreten. Ein ausgezeichnete Regieeinfall! Erspart er doch dem Zuschauer das Erleben dieser ganzen Scala beschämender Geisler, die sich einstellten, wenn eine Rolle nicht gut gelernt hat, von der Arbeit, die sie im „Schweimen“ im Zuschauertraum verursacht, bis zu der Angst, daß er womöglich untergeht, also steden bleibt; erspart dieser Einfall doch die häufige Desillusionierung zufolge gaumiger Aussprache, unbilligster Körper, silberglänzender Kostüme, schlecht sitzender Verkleidungen, zu stark gewickelter Rollen, zu sehr geröteter Lippen. Neben ist Silber, Schwelgen Gold, Menschenleben Diamant — hier aber wurden wir mit einem Reichtum beschenkt, der sich nicht in Vergleichen und anderen Worten fassen läßt, denn es wurde ja weder geredet, noch geschwiegen, noch gemenstelt, vielmehr nur ein großes, gewaltiges Nichts gehalten, und das Nichts erscheint mir vollendeter als das vollendete Etwas.

Denn das Nichts ist in der Welt des Theaters die Natur. Ja, so war es: Nur die Natur spielte, nur die Natur gab sich uns hin, in Heiligkeit und Wut, rein und leuchtend, wie sie stets war, wie sie ist, wie sie immer sein wird. Wolken gab es, ein Gewitter, Blitze, Donner, Regenbogenleuchten, goldenen Scheln, Nacht dunkelte ein, Sterne blinkten, Kühle strich jaghaft um die Glieder. ... Zeit aufzubrechen, obwohl noch kein Ende abzusehen war. Froh wanderte ich durch die Nacht von Grand, einem unbekannten, unheimlichen Dorf im Osten Frankreichs, in dessen jahrelangverfallenen Ruinen eines fast vergessenen römischen Amphitheaters späteste Stunden sich verträumen lassen. Erich Gottiger u.

Kinderausagen.

Ein neues Werk des bekannten Psychologen Prof. William Stern über „Jugendliche Zeugen in Sittlichkeitsprozessen“ (bei Quelle und Meyer in Leipzig) ist kürzlich sehr zur rechten Zeit erschienen. Denn mit diesem Werk in der Hand plädierten die Besten im Lühow-Prozess; seine Argumente führten sie als schweres Gewicht gegen die Belastungszeugen auf. Mit Recht: Das Kapitel „Fälle aus der Erziehungsgemeinschaft“ scheint direkt wie auf den Fall Lühow gemünzt. Alles, was hier über Aussagefähigkeit des Pubertätsalters geäußert wird, fällt vollkommen mit dem zusammen, was Dr. Mönkenmüller als psychologischer Sachverständiger in diesem Prozeß gesagt hat. Alle Fehler, die bei Vernehmung von jugendlichen Zeugen durch Eltern, Lehrer, Schulbehörden, Polizei, Untersuchungsrichter und Vorstehenden in der Hauptverhandlung immer wieder gemacht und in Prof. Sterns Büchlein den in Frage kommenden Stellen vorgehalten werden, fanden sich im Lühowverfahren zum Ueberdruß gehäuft. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe, an Hand dieses Verfahrens zu zeigen, wie wenig Polizei- und Justizorgane in dieser Beziehung — wie in manchen anderen auch — im Laufe der letzten zwanzig Jahre — denn solange ist es her, daß sich die Wissenschaft intensiv mit der Aussagepsychologie beschäftigt — gelernt haben. Allerdings, etwas haben sie bereits gelernt — das bewies wenigstens die Hinzuziehung der psychologischen Sachverständigen im Lühow-Prozess.

William Stern gehört nicht nur zu den Altmeistern der Aussagepsychologie. Er ist ihr eigentlicher Begründer. Seine „Beiträge zur Psychologie der Aussage“, die er gemeinsam mit Professor Piepmann herausgab, waren es ja, die das Problem ins Rollen brachten und gegen den Anflug ankämpften, zum Maßstab der Richtigkeit der Aussage den Eid zu nehmen, der höchstens den guten Willen zur Wahrhaftigkeit — oft auch nicht einmal den — dokumentiert, nicht aber die objektive Wahrheit der Aussage garantiert. Psychologische Experimente erwiesen, daß Auffassung, Werkfähigkeit und Gedächtnis bestimmten Fehlerquellen unterliegen, die den Ausagenden selbst geheim bleiben, nach außen hin aber zu verhängnisvollen Irrtümern führen können. Wichtigt ist es, diese Fehlerquellen zu kennen, sie, wo irgend möglich, zu verstopfen, nicht aber durch Unwissenheit und Unverständnis zu speisen. Je nach Alter, Geschlecht, Beruf, Bildungsgrad, Gesundheits- und Gemütszustand schillern die Ausagen in allen Abstufungen von Unrichtigkeit. Um sie zu unterscheiden, genügt nicht der „gesunde Menschenverstand“, auf den der Richter oft das Monopol zu besitzen glaubt. Hier ist ein Eindringen in die wissenschaftlichen Ertragschaften der Psychologie erforderlich. Die Psychologie der Zeugenaussage wird also zum Bestandteil der Kriminalpsychologie. So verstand sie der Praktiker, der verstorbene Grazer Prof. Hans Groß, als er seine „theoretische“ Kriminalpsychologie schrieb; so wollte sie der „Theoretiker“ Prof. Franz Ligt aufgefaßt wissen, als er in seinem Seminar praktische Übungen der Aussagepsychologie ausstellte. Seitdem sind fast zwanzig Jahre ins Land gegangen und die Juristen hatten genug Gelegenheit, neue Beweise ihrer Unbeschränkbarkeit zu erbringen.

Es ist ganz eigentümlich; sollte irgendein Arzt durch nicht fachgemäße Behandlung, die vielleicht dem Stande der medizinischen Wissenschaft vor zwanzig Jahren entspräche, seinen Patienten — sagen wir einen Richter — ins Jenseits befördern, so würden dessen Kollegen, die über diesen Arzt zu Gericht zu sitzen hätten, ihn eventuell wegen fahrlässiger Tötung verurteilen. Mit Recht: der Arzt ist verpflichtet, seine Kenntnisse stets dem jeweiligen Stande der medizinischen Wissenschaft anzupassen. Und der Richter? Hätte der Arzt in diesem Falle nicht das Recht, von seinen Richtern zu verlangen, daß sie bei Bewertung der Zeugenaussagen auch ihrerseits sich die Ertragschaften der Wissenschaft der Aussagepsychologie aus den letzten zwanzig Jahren zu eigen machten? Diese denken aber gar nicht daran. In der Straf- und Zivilprozessordnung steht nichts darüber geschrieben. Das Universitätsstudium hält es für überflüssig, sich den Forderungen der Zeit anzupassen. Das bleibt allein Blick der medizinischen Fakultät; diese darf nicht Menschen zu Tode kurieren, der juristischen ist es aber gestattet, Angeklagte feilsch in den Tod zu befördern.

Und doch zeigt Prof. Sterns Büchlein, daß allmählich auch die Organe der Rechtspflege sich gegen die Stimme des Lebens und der Psychologie nicht ganz verschließen können. Wie in der Kriminalpolitik, so kommt auch hier das Heil vom Kinde. Dort war es das Jugendgerichtsgesetz, das die Gleichstellung der Jugendlichen mit dem Erwachsenen aufs entscheidende verwarf und den Erziehungsgedanken als alleinigen Ausdruck richterlicher Tätigkeit festlegte. Hier war es das Kind als Zeuge, das dem psychologischen Sachverständigen neben dem psychologischen in der Voruntersuchung und im Gerichtssaal Salonfähigkeit verschaffte. An der Spitze marschierte dabei Sachsen; es war das Psychologische Institut des Leipziger Lehrervereins, das theoretische Richtlinien ausarbeitete, praktische Forderungen aufstellte und psychologische Sachverständige stellte. Bereits Anfang 1920 veröffentlichte die Reichsjustizstelle des deutschen Lehrervereins in Verbindung mit dem Ausschuß für Aussagepsychologie im Psycho-

logischen Institut des Leipziger Lehrervereins — und fast zu gleicher Zeit auf Anregung des Prof. Stern auch der Ausschuß der jenseits-psychologischen Gesellschaft in Hamburg — bestimmte Thesen, die im großen und ganzen darauf hinausliefen, daß jugendliche Zeugen grundsätzlich nur einmal, und zwar möglichst bald, zu vernehmen seien, daß polizeiliche Organe dieses nur in Ausnahmefällen tun dürften, daß die Vernehmungen psychologisch geschulte Juristen vorzunehmen hätten und psychologisch wie pädagogisch geschulte Kräfte zur Begutachtung der Aussagen oder zur Vernehmung selbst heranzuziehen seien. Das Leipziger Institut wollte allerdings den Lehrern eine besonders bevorzugte Stellung bei den Vernehmungen einräumen. Preußen, Bayern, Hamburg und Sachsen versuchten sodann im Verordnungswege, der neuen Erkenntnis Rechnung zu tragen; Sachsen ordnete die obligatorische Hinzuziehung von Sachverständigen für das gesamte Verfahren in jedem einzelnen Falle an, in dem Kinder als Zeugen in Betracht kommen. In derselben Richtung bewegten sich auch die Beschlüsse des 6. Deutschen Jugendgerichtstages in Heidelberg. Die praktische Durchführung dieser Verordnungen läßt noch viel zu wünschen übrig. Andererseits hat aber auch die Jugendfürsorge ein großes Interesse an der richtigen Lösung des Problems. Der Schaden, den die wiederholten Vernehmungen der Kinder über die an ihnen begangenen Sittlichkeitsverbrechen verursachen, ist oft größer als der Schaden, der ihnen durch das Sittlichkeitsverbrechen selbst zugefügt worden ist.

Das Büchlein Sterns leuchtet in den gesamten Fragekomplex hinein; der Autor schöpft hier aus der Fülle seiner praktischen Erfahrungen und seines theoretischen Wissens. Er zeigt die verschiedenen Gruppen von jugendlichen Zeugen auf, legt die verschiedenen Fehlerquellen der Kinderausagen bloß, schildert die Rolle der wiederholten Vernehmungen und der Wandlung in den Aussagen der Zeugen und charakterisiert Aufgabe und Stellung der psychologischen Sachverständigen im Verfahren. Durch zahlreiche Gutachten — eigene und fremde — belebt er zum Schluß seine theoretischen Auseinandersetzungen.

Unter diesen Gutachten wird auch ein Fall geschildert, der Prof. Stern Anlaß gibt, an die breite Deffenstheit zu appellieren. Es handelt sich um den Schuldirektor St., der auf Grund des hinterlassenen Briefes einer 15jährigen Selbstmörderin zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Er hat die Strafe verbüßt. Zur Gerichtsverhandlung war kein psychologischer Sachverständiger hinzugezogen. Drei Gutachten aber, die später auf Grund des Studiums des Aktenmaterials verfertigt wurden, kamen einstimmig zur Ansicht, daß es sich hier um einen Justizirrtum handele. Auf den Brief dieses im Pubertätsalter stehenden Mädchens, wie auch auf die vorhergegangenen Behauptungen durfte nach Lage der Dinge kein übermäßiges Gewicht gelegt werden. Der Antrag auf die Wiederaufnahme des Verfahrens wurde aber abgelehnt; im Ergebnis der drei Gutachten erblickte die Justizbehörde keine „neuen Tatsachen“.

Schließlich findet man im Buche die verschiedenen in Frage kommenden Verordnungen und ein reichhaltiges Literaturverzeichnis. Allen Interessierten, wie Eltern, Lehrern, Polizeibeamten und Juristen sei es zum Wohl der Mitmenschen und in erster Linie der Kinder selbst aufs wärmste empfohlen.

Leo Rosenthal.

Kleine Chronik.

Zwillingstun und Fortschritt. — Ein zahlreiches und „erlesenes“ Publikum hatte sich am Dienstagabend im großen Saale des Zentraltheaters eingefunden, um Rabindranath Tagore zu sehen, — zum Teil auch, um ihn über das oben genannte Thema sprechen zu hören. Rauschende Ovationen empfingen den Indier, einen trotz seiner fünfundsiebzig Jahre recht rüstigen Greis mit weißem Haar und Bart und klugen, glühend blickenden Augen, und stürmischer Applaus folgte seinen Ausführungen. Dabei waren die Gedanken, die Tagore, in einen weiten, braunen Ueberwurf gehüllt, mit etwas leiser Stimme englisch vortrug, so ziemlich das Gegenteil der Prinzipien, nach denen seine Zuhörer tagaus, tagein zu handeln pflegten. Die Eintrittspreise hatten nämlich dafür gesorgt, daß das „richtige“ Publikum erschien, Leute, die ihre Bildung dadurch dokumentieren, daß sie für „so eine Sache“ — der Ton liegt auf dem „so“ — eine Parkeiplatzkarte zu sechs Mark erwerben. — Auf Tagores Ansichten näher einzugehen, lohnt kaum. Sie sind nur insofern von Interesse, als sie zeigen, wie ein außerhalb der Zivilisation Stehender versucht, sich den Zwiespalt zwischen Europas Technik und seiner sozialen Unkultur zu erklären. Weit genuehrender waren daher die Proben, die Tagore durch Reitation eigener Gedichte von seiner Vortragstun bot. Mit starkem stimmunglichen und mimischen Ausdruck trug er Teile aus dem „Gärtner“ und dem „zunehmenden Mond“ vor, wobei ihm namentlich die Darstellung kindlicher Gedankenlängen vorzüglich gelang. Und so war denn auch der Beifall, den er dafür erntete, echt. — R. H.

Die Filminternationale für den Völkerverein. Der internationale Filmkongress, der zur Zeit in Paris tagt, nahm in seiner ersten Vollversammlung einen Antrag an, wonach Verfassern, Regisseuren und Verkäufern auf das dringende empfohlen wird, Bildarrangements zu vermeiden, die geeignet erscheinen, die Völker zu entzweien und Haß zu säen sowie in irgendeiner Form den Kriegsgedanken zu verherrlichen. Es wird vielmehr empfohlen, in den Filmen die schönen und interessanten Seiten in den fremden Ländern und Nationen hervorzuheben, um den Film zu einem Werkzeug internationaler Verständigung werden zu lassen. Der Antrag ist von der französischen Delegation ausgegangen.

Ein politischer Ueberwachungsausschuh im Rundfunk. Auf Grund einer reichsgesetzlichen Bestimmung zur Benutzung der Funkbeantlage der deutschen Reichspost für die Zwecke des Inneren hat ein politischer Ueberwachungsausschuh eingesetzt worden. Dieser Ausschuh setzt sich aus folgenden drei Mitgliedern zusammen: Oberregierungsrat Erich Scholz vom Reichsministerium des Innern, ernannt von der Reichsregierung; Redakteur Ernst Heilmann, M. d. L., ernannt von der Preussischen Staatsregierung; Generalsekretär Oswald Riedel, M. d. L., ernannt von der Preussischen Staatsregierung. Die Tätigkeit des Ausschusses bezweckt die politische Ueberwachung des Vortrags- und Nachrichtenbestandes der Berliner Sende-gesellschaft. Der Ueberwachungsausschuh hat ferner die Entscheidung über alle mit der Programmgestaltung zusammenhängenden politischen Fragen in Händen.

Schnellwäuter Ludendorff. Unter einer Anzahl scherzhafter, zeitkritischer Sportnachrichten wird von E. L. Schiffer unter der Ueberschrift „Sport und Spiel“ in der letzten Septemberheft der Weltbühne auch die folgende mitgeteilt: Uns wird gebracht, daß Seine Exzellenz General Ludendorff auf den Rai seiner jungen Gattin, die die Erziehung all seiner früheren körperlichen Fähigkeiten von Herzen wünscht, sich an dem diesjährigen Saisonausflug Deutschlands — Schweden beteiligen wird. Da, abgesehen von den vorzüglichen sportlichen Qualitäten seiner Exzellenz, dem hohen Wettbewerb bekanntlich auch die Strecke wohlbekannt ist, so kann man seine Chancen nicht glänzend genug einschätzen.

Neues Theater. Michael Bohner, der gefeierte Bariton, soll für Sonnabend, den 16. Oktober, für ein Gastspiel als Hans Sachs in den „Meisterjüngern“ verpflichtet werden.

V. Klasse.

Eine sozialpolitische Forderung.

Von Richard Rainer.

Jedermann kennt den dummen Witz des Anjagers: „Als ich hierherfuhr, war ich total abgebrannt, da bin ich 5. Klasse gefahren. Das kennen Sie nicht? Ja, wissen Sie, das ist genau wie vierter Güte, bloß der Boden fehlt. Da müssen sie sich an den Köfen festhalten und mitlaufen.“

Dieser Witz ist gar nicht so dumm, wie er sich anhört. Er konstatiert zunächst einmal drastisch das peinliche Prinzip, nach dem die Abstufung der Wagenklassen vorgenommen wird: die gradweise zunehmende Folter, die raffinierte Tortur der Passagiere, die mit der Bezifferung in direktem, mit der sozialen Rangbewertung der Wagenklassen in umgekehrtem Verhältnis steht. Je weniger du angehen bist oder deinem Ansehen schuldig zu sein glaubst, um so härter wird es unter deinem Geiß, um so mehr entfernt sich das Bantprofil von der anatomischen Rückenlinie.

Nun, solange wir in einem halbfeudalen Staate leben, war diese Bedrückung mit so vielen anderen ein Geschenk von Gottes Gnaden, in das sich unser gottgegebenes Volk dankbarlich zu fügen wußte. Erster, zweiter, dritter, vierter: Herrschende Schicht, Bourgeoisie, Mittelstand, Proletariat. Im indischen Kolonialsaalreich war und ist es ja ähnlich so: Erster: wohlhabende Europäer und indische Fürstlichkeiten, zweiter: europäische Angestellte und oberes farbige Kasten, dritter: half-castes (Mischlinge) und eingeborene Händler, vierter: niederste Kasten und out-caste. Und wir waren doch mehr oder weniger eine militärische Binnenkolonie, wir waren kein souveränes Volk, trieben keine Politik, mit uns wurde Politik getrieben.

Zwischen sollte sich immerhin einiges geändert haben. Der Adel ist verblüht, der Mittelstand proletarisiert, aus den vier Klassen sind zwei geworden, und es hatte den Anschein, als ob dies auch im Eisenbahnstaate zu werden sollte. Das war, als die Forderung nach einer Holz- und einer Posterkasse auftauchte. Das war natürlich ebenföhrer Standesfehlismus und einberühre jeglicher ökonomisch-rationalen Begründung: Das Band liefert eine zweckmäßige Postlerung mit den gleichen Produktionskosten wie eine aus Kasten zusammengesetzte Bantgarnitur. Aber selbst dieser Ansehen dauerte nur solange, wie den Aufrechten vor Angst ihre Traditionen aus der Hand gefallen waren. Heute sind sie wieder aufrechter und halten die Traditionen höher denn je. Ich war darum nicht sonderlich erstaunt, als ich erfahren mußte, daß das Folterprinzip der Viertellung nicht genügt, sondern daß vielmehr die Einrichtung einer 5. Wagenklasse einem längst und tief gefühlten Bedürfnis des deutschen Volkes entspricht.

Wie alle klassischen Belange entsteht auch dieser zunächst regional. Diesmal aber nicht in Bayern, sondern in Thüringen. Die Wirtschaft dieses kleinen Landes ruht im wesentlichen auf Fertigungsindustrie und Bauerngärten; Fechen und Hochföfen ebensoföhrer wie riesige Laifundien. Die reinsten Ausprägungen des Proletariats, die auf den braven Bürger den finstersten Eindruck machen und zugleich Gegenpole innerhalb ihrer Klasse sind: der gewerkschaftlich straff disziplinierte Hütten- und Grubenarbeiter und der schwach organisierte Landarbeiter, beide fehlen dem äußeren sozialen Bilde fast gänzlich.

Ich darf daher gestehen, daß ich die Landarbeiterfamilie, die mit Kind und Kegel, Sad und Bad auf der Bant saß, auf der ich Platz nahm, mit jenem Interesse betrachtete, das man neu- und andersartigen Menschen und Dingen entgegenbringt. Der Mann war gebräunt, stämmig und schneid, sein Gesicht wies einen buhigen Schnurbart inmitten erschreckenden Stoppelmuscheln auf. In seiner Pfeife, die in seinen Händen lächerlich klein wirkte, knisterte ein Gewächs, aus dem er gewaltige Schwaden ließ, die sich um seinen durchschweißten Hut versingen. Die Frau, von Geburt sicher jünger als der mittlere Dreißiger, sah zehn Jahre älter aus. Das durchföhrte, magere Gesicht verschwand hinter einem grauen Kopfluche, die schlaffe Brust war nach vorn gebeugt, lang hingen die Arme über die Knie, die ganze Körperhaltung glich einem ewigen Kartoffelfelsen. Nur bei Judanern habe ich dieses feilsche und häßliche Mißverhältnis zwischen gleichaltrigen Gatten, hervorgerufen durch unmäßige Anstrengung der Frau, beobachtet. Auf dem schwarzen Fußboden uneres Gefächts, zwischen Sackleinwandbündeln, hockten drei braunäugige Kanten. Ich muß weiterhin gestehen, daß mich einiges befremdete: So beliebige es meinen industriellen Sinn, daß man Stiefel mit Bindfäden zuzusüht, und melten hochglänzenden, daß Kinder ungehindert vom Boden aufgesehene Puppe zerlauen dürfen.

Noch mehr befremdet, ja geradezu betroffen aber war ich, als ich von ungesähr in dem sonst leeren Wagon die besetzte Bant gegenüber erblickte. Eine einzige Welle der Abwehr und des Entlegens ging von diesen fünf Köpfen aus, die starr und reglos, wie komischschreckhafte Fragen unter dem Gepäckbreit zu hängen schienen. Ich begriff nun, warum der Mann stumm aus dem Fenster blickte, auf die gewohnten Felder, die ihm kein Entzöden bereiteten, warum die Frau verlegen den Blick gefenkt hielt und jetzt auch die Arme im Tuch zu bergen suchte. Ich begriff auch, warum auf der Bant für vier gegenüber sich fünf Menschen prosteten, die wie auf Kommando die Köpfe seitwärts wandten, als ich eines der kleinen Höhren, das hinterwärts über meinen Schuh auf den nackten Bopo gefallen war, sorglich aufhob: Die Bertöhrung machte mich selbst zum Auswurf. Der zusammengewürfelte Mittelstandsdor brösel bröhrte mir diesen Bann lautlos in die Ohren.

Das junge Mädchen: tipp. Nein, wie kann dieser junge Mann — er steht doch sonst nicht so aus. Aber, Gott sei Dank, ich bin eine Bessere. Sogar der Chef hat mich nettlich geföht.

Der dicke Herr samt wogender Hölle: vertritt Hofenträger und nationale Anschauungen. Die Empörung einer selbständigen Existenz gegenüber solcher schmutzfarrenden Niedrigkeit (wohlgemerkt: nicht über solche Erniedrigung) harri ihnen aus allen Poren.

Der gelblichste kleine Mann in Bodentonsfektion: repariert Fahrräder. Jazwohl, auch selbständig. Er föhlt sich pedorgen in der ihr umgebenden Front sozialer Ueberlegenheit und bellt lautlos mit.

Der junge Mann mit der Baumwollhölle: ist Kommiß in einer Eisenhandlung. Er muß schafien wie ein Lagerarbeiter, aber er hat ein Priville, nämlich Kaffezeitel auszuschreiben. Das besetzt ihn, in diesem sowie zahllosen anderen Fällen eine angelegte Miene aufzusehen.

In Weimar laßt sich die verachtete Menschenschicht aus. Die dort abzuwehende Kleinbahn bringt sie gewiß an ihren Bestimmungsort, irgendwo in der Ribbengegend. Der Ausgang ist bei der Besseren Bant, die mit den Knien wogezugt, als die Blinden und Körbe hinausgeschleift werden. Endlich schlägt die Tür, durch die Fenster steht man zwei Rückenlasten dahinsinken.

Etelhaft, sagt der Kommiß. Same Moriel, der Fahrradfröge. Wöschentlich, das Tippsträulein.

Polizeilich verbieten müßte man —, der dicke Hofenträger-agent.

Seine überzeugende Hölle aber laßt die bergestalt einmütig zum Ausdruck gekommenen sozialen Belange der besseren Bant in der autoritativen Forderung zusammenfassen:

Ne fünfte Klasse sollten sie einstellen für solches Gefindel.

2. 6. 26

(9)

44 dm